

Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt

Kurzfassung des Berichts über die menschliche Entwicklung 2004

Den zunehmenden Forderungen der Menschen nach Eingliederung in die Gesellschaft, nach Achtung ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion und ihrer Sprache gerecht zu werden, erfordert mehr als Demokratie und ausgewogenes Wachstum. Es werden multikulturelle politische Handlungskonzepte benötigt, die Unterschiede anerkennen, für Vielfalt eintreten und kulturelle Freiheiten fördern, so dass alle Menschen sich bewusst dafür entscheiden können, ihre Sprache zu sprechen, ihre Religion auszuüben und an der Gestaltung ihrer Kultur mitzuwirken – so dass alle Menschen selbst wählen können, wer sie sind.





Handabdrücke. Über Epochen, Kulturen und Kontinente hinweg vermitteln sie die Botschaft „Ich bin“.

Ich bin ein Künstler des Pleistozän. Von Gibraltar bis Tasmanien hinterließ ich meine Handabdrücke in Höhlen.
Ich bin ein fünfjähriges Kind. Ich hoffe, dass ich 2005 in die Schule gehen und in meiner eigenen Sprache lernen kann.

Ich bin ein Arbeiter in der Stadt, aber ich bin auch ein Ältester meines Volkes, der unseren Glauben und unsere Sitten und Gebräuche bewahrt und lehrt.

Kultur gehört zu den dauerhaftesten menschlichen Erzeugnissen; dass die Menschheit auf der Erde blühen und gedeihen konnte, ist hauptsächlich der Kultur zu verdanken. Familie, Sippe, Stammesgemeinschaft, Nationalstaat.

Ich bin meine Sprache, meine Symbole, mein Glaube.

Ich bin. Wir sind.



BERICHT ÜBER DIE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG 2004

Kulturelle Freiheit
in unserer Welt der
Vielfalt

Kurzfassung

DEUTSCHE GESELLSCHAFT
FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN e.V. (DGVN)
(HERAUSGEBER)

Hans-Christoph Neidlein (Redaktion)

Berlin 2004



Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

Zimmerstr. 26/27

D-10969 Berlin

Tel.: (030) 259375-0

Fax: (030) 259375-29

E-Mail: info@dgvn.de

Internet: www.dgvn.de

Titel des vollständigen Textes:

Bericht über die menschliche Entwicklung 2004

Originaltitel:

Human Development Report 2004

Gestaltung des Umschlags:

Gerald Quinn, Quinn Information Design, Cabin John, Maryland

Bildnachweis:

Seite: 7, 8, 11, 13, 14 (unten), 16, 17, 18, 19, 20, 21, 24, 25, 29, 34 (rechts), 35, 36,
38, 39, 41 (Mitte, unten): picture-alliance/dpa;

Seite: 9, 10, 14 (oben), 23, 26, 28, 34 (links), 41 (oben): epd-bild;

Seite: 5, 6: gettyimages.

Satz und Druck:

Druckpartner Moser Druck + Verlag GmbH, Rheinbach

Die Herausgabe dieser Publikation wurde durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.

Alle Rechte liegen beim Herausgeber, Berlin 2004

ISSN-Nr.: 1614-5488



Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	4
Einführung	5
Überblick: Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt	7
Fünf Mythen gegenüber multikultureller Politik	14
Kulturelle Freiheit und menschliche Entwicklung	22
Politik zur Sicherstellung politischer Mitbestimmung	25
Politik zur Sicherstellung der Religionsfreiheit	26
Politik für einen Rechtspluralismus	28
Sprachenpolitik	29
Sozial- und Wirtschaftspolitik	31
Indigene Völker, rohstoffgewinnende Industrien und traditionelles Wissen	37
Kulturgüter	38
Zuwanderung	40
Pressespiegel	42
Der Index für menschliche Entwicklung	47
Glossar	52
Literatur	53
Sonderbeitrag	
Hamid Karsai	
Anerkennung der sprachlichen Vielfalt in der afghanischen Verfassung	30
Kästen	
1 Der Index für menschliche Entwicklung: Erfassung gruppenübergreifender Ungleichheiten	10
2 Das Kopftuch-Dilemma in Frankreich	27
3 Zugang zum Justizsystem und kulturelle Anerkennung in Guatemala	28
4 Mehrsprachiger Unterricht in Papua-Neuguinea	31
5 Erfahrungen mit der gezielten Förderung benachteiligter Gruppen in Malaysia und Südafrika	33
6 Geistige Eigentumsrechte nutzen, um traditionelles Wissen zu schützen	37
7 Frankreichs erfolgreiche Unterstützung einheimischer Kulturindustrien	40
8 Wie Berlin den Respekt für kulturelle Unterschiede fördert	40



Abkürzungsverzeichnis

AIDS	Acquired Immunodeficiency Syndrome (erworbenes Immunschwäche-Syndrom)
AV-Industrien	Audiovisuelle Industrien
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
CESCR	Committee on Economic, Social and Cultural Rights (Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)
EU	Europäische Union
HDI-Index	Human Development Index (Index für menschliche Entwicklung)
IOM	International Organization for Migration (Internationale Organisation für Migration)
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PPP	Purchasing Power Parity (Kaufkraftparität)
TRIPS	Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights (Handelsbezogene Aspekte der Rechte auf geistiges Eigentum)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge)
UNICEF	United Nations Children's Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women (Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen)
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WIPO	World Intellectual Property Organization (Weltorganisation für geistiges Eigentum)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)



Einführung

In einer Zeit, in der die Vorstellung eines globalen „Zusammenpralls der Kulturen“ so mächtigen und auch beunruhigenden Widerhall auf der ganzen Welt findet, gewinnt die Beantwortung der alten Frage, wie Konflikte aufgrund von Sprache, Religion, Kultur und ethnischer Zugehörigkeit am besten zu bewältigen und abzumildern sind, erneut an Bedeutung. Für alle, die in der Praxis der Entwicklungsarbeit stehen, ist dies keine abstrakte Frage. Wenn die Welt die Millenniums-Entwicklungsziele erreichen und letztlich die Armut beseitigen soll, muss sie zuerst erfolgreich die Herausforderung bewältigen, integrative, kulturell vielfältige Gesellschaften zu schaffen. Dies ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die einzelnen Länder sich angemessen auf andere Prioritäten wie Wirtschaftswachstum, Gesundheit und Bildung für alle ihre Bürger konzentrieren können. Es ist auch deshalb wichtig, weil es ein maßgebliches Entwicklungsziel an sich ist, dass Menschen die Möglichkeit haben, ihre Kultur uneingeschränkt zum Ausdruck zu bringen.

Bei der menschlichen Entwicklung geht es zuallererst darum, zu gewährleisten, dass die Menschen darüber entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten wollen, und dass sie die Instrumente und Chancen erhalten, solche Wahlmöglichkeiten wahrzunehmen. In den letzten Jahren hat der *Bericht über die menschliche Entwicklung* mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, dass es dabei nicht nur um ökonomische, sondern ebenso sehr um politische Fragen geht – vom Schutz der Menschenrechte bis hin zur Festigung der Demokratie. Wenn arme und marginalisierte Menschen, die

häufig religiösen oder ethnischen Minderheiten angehören oder Migranten sind, keine Möglichkeit haben, auf lokaler und nationaler Ebene auf die politischen Entscheidungen Einfluss zu nehmen, dann werden sie wahrscheinlich auch keinen gleichberechtigten Zugang zu Arbeitsplätzen, Schulen, Krankenhäusern, Gerichten, zu Sicherheit und anderen Basisdienstleistungen haben.

Der diesjährige Bericht baut auf dieser Analyse auf. Behauptungen, dass kulturelle Unterschiede zwangsläufig zu sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konflikten führen oder dass inhärente kulturelle Rechte die politischen und wirtschaftlichen Rechte überlagern sollten, werden sorgfältig geprüft und widerlegt. Stattdessen liefert er zwingende Argumente dafür, dass wir Wege finden müssen, um uns „an unseren Unterschieden zu erfreuen“, wie Erzbischof Desmond Tutu es formuliert hat. Der Bericht liefert auch einige konkrete Denkansätze dafür, was es in der Praxis bedeutet, die Identitäts- und Kulturpolitik so zu gestalten und zu lenken, dass sie mit den fundamentalen Grundsätzen der menschlichen Entwicklung übereinstimmt.

Manchmal ist dies relativ einfach. So wird beispielsweise das Recht eines Mädchens auf Bildung stets mehr Gewicht haben als der Anspruch des Vaters auf ein kulturelles Recht, das den Schulbesuch des Mädchens aus religiösen oder anderen Gründen verbieten würde. Aber die Sache kann sehr viel komplizierter sein. Ein Beispiel ist der Schulunterricht in der Muttersprache. Es gibt überzeugende Belege dafür, dass jüngere Kinder erfolgreicher lernen, wenn sie in ihrer eigenen Sprache un-





terrichtet werden. Was jedoch zu einem bestimmten Lebenszeitpunkt ein Vorteil ist – und in der Tat eine unverzichtbare Grundlage der Identität während des ganzen Lebens sein kann – mag sich in anderer Hinsicht in einen Nachteil verwandeln, wenn die mangelnde Beherrschung der stärker verbreiteten nationalen oder internationalen Sprachen ein großes Hindernis bei der Suche nach einem Arbeitsplatz ist. Dieser Bericht macht deutlich, dass zwar viele Ansatzmöglichkeiten bestehen, beispielsweise die gezielte Förderung von Minderheitengruppen oder die Nutzung der Medien, es jedoch keine leicht zu verwirklichenden generellen Regeln oder gar ein Patentrezept dafür gibt, wie eine funktionierende multikulturelle Gesellschaft am besten verwirklicht werden kann.

Dennoch zeichnet sich eine Erfahrung ab, die überall gilt: Diese Aufgabe lässt sich nicht allein durch gesetzgeberische und politische Veränderungen bewältigen, so notwendig diese auch sind. Verfassungen und Gesetze, die Schutz und Garantien für Minderheiten, indigene Völker und andere Gruppen beinhalten, sind eine unverzichtbare Voraussetzung für weitergehende Freiheiten. Aber echte Veränderungen wird es nicht geben, wenn sich nicht auch die politische Kultur verändert, wenn nicht die Bürger dazu übergehen, so zu denken, zu fühlen und zu handeln, dass die Bedürfnisse und Bestrebungen anderer wirklich berücksichtigt werden.

Wenn sich die politische Kultur nicht verändert, hat dies beunruhigende und unübersehbare Konsequenzen. Ob es um enttäuschte indigene Gruppen in ganz Lateinamerika, um unzufriedene Minderheiten in Afrika und Asien oder um die neuen Zuwanderer in sämtlichen entwickelten Ländern geht – die Gleichgültigkeit gegenüber den Sorgen und Nöten marginalisierter Gruppen führt nicht nur zu Ungerechtigkeit, sondern auch zu echten Problemen für die Zukunft: arbeitslose, unzufriedene Ju-

gendliche, die zornig auf den gegenwärtigen Zustand reagieren und Veränderungen fordern, häufig in gewalttätiger Weise.

Dies ist die Herausforderung. Es bieten sich jedoch auch echte Chancen. Die Botschaft, die den ganzen Bericht überspannt, lautet, dass ein enormes Potenzial dafür besteht, eine friedlichere, wohlhabendere Welt zu schaffen, indem kulturelle Fragen durchgängig in die Theorie und Praxis der Entwicklung integriert werden. Dadurch sollen die traditionelleren Prioritäten, die nach wie vor unser täglich Brot sein werden, nicht etwa ersetzt, sondern vielmehr ergänzt und gestärkt werden. Die Kluft, die zwischen entwickelten und Entwicklungsländern herrscht, hat auch eine Kehrseite: Letztere können häufig aus reicheren, vielfältigeren Traditionen schöpfen – ob sie in der Sprache, der Kunst, der Musik oder in anderen Formen zum Ausdruck kommen – als ihre wohlhabenderen Gegenüber im Norden. Die Globalisierung der Massenkultur, von Büchern über Filme bis zum Fernsehen, stellt eindeutig eine erhebliche Bedrohung dieser traditionellen Kulturen dar. Aber sie eröffnet auch Chancen, sei es im engeren Sinn, wenn sie beispielsweise benachteiligten Gruppen wie den australischen Aborigines oder den arktischen Inuit den Zugang zu den globalen Kunstmärkten ermöglicht, oder im weiteren Sinn durch die Schaffung dynamischerer, kreativerer, interessanterer Gesellschaften.

Wie alle *Berichte über die menschliche Entwicklung* ist auch dieser keine Darstellung der Politik der Vereinten Nationen oder des UNDP, sondern eine unabhängige Studie, die zu Debatten und Diskussionen über einen wichtigen Fragenkomplex anregen soll.

Mark Malloch Brown

Mark Malloch Brown
Administrator, UNDP



Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt

Wie wird die neue Verfassung des Irak den Forderungen von Schiiten und Kurden nach einer angemessenen Vertretung gerecht werden? Welche – und wie viele – der Sprachen, die in Afghanistan gesprochen werden, sollten in der neuen Verfassung offiziell als Amtssprache anerkannt werden? Wie wird der nigerianische Bundesgerichtshof über das Urteil eines islamischen Religionsgerichtes befinden, das für Ehebruch die Todesstrafe verhängt hat? Wird der französische Gesetzgeber den Vorschlag annehmen, dass Kopftücher und andere religiöse Symbole in öffentlichen Schulen verboten werden sollen? Wehren sich die Hispanos in den Vereinigten Staaten gegen ihre Vereinnahmung durch den Mainstream der amerikanischen Kultur? Wird es ein Friedensabkommen zur Beendigung der Kämpfe in der Elfenbeinküste geben? Wird der bolivianische Präsident nach zunehmenden Protesten indigener Völker zurücktreten? Werden die Friedensverhandlungen, die ein Ende des Konflikts zwischen Tamilen und Singhalesen in Sri Lanka herbeiführen sollen, jemals zu einem Abschluss kommen? Dies sind nur einige der Schlagzeilen aus den vergangenen Monaten. Der Umgang mit kultureller Vielfalt ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

Solcherlei Wahlmöglichkeiten in Bezug auf die Anerkennung und das Entgegenkommen gegenüber vielfältigen Ethnien, Religionen, Sprachen und Werten, die lange Zeit als entzweierend und bedrohlich für den sozialen Frieden galten, sind unvermeidlicher Bestandteil der politischen Landschaft im 21. Jahrhundert. Politische Führer und Politiktheoretiker jeder Couleur haben sich gegen die explizite Anerkennung kultureller Identitäten ausgesprochen, ob ethnisch, religiös, sprachlich oder rassisch. Dies hat häufig zu einer staatlichen Politik geführt, durch die kulturelle Identitäten, manchmal auf

brutale Weise, unterdrückt wurden, und zwar mittels religiöser Verfolgungen und ethnischer Säuberungen, aber auch durch Ausgrenzung im Alltagsleben und durch wirtschaftliche, soziale und politische Diskriminierung.

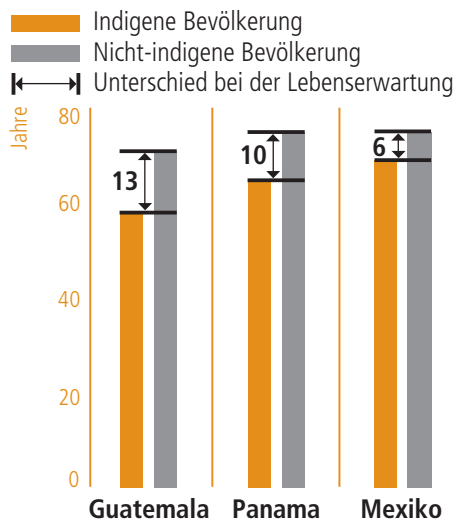
Neu ist heute die wachsende Bedeutung von Identitätspolitik. In völlig unterschiedlichen



Protest in Indien: Viele befürchten, dass Globalisierung den Verlust ihrer Lebensweisen und Werte bedeutet.

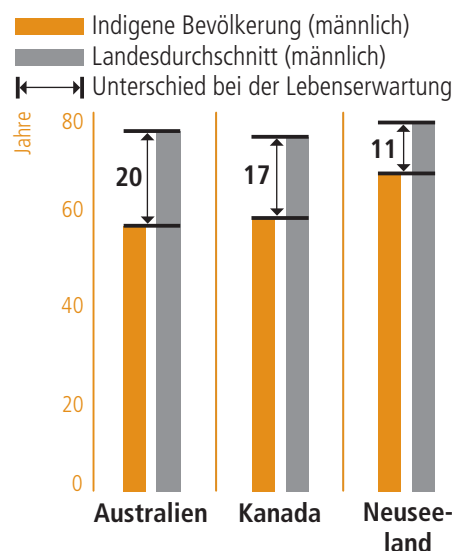
Indigene Bevölkerungsgruppen haben eine niedrigere Lebenserwartung

Unterschiedliche Lebenserwartungen in ausgewählten Entwicklungsländern, 1997–2000



Quelle: 1993 (Anteil der indigenen Bevölkerung); WHO 2001 (Guatemala); UNDP 2002b (Panama); Mexiko, Ministry of Health 2004 (Mexiko).

Unterschiedliche Lebenserwartungen in ausgewählten Industrieländern, 1997–2000



Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf das aktuellste Jahr, für das im angegebenen Zeitraum Daten vorliegen.

Quelle: Australian Bureau of Statistics 2004 (Australien); Justiniano und Litchfield 2003 (Kanada); WHO 2001 (Neuseeland).

Kontexten und auf verschiedenste Weise machen Menschen – von indigenen Völkern in Lateinamerika über religiöse Minderheiten in Südasien und ethnischen Minderheiten auf dem Balkan und in Afrika bis hin zu Einwanderern in Westeuropa – von neuem bezüglich alter Missstände in ethnischer, religiöser, rassistischer und kultureller Hinsicht mobil. Sie fordern, dass der übrige Teil der Gesellschaft ihre jeweilige Identität zur Kenntnis nimmt, wertschätzt und ihr entgegenkommt. Diese Bevölkerungsgruppen, die sich diskriminiert und von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Chancen ausgeschlossen sehen, fordern auch soziale Gerechtigkeit. Neu ist heute auch die wachsende Bedeutung von Bewegungen, die Zwang ausüben und damit eine Bedrohung der kulturellen Freiheit darstellen. Außerdem – und das im Zeitalter der Globalisierung – sind neuartige politische Ansprüche und Forderungen entstanden, hervorgebracht von Einzelpersonen, Gemeinschaften und Ländern, die das Gefühl haben, dass ihre lokale Kultur weggeschwemmt wird. Sie wollen sich in einer globalisierten Welt ihre Vielfalt bewahren.

Warum gibt es heute diese Bestrebungen? Es handelt sich ja nicht um isolierte Bewegungen. Sie sind vielmehr Teil eines historischen Prozesses des sozialen Wandels, des Kampfes um kulturelle Freiheit, der neuen Grenzziehungen beim Fortschreiten der menschlichen Freiheiten und der Demokratie. Sie werden vorangetrieben und geformt durch die immer weitere Verbreitung der Demokratie, die diesen Bewegungen mehr politischen Raum zum Protestieren gibt, und die fortschreitende Globalisierung, durch die neue Netzwerke von Bündnispartnern geschaffen werden und neue Herausforderungen entstehen.



Kulturelle Freiheit ist ein ganz wesentlicher Aspekt menschlicher Entwicklung; denn die Chance, sich für die eigene Identität zu entscheiden – also dafür, wer man ist – ohne den Respekt der Anderen zu verlieren oder von anderen Wahlmöglichkeiten ausgeschlossen zu werden, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, ein erfülltes Leben zu führen. Menschen wünschen sich die Freiheit, ihre Religion offen zu praktizieren, ihre Sprache zu sprechen, ihre ethnische oder religiöse Herkunft ausleben zu können, ohne Angst davor haben zu müssen, dass man sich über sie lächerlich macht oder sich dadurch ihre Chancen verringern. Menschen wünschen sich auch die Freiheit, an der Gesellschaft teilhaben zu können, ohne sich von dem kulturellen Halt lösen zu müssen, für den sie sich entschieden haben. Das ist zwar eine einfache Vorstellung, aber sie ruft tiefe Beunruhigung hervor.

Die Staaten sehen sich der dringenden Herausforderung gegenüber, auf diese Wünsche

Viele haben keinen Zugang zu Grundschulbildung in ihrer Muttersprache

Region oder Gruppe	Anzahl der gesprochenen Sprachen	Bevölkerung mit Zugang zu Schulbildung in ihrer Muttersprache, 2000	Gesamtbevölkerung (in Millionen)
Afrika südlich der Sahara	2.632	13%	641
Ostasien/Pazifik	2.815	62%	1.918
Südasien	811	66%	1.480
Mittel- und Osteuropa und GUS	625	74%	409
OECD-Länder mit hohem Einkommen	1.299	87%	912
Lateinamerika/Karibik	1.086	91%	530

Quelle: SIL International 2004b.

einzugehen. Wenn dies gelingt, kann mehr Anerkennung für die unterschiedlichen Identitäten zu einer größeren kulturellen Vielfalt in der Gesellschaft führen und zu einer Bereicherung für die Menschen werden.



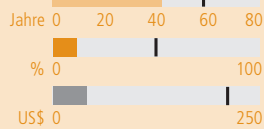
Kulturelle Freiheit ist ein ganz wesentlicher Aspekt menschlicher Entwicklung.

Der Index für menschliche Entwicklung: Erfassung gruppenübergreifender Ungleichheiten

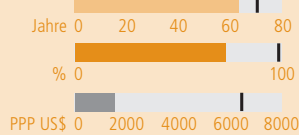
Es gibt große Disparitäten zwischen kulturellen Gruppen innerhalb einzelner Länder 2000

- Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)
- Alphabetisierungsquote bei Erwachsenen
- Einkommen pro Kopf
- Landesdurchschnitt

Nepal Dalit-Bevölkerung



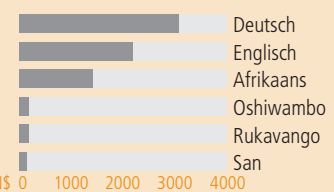
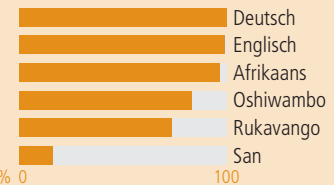
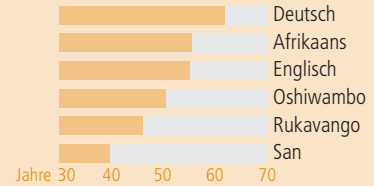
Rumänien Roma



HDI

rumänischer Durchschnitt	.778
Roma	.570

Namibia



HDI

Deutsch	.960
Englisch	.895
Afrikaans	.885
Oshiwambo	.641
namibischer Durchschnitt	.607
Rukavango	.585
San	.326

Der Index für menschliche Entwicklung ist zu einem wertvollen Instrument geworden, um menschliche Entwicklung und die Leistungen eines Landes grob in einer Zahl zu erfassen.

In den seltenen Fällen, in denen der Index für menschliche Entwicklung für die einzelnen kulturellen Gruppe berechnet wird, ergibt sich oft ein aufschlussreiches Bild. Die Roma in Rumänien haben zum Beispiel einen Index für menschliche Entwicklung, der deutlich unter dem rumänischen Durchschnitt liegt (siehe Grafik). Rumänien liegt beim Index für menschliche Entwicklung auf Platz 72, doch seine Roma-Bevölkerung würde auf Platz 128 liegen.

Namibia ist das einzige Land, das einen Index für menschliche Entwicklung nach Sprachgruppen berechnet hat. Wieder sind die Unterschiede frap-

pierend. Die deutschsprachige Bevölkerung würde mühelos vor Norwegen an der Spitze der Skala landen, die Englisch und Afrikaans sprechenden Gruppen nicht weit dahinter. Die San sprechenden Gruppen hingegen lägen 174 Plätze darunter, die Tswana, Otjiherero, Oshiwambo, Rukavango, Caprivi-Lozi und Nama-Damara sprechenden Gruppen dazwischen.

Diese Beispiele zeigen die enormen Probleme. Die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, ist der erste Schritt, sie zu lösen. Die Regierungen zögern oft, solche Informationen zu sammeln und zu verbreiten. Wo Daten verfügbar sind, sollten sie als wichtiger erster Schritt angesehen werden, nicht als Verhüllung, um etwas zu verurteilen.

Quelle: Sen 2004b; UNDP 2000b.





Es besteht jedoch auch eine große Gefahr. Wenn diese Bestrebungen um kulturelle Identität nicht oder nur schlecht gesteuert werden, können sie sich rasch zu einer der größten Ursachen für innerstaatliche und zwischenstaatliche Instabilität entwickeln und dabei Konflikte

kosmopolitischen Werte und die Kenntnisse und Fähigkeiten mitbringen, die für ein Fortschreiten der Entwicklung sorgen, abgeriegelt wird.

Die Steuerung der Vielfalt und die Rücksichtnahme auf kulturelle Identitäten stellen

auslösen, aufgrund derer die Entwicklung zurückgeworfen wird. Eine Identitätspolitik, durch die bestimmte Menschen und Gruppierungen polarisiert werden, verursacht Verwerfungen zwischen „uns“ und „den Anderen“. Das Anwachsen von Misstrauen und Hass bedroht den Frieden, die Entwicklung und die menschlichen Freiheiten. Erst im vergangenen Jahr wurden durch ethnische Gewalt Hunderte von Häusern und Moscheen im Kosovo und in Serbien zerstört. Bei terroristischen Bombenanschlägen auf Züge in Spanien wurden fast 200 Menschen getötet. Durch konfessionell motivierte Gewalt sind Tausende von Moslems ums Leben gekommen und weitere Tausende aus ihren Heimatorten in Gujarat und anderen Teilen von Indien, das ja Vorreiter des kulturellen Miteinander ist, vertrieben worden. Eine Welle von Übergriffen gegen Einwanderer hat auch den Glauben der Norweger in ihr felsenfestes Bekenntnis zur Toleranz erschüttert.

Bestrebungen um Identität können auch zu einer repressiven und fremdenfeindlichen Politik führen, durch die menschliche Entwicklung gehemmt wird. Sie können einen Rückzug auf Konservatismus und das Ablehnen von Veränderungen fördern, wodurch der Zustrom von Ideen und von Menschen, welche die

Das Anwachsen von Misstrauen und Hass bedroht den Frieden, die Entwicklung und die menschliche Freiheit

In den knapp 200 Ländern, die es auf der Welt gibt, leben rund 5.000 verschiedene ethnische Gruppierungen

nicht nur für ein paar wenige „Vielvölkerstaaten“ eine Herausforderung dar. Kaum ein Land ist von seiner ethnischen Zusammensetzung her völlig homogen. In den knapp 200 Ländern, die es auf der Welt gibt, leben rund 5.000 verschiedene ethnische Gruppierungen. In zwei Dritteln aller Länder gibt es eine oder mehrere größere Minderheiten, also eine ethnische oder religiöse Gruppe, die mindestens 10 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Gleichzeitig hat sich auch das Tempo der weltweiten Wanderungsbewegungen erhöht, mit enormen Auswirkungen für bestimmte Länder und Städte. Fast die Hälfte der Einwohner von Toronto wurde außerhalb Kanadas geboren. Viele der Zugewanderten unterhalten weiterhin enge Beziehungen zu ihren Herkunftsländern, enger noch als die Einwanderer im vergangenen Jahrhundert. Auf die eine oder andere Weise ist heutzutage jedes Land eine multikulturelle Gesellschaft, in der Volks-, Religions- oder Sprachgemeinschaften zusammenleben, die gemeinsame Bindungen an ihre eigene Tradition, Kultur, Werte und Lebensweise haben.

Die zehn Spitzenstädte im Hinblick auf den Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung, 2000/01 (in Prozent)

Miami	59
Toronto	44
Los Angeles	41
Vancouver	37
New York City	36
Singapur	33
Sydney	31
Abidjan	30
London	28
Paris	23

Quelle: UN HABITAT 2004; U.S. Census Bureau 2004b; World Cities Project 2002; Australian Bureau of Statistics 2001; Statistics Canada 2004.

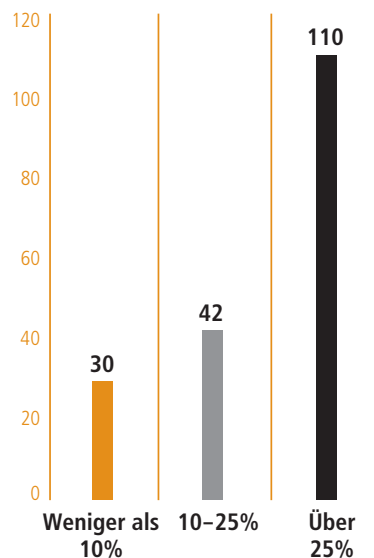
Die zehn Spitzenländer im Hinblick auf den Anteil der Migranten an der Bevölkerung, 2000 (in Prozent)

Vereinigte Arabische Emirate	68
Kuwait	49
Jordanien	39
Israel	37
Singapur	34
Oman	26
Schweiz	25
Australien	25
Saudi-Arabien	24
Neuseeland	22

Quelle: UN 2003a.

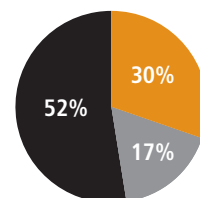
Die meisten Länder weisen eine große kulturelle Vielfalt auf

Anzahl der Länder nach ihrem Anteil an ethnischen oder religiösen Minderheiten, 2003



Anteil an der Weltbevölkerung

- Weniger als 10% der Bevölkerung
- 10-25% der Bevölkerung
- Über 25% der Bevölkerung

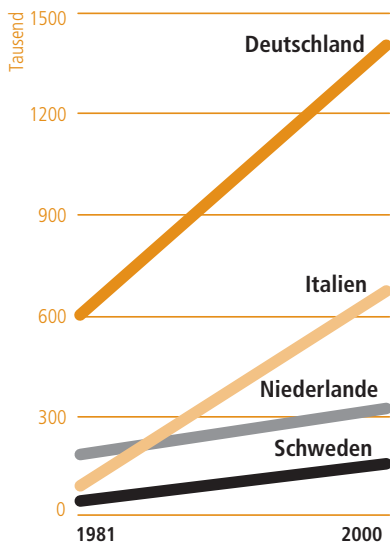


Anmerkung: Die Anteile beziehen sich auf alle ethnischen oder religiösen Gruppen mit Ausnahme der größten Gruppen.

Quelle: CIA 2003.

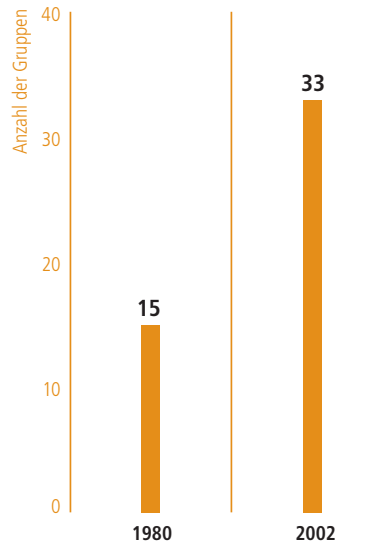
Europas nicht-europäische Migrantenbevölkerung ist bedeutend gewachsen...

In außereuropäischen Ländern geborene Bevölkerung



... und die Migranten kommen aus einer größeren Anzahl von Ländern

Migrantengruppen in Schweden mit einer Bevölkerungsstärke von mehr als 1.000 Personen



Quelle: Wanner 2002; Statistics Sweden 2004.

Kulturelle Vielfalt wird es immer geben, und zwar in zunehmendem Ausmaß. Staaten müssen Wege und Mittel finden, inmitten der ganzen Vielfalt ihre nationale Einheit herzustellen. Unsere Welt, die ja wirtschaftlich immer stärker zusammenwächst, kann nicht funktionieren, wenn die Menschen nicht gegenseitig ihre Vielfalt respektieren und durch gemeinsame menschliche Bindungen zur Einheit finden. Im Zeitalter der Globalisierung können sich weder einzelne Staaten noch die internationale Gemeinschaft als Ganzes leisten, die bestehenden Forderungen nach kultureller Anerkennung zu ignorieren. Dabei ist davon auszugehen, dass es immer häufiger zu Konfrontationen auf der Ebene von Kultur und Identität kommen wird. Denn durch erleichterte Kommunikation und Reisemöglichkeiten ist die Welt kleiner geworden, die Landschaft der kulturellen Vielfalt hat sich verändert, und die Verbreitung von Demokratie, Menschenrechten und neuen globalen Netzwerken hat bessere Möglichkeiten geschaffen, für eine Sache mobil zu machen, eine Antwort zu verlangen und diese auch zu bekommen.

Durch erleichterte Kommunikation und Reisemöglichkeiten ist die Welt kleiner geworden





FÜNF MYTHEN GEGENÜBER MULTIKULTURELLER POLITIK

Fünf Mythen gilt es zu entlarven. Politische Handlungsansätze, die kulturelle Identitäten anerkennen und die Entfaltung der Vielfalt fördern, führen eben nicht zu Fragmentierung, Konflikten, Schwächung der Entwicklung oder autoritärer Herrschaft. Eine solche Politik ist sowohl möglich als auch nötig, denn Spannungen entstehen ja oft gerade durch die Unterdrückung von Gruppierungen, die sich mit ihrer Kultur identifizieren.

Dieser Bericht ist ein Plädoyer dafür, Vielfalt zu respektieren und eine diese stärker einbeziehende Gesellschaft aufzubauen, indem politische Handlungskonzepte übernommen werden, die kulturelle Unterschiede ausdrücklich anerkennen – eine multikulturelle Politik. Aber warum hat man dann viele kulturelle Identitäten so lange unterdrückt oder ignoriert? Ein Grund liegt in der Auffassung vieler Menschen, dass es zwar theoretisch erstrebenswert ist, Entfaltungsmöglichkeiten für diese Vielfalt zu bieten, dass dies in der Praxis jedoch den Staat schwächen, zu Konflikten führen und Entwicklung hemmen kann. Aus dieser Sicht kann man mit Vielfalt am besten umgehen, indem man die einzelnen Gruppierungen nach der

Eine multikulturelle Politik, die kulturelle Unterschiede ausdrücklich anerkennt, ist möglich

Vorgabe eines einzigen landesweit gültigen Standards assimiliert, was dazu führen kann, dass kulturelle Identitäten unterdrückt werden. Dieser Bericht will jedoch aufzeigen, dass es sich hierbei nicht um Prämissen handelt, sondern um Mythen. Es wird darin die Auffassung vertreten, dass ein multikultureller politischer Ansatz nicht nur wünschenswert, sondern auch realisierbar und nötig ist. Ohne einen derartigen Ansatz können die Probleme, die man in der Vorstellung mit Vielfalt verknüpft, zu sich selbst erfüllenden Prophezeiungen werden.

Mythos Nr. 1: Die ethnischen Identitäten der Menschen stehen in Konkurrenz zu deren Verbundenheit mit dem Staat. Deshalb muss im Falle der Anerkennung von Vielfalt auf die staatliche Einheit verzichtet werden.

Dem ist nicht so. Einzelne können mehrere sich ergänzende Identitäten haben und haben dies auch tatsächlich: ihre Volkszugehörigkeit, Sprache, Religion und Rasse wie auch ihre Staatsangehörigkeit. Genauso wenig ist Identität ein Nullsummenspiel. Es ist nicht unbedingt erforderlich, eine Wahl zwischen staatlicher Einheit einerseits und der Anerkennung kultureller Unterschiede andererseits zu treffen. Ein Gefühl der Identität und der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die über gemeinsame Werte und andere kulturelle Bin-



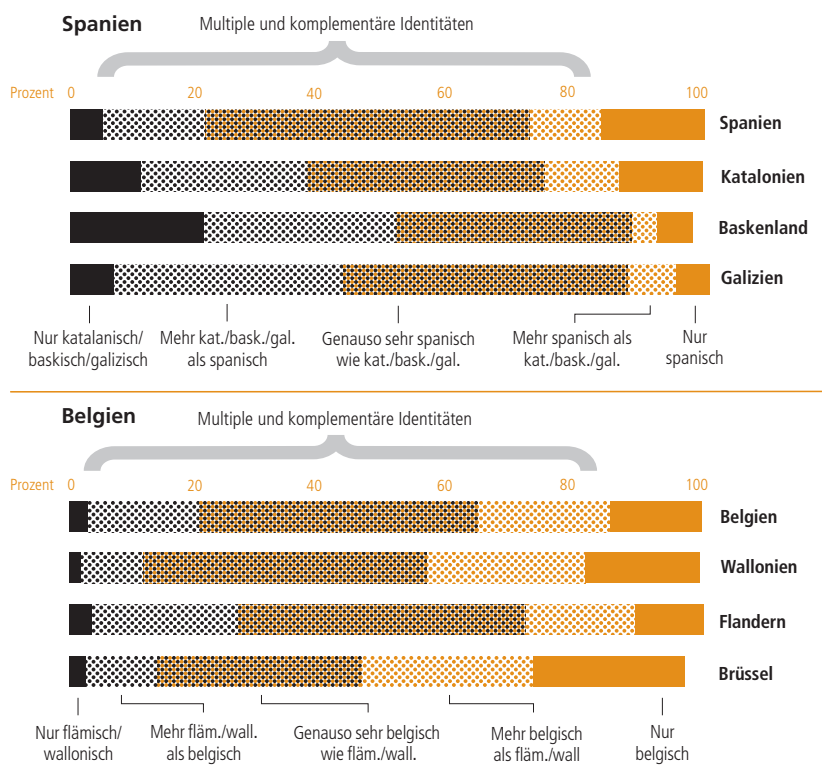
dungen verfügt, ist für den Einzelnen sehr wichtig. Jedes Individuum kann sich jedoch mit vielen unterschiedlichen Gruppierungen gleichzeitig identifizieren. Zur Identität des Menschen gehören Staatsangehörigkeit (z.B. Franzose oder Französin zu sein), Geschlecht (z.B. Frau zu sein), Rasse (z.B. westafrikanischer Herkunft zu sein), Sprache (z.B. fließend Thai, Chinesisch und Englisch zu sprechen), politische Einstellung (z.B. linksorientiert zu sein) und Religionszugehörigkeit (z.B. Buddhist zu sein).

Identität beinhaltet außerdem ein Element der Wahlmöglichkeit: Innerhalb der Zugehörigkeit zu diesen Gruppierungen kann sich der Einzelne dafür entscheiden, in unterschiedlichen Zusammenhängen die eine Gruppenzugehörigkeit einer anderen vorzuziehen. Mexikanischstämmige Amerikaner können beispielsweise in der US-Armee dienen und gleichzeitig Fans der Fußballnationalmannschaft von Mexiko sein. Viele weiße Südafrikaner haben sich dafür entschieden, die Apartheid als Südafrikaner zu bekämpfen. Soziologen weisen zwar darauf hin, dass es bei den Menschen Grenzziehungen der Identität gibt, die „uns“ von „den Anderen“ abtrennen, doch verschieben sich und verschwimmen diese Grenzen, so dass sie immer größere Gruppen von Menschen umfassen.

Das „Nation-Building“ war eine beherrschende Zielsetzung des 20. Jahrhunderts, und die meisten Staaten haben sich darum bemüht, kulturell homogene Staatsgefüge mit einer gemeinsamen Identität aufzubauen. Manchmal hatten sie damit Erfolg, doch nur um den Preis von Unterdrückung und Verfolgung. Wenn die Geschichte des 20. Jahrhunderts etwas gezeigt hat, dann ist es, dass der Versuch, kulturelle Gruppierungen entweder zu beseitigen oder sie wegzuwünschen, hartnäckigen Widerstand hervorruft. Im Gegensatz dazu hat die Anerkennung kultureller Identitäten dazu geführt, dass nie enden wollende Spannungen aufgelöst werden konnten. Aus praktischen wie auch aus moralischen Gründen ist es daher viel besser, wenn man kulturellen Gruppierungen entgegenkommt als wenn man versucht, sie auszuschalten oder so tut, als gäbe es sie gar nicht.

Länder sind nicht gezwungen, sich zwischen nationaler Einheit und kultureller Vielfalt zu entscheiden. Umfragen haben ergeben, dass

Mehrfache und sich ergänzende nationale Identitäten



beide nebeneinander existieren können und dies auch häufig tun. In Belgien antwortete die überwältigende Mehrzahl der befragten Bürger, dass sie sich sowohl als Belgier als auch als Flamen oder Wallonen fühlen; in Spanien, dass sie sich zwar als Katalanen oder Basken, aber auch als Spanier fühlen

Diese und andere Länder haben sich sehr angestrengt, Raum für vielfältige Kulturen zu schaffen. Sie haben sich außerdem sehr darum bemüht, Einheit zu schaffen, indem sie den Respekt für Identitäten und das Vertrauen in staatliche Institutionen gefördert haben. Diese Staaten haben zusammengehalten. Einwanderer müssen sich nicht von der Verbundenheit mit ihren Familien in ihrem Heimatland lossagen, um eine Loyalität zu ihrer neuer Heimat aufbauen zu können. Befürchtungen, dass Einwanderer das Land fragmentieren könnten, wenn sie sich nicht „anpassen“, sind unbegründet. Anpassung ohne Wahlmöglichkeit ist kein mögliches – oder nötiges – Integrationsmodell mehr.

Bei Vielfalt und staatlicher Einheit gibt es kein Entweder-Oder. Durch eine Politik der Multikulturalität lassen sich Staaten aufbauen, in denen es Vielfalt in der Einheit gibt.

Mythos Nr. 2: Ethnische Gruppierungen sind anfällig gegenüber gewaltsamen Auseinandersetzungen, weil ihre Werte miteinander kollidieren. Deshalb muss im Falle der Anerkennung von Vielfalt auf den inneren Frieden verzichtet werden.

Das stimmt nicht. Es gibt kaum empirische Belege dafür, dass kulturelle Unterschiede und Wertekollisionen per se Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen darstellen.

Es stimmt allerdings, insbesondere seit dem Ende des Kalten Krieges, dass es nicht so sehr zwischen Staaten, als vielmehr zwischen ethnischen Gruppierungen innerhalb dieser Staaten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen ist. Was jedoch deren Ursachen an-

belangt, so sind sich die jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen weitgehend darin einig, dass kulturelle Unterschiede für sich allein noch nicht der ausschlaggebende Faktor sind. Manche Forscher vertreten sogar den Standpunkt, dass kulturelle Vielfalt die Konfliktgefahr vermindere, da sie die Mobilmachung von Gruppen erschwert.

Entsprechende Studien liefern unterschiedliche Erklärungen für diese Kriege: wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den einzelnen Gruppierungen wie auch Kämpfe um die politische Macht, Grund und Boden und andere Wirtschaftsgüter. Auf den Fidschi-Inseln haben fidschianische Ureinwohner aus Angst, dass man ihnen ihr Land wegnehmen will, einen Putsch gegen die von indischstämmigen Fidschianern beherrschte Regierung organisiert. In Sri Lanka wurde ein bereits seit Jahrzehnten anhaltender bürgerkriegsähnlicher Zustand dadurch aufgelöst, dass zwar die singhalesische Bevölkerungsmehrheit an die politische Macht gelangte,



Kulturelle Unterschiede alleine sind nicht der ausschlaggebende Grund für gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppierungen.



Länder sind nicht gezwungen, sich zwischen nationaler Einheit und kultureller Vielfalt zu entscheiden.

die tamilische Minderheit aber weiterhin mehr Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen hatte. In Burundi und Ruanda waren zu unterschiedlichen Zeitpunkten sowohl Tutsi als auch Hutu von wirtschaftlichen Chancen und politischer Mitbestimmung ausgeschlossen.

Kulturelle Identität spielt bei Konflikten dieser Art sicherlich eine Rolle, wenn auch nicht als Ursache, sondern als Triebkraft für politische Mobilisierung. Um ihre Anhänger „aufzuwiegeln“, beschwören Führer eine gemeinsame Identität, deren Symbole und historische Missstände. Fehlende kulturelle Anerkennung kann auch ein Auslöser für die Mobilisierung von Gewalt werden. Zwar war die tief greifende Ungleichheit eigentliche Ursache der Soweto-Unruhen im Jahr 1976 in Südafrika, konkret ausgelöst wurden sie jedoch

durch Bestrebungen, den von Schwarzen besuchten Schulen Afrikaans als Unterrichtssprache aufzuzwingen.

Während das Nebeneinander kulturell voneinander abgegrenzter Gruppierungen nicht schon an sich eine Ursache für gewaltsame Auseinandersetzungen darstellt, ist es gefährlich, wenn zugelassen wird, dass sich die wirtschaftliche und politische Ungleichheit zwischen diesen Gruppierungen verschärft, oder wenn kulturelle Unterschiede vertuscht werden. Denn kulturelle Gruppierungen lassen sich leicht dafür mobilisieren, sich gegen solche Disparitäten zu wehren, da sie diese als Ungerechtigkeit empfinden.

Auch wenn die Alternative nicht „entweder Frieden oder Respekt für Vielfalt“ lauten kann, muss Identitätspolitik so gesteuert werden, dass sie nicht in Gewalttätigkeiten umschlägt.



Mythos Nr. 3: Kulturelle Freiheit erfordert das Eintreten für traditionelle Gebräuche. Deshalb muss im Falle der Anerkennung kultureller Vielfalt möglicherweise auf andere Prioritäten menschlicher Entwicklung, wie beispielsweise Fortschritte bei Entwicklung, Demokratie und Menschenrechten, verzichtet werden.

Man darf weder kulturelle Freiheit noch den Respekt für Vielfalt mit dem bedingungslosen Eintreten für Tradition verwechseln

Auch das stimmt nicht. Bei kultureller Freiheit geht es um die Ausweitung der Wahlmöglichkeiten des Einzelnen, nicht um die Bewahrung von Werten und Bräuchen als Selbstzweck in blinder Ergebenheit gegenüber der Tradition.

Kultur ist keine tote Anhäufung von Werten und Bräuchen. Sie wird vielmehr ständig neu mit Leben erfüllt, wenn Menschen ihre Werte und Bräuche hinterfragen, an veränderte Gegebenheiten anpassen und im Gedankenaustausch mit Anderen neu definieren.

Manche Leute sind der Auffassung, dass das Eintreten für Multikulturalität einen Handlungsansatz darstellt, der kulturelle Gebräuche auch dann bewahren will, wenn sie gegen Menschenrechte verstoßen, und dass die Bewegun-

gen die kulturelle Anerkennung fordern, nicht demokratisch geführt werden. Man darf jedoch weder kulturelle Freiheit noch den Respekt für Vielfalt mit dem bedingungslosen Eintreten für die Tradition verwechseln. Kulturelle Freiheit bedeutet, dass Menschen in der Lage sind, zu leben wie sie wollen und diejenigen zu sein, die sie sein wollen, wobei ihnen ausreichende Wahlmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

„Kultur“, „Tradition“, und „Authentizität“ sind nicht mit „kultureller Freiheit“ gleichzusetzen. Sie stellen keine akzeptablen Gründe dar, warum man Praktiken zulassen sollte, die Einzelnen Chancengleichheit versagen und ihre Menschenrechte verletzen – zum Beispiel, wenn Frauen nicht das gleiche Recht auf Schulbildung zugesprochen wird wie Männern.

Interessengruppen, die von selbsternannten Führern angeführt werden, spiegeln möglicherweise nicht die Ansichten ihrer Mitglieder insgesamt wider. Es kommt nicht selten vor, dass Gruppierungen von Leuten dominiert werden, die daran interessiert sind, unter dem Vorwand von „Tradition“ den Status Quo auf-

rechtzuerhalten und die dann als Hüter des Traditionalismus wirken, um deren Kulturen auf dem gegenwärtigen Stand einzufrieren. Wer kulturelles Entgegenkommen fordert, sollte sich selbst an demokratische Grundsätze und an die Zielsetzung von menschlicher Freiheit und Menschenrechten halten. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Volk der Samen in Finnland, die Autonomie genießen und diese in einem demokratisch strukturierten Parlament praktizieren, das seinen eigenen demokratischen Spielregeln folgt, aber Teil des finnischen Staatswesens ist.

Die Berücksichtigung kultureller Unterschiede einerseits und Menschenrechten und Entwicklung andererseits müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen. Der Entwicklungsprozess erfordert jedoch die aktive Mitwirkung der Menschen beim Kampf für Menschenrechte sowie einen Wertewandel.

Mythos Nr. 4: Ethnisch vielgestaltige Länder sind weniger dazu in der Lage, sich weiterzuentwickeln. Deshalb muss im Falle der Anerkennung von Vielfalt auf die Förderung der Entwicklung verzichtet werden.

Dies ist nicht richtig. Es ist kein eindeutiger Zusammenhang, ob positiv oder negativ, zwischen kultureller Vielfalt und Entwicklung nachgewiesen.



Unabhängig von Kulturen werden weltweit demokratische Rechte gefordert.

Dennoch wird immer wieder behauptet, dass Vielfalt ein Hindernis für Entwicklung dargestellt hat. Auch wenn sich nicht leugnen lässt, dass viele Gesellschaften, in denen verschiedene Volksgruppen zusammenleben, ein geringes Niveau von Einkommen und menschlicher Entwicklung aufweisen, gibt es keine Beweise dafür, dass dies mit der kulturellen Vielfalt zusammenhängt. In einer Studie wird die Auffassung vertreten, dass Vielfalt eine Ursache für die schwache Wirtschaftsleistung in Afrika war und ist; dies lässt sich jedoch darauf zurückführen, dass die politischen Entscheidungsträger eher nach ethnischen als nach nationalen Interessen vorgehen, nicht auf die Vielfalt an sich. Genauso wie es Vielvölkerstaaten gibt, die wirtschaftlich auf der Stelle treten, so gibt es auch andere, die bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen haben. Malaysia, dessen Bevölkerung zu 62 Prozent aus Malaien und anderen indigenen Gruppierungen sowie 30 Prozent Chinesen und acht Prozent Indern besteht, hatte im Zeitraum 1970–90, den Jahren, als es eine gezielte Antidiskriminierungspolitik betrieb, das zehnthöchste Wirtschaftswachstum der Welt. Mit Rang 64 steht Mauritius von allen Staaten Afrikas südlich der Sahara am weitesten oben im Index für menschliche Entwicklung. Das Land hat eine vielfältige Bevölkerung afrikanischer, indischer, chinesischer und europäischer Abstammung, davon 50 Prozent Hindus, 30 Prozent Christen und 17 Prozent Moslems.

Mythos Nr. 5: Manche Kulturen sind eher als andere dazu in der Lage, Entwicklungsschritte zu machen, und manche Kulturen verfügen im Gegensatz zu anderen über inhärente demokratische Werte. Deshalb muss im Falle des Entgegenkommens gegenüber bestimmten Kulturen auf die Förderung von Entwicklung und Demokratie verzichtet werden.

Auch dies ist nicht richtig. Weder statistische Analysen noch historische Untersuchungen ergeben Anhaltspunkte für einen kausalen Zusammenhang zwischen Kultur und wirtschaftlichem Fortschritt oder Demokratie.

Kultureller Determinismus, also die Vorstellung, dass die Kultur einer Gruppierung die Erklärung für deren Wirtschaftsleistung und

Die Berücksichtigung kultureller Unterschiede einerseits und Menschenrechten und Entwicklung andererseits müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen

Die Ansicht, dass konfuzianische Werte wachstumshemmend seien, musste über Bord geworfen werden

demokratische Fortschritte bietet, für die sie entweder hinderlich oder förderlich ist, scheint auf den ersten Blick äußerst einleuchtend. Diese Theorien lassen sich jedoch nicht durch ökonomische Analysen oder geschichtliche Erfahrung untermauern.

Es sind viele Theorien des kulturellen Determinismus vorgebracht worden, angefangen mit der These von Max Weber, wonach die protestantische Ethik den entscheidenden Faktor für erfolgreiches Wachstum in kapitalistischen Volkswirtschaften darstellt. Auch wenn diese Theorien eine schlüssige Erklärung der Vergangenheit liefern, so sind sie doch immer wieder in Bezug auf Zukunftsprognosen widerlegt worden. Denn als Webers Theorie der protestantischen Ethik in Umlauf gelangte, hatten die katholischen Länder (Frankreich und Italien) bereits ein höheres Bevölkerungswachstum als das protestantische Großbritannien oder Deutschland. Daraufhin wurde die Theorie erweitert und sollte sich nun auf die christliche oder westliche Kultur allgemein beziehen. Als Japan, Südkorea, Thailand und andere ostasiatische Länder plötzlich nie da gewesene Wachstumsraten erzielten, musste die Ansicht, dass konfuzianische Werte wachstumshemmend seien, über Bord geworfen werden.

Das Verstehen kultureller Traditionen kann Verständnis für menschliche Verhaltensweisen und gesellschaftliche Triebkräfte schaffen, die die Ergebnisse des Entwicklungsprozesses beeinflussen. Dieses Verständnis liefert jedoch keine großartige Theorie für den Zusammenhang von Kultur und Entwicklung. Wenn man beispielsweise die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum untersucht, dann stellen sich die Wirtschaftspolitik, die geographischen Gegebenheiten und die Belastung durch Krankheiten als in höchstem Maße relevante Faktoren heraus. Die Kultur hingegen ist in diesem Zusammenhang nicht signifikant. Es spielt also keine erhebliche Rolle, ob eine Gesellschaft vom Hinduismus oder vom Islam geprägt ist.

Dasselbe gilt für die Demokratie. In die politische Diskussion beginnt eine Neuauflage des kulturellen Determinismus Einzug zu halten, die das Scheitern der Demokratisierung in der nicht-westlichen Welt auf inhärente kulturelle Charakteristika wie Intoleranz und „autoritäre Werte“ zurückführt. Auf globaler Ebene vertreten einige Theoretiker die These, dass im 21. Jahrhundert ein „Zusammenprall der Zivilisationen“ stattfinden werde und die Zukunft demokratischer und toleranter westlicher Staaten durch nicht-westliche Staaten mit einem autoritäreren Wertesystem bedroht sei. Hier



ist Skepsis angebracht, schon allein deshalb, weil diese Theorie die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen der „Zivilisation“ überzeichnet und die Aspekte, in denen sie sich ähneln, ignoriert.

Außerdem hat ja der Westen nicht Demokratie oder Toleranz für sich gepachtet. Es gibt historisch keine eindeutige Trennlinie zwischen einem toleranten und demokratischen Westen und einem despotischen Osten. Plato und Augustinus waren in ihrem Denken nicht weniger autoritär als Konfuzius und Kautilya. Vorkämpfer der Demokratie hat es nicht nur in Europa, sondern auch anderswo gegeben. Man denke nur an Akbar, der im Indien des 16. Jahrhunderts religiöse Toleranz predigte, oder Prinz Shotoku, der im Japan des siebten Jahrhunderts eine Verfassung (kempo) einführte, in der nachdrücklich betont wurde, dass „Entscheidungen in wichtigen Angelegenheiten nicht durch eine Person allein getroffen, sondern von vielen gemeinsam beraten werden sollten“. Die Auffassung, dass bei Entscheidungen über wichtige öffentliche Angelegenheiten Mitbestimmung erfolgen soll, war und ist ein zentraler Bestandteil vieler Traditionen in Afrika und anderen Teilen der Welt. Jüngere Erkenntnisse aus der Welt-Werte-Erhebung zeigen, dass Menschen in islamischen Ländern demokratische Werte genauso sehr unterstützen wie Menschen in nicht-islamischen Ländern.

Ein Grundproblem bei diesen Theorien ist die ihnen zugrunde liegende Annahme, dass Kultur etwas im Wesentlichen Festgelegtes und Unveränderliches sei, wodurch sich die Welt fein säuberlich in einzelne „Zivilisationen“ oder „Kulturen“ einteilen ließe. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass es in Gesellschaften zwar eine große Kontinuität von Werten und Traditionen geben kann, Kulturen aber veränderlich und selten homogen sind. Nahezu alle Gesellschaften waren schon einmal einem Wertewandel unterzogen – beispielsweise im Verlauf des letzten Jahrhunderts einem Wandel der Werte bezüglich der Rolle der Frau und der Gleichberechtigung der Geschlechter. Radikale Veränderungen bei sozialen Verhaltensweisen hat es überall gegeben, bei Katholiken



in Chile und Moslems in Bangladesch genauso wie bei Buddhisten in Thailand. Durch solche Veränderungen und Spannungen innerhalb der einzelnen Gesellschaften werden die Politik und der historische Wandel angetrieben – die anthropologische Forschung wird inzwischen von der Fragestellung beherrscht, in welcher Weise Machtverhältnisse sich hierauf auswirken. Paradoxerweise wächst jetzt, nachdem die Anthropologen gerade von der Vorstellung Abschied genommen haben, dass Kultur ein begrenztes und festgelegtes gesellschaftliches Phänomen sei, das allgemeine politische Interesse daran, die grundlegenden Werte und Charakterzüge von „Völkern und deren Kultur“ herauszufinden.

Die Theorien des kulturellen Determinismus verdienen eine kritische Beurteilung, da von ihnen gefährliche Konsequenzen für die Politik ausgehen. Sie können die Unterstützung für nationalistische Politikmaßnahmen nähren, die „minderwertige“ Kulturen, von denen behauptet wird, dass sie der nationalen Einheit, Demokratie und Entwicklung im Wege stehen, verunglimpfen oder unterdrücken. Derartige Angriffe auf kulturelle Werte schüren dann gewalttätige Reaktionen, die Nahrung für Spannungen innerhalb und zwischen Nationen abgeben können.

*Der Westen hat
Demokratie und Toleranz
nicht für sich gepachtet*

KULTURELLE FREIHEIT UND MENSCHLICHE ENTWICKLUNG

Menschliche Entwicklung erfordert mehr als Gesundheit, Bildung, einen angemessenen Lebensstandard und politische Freiheit. Der Staat muss die kulturellen Identitäten der Menschen anerkennen und ihnen gerecht werden, und die Menschen müssen die Möglichkeit bekommen, ihre Identitäten frei zum Ausdruck zu bringen, ohne dass man sie deswegen in anderen Bereichen ihres Lebens diskriminiert. Kurz gesagt: Kulturelle Freiheit ist ein Grundrecht des Menschen und ein wichtiger Aspekt menschlicher Entwicklung – und daher wert, dass sich der Staat ihrer annimmt und entsprechend handelt.

Menschliche Entwicklung ist ein Prozess, durch den die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitert werden, in ihrem Leben das zu tun und zu sein, worauf sie Wert legen. Frühere Ausgaben des Berichts über die menschliche Entwicklung haben den Schwerpunkt der Betrachtung auf die Ausweitung sozialer, politischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten gelegt, um dies zu fördern. Sie haben Wege erkundet, wie durch eine Politik, die für faires Wachstum, mehr soziale Chancen und eine vertiefte Demokratie sorgt, diese Wahlmöglichkeiten für Alle erhöht werden können.

Eine Dimension der menschlichen Entwicklung, die sich allerdings schwer messen lässt und gar nicht leicht zu fassen ist, hat ent-

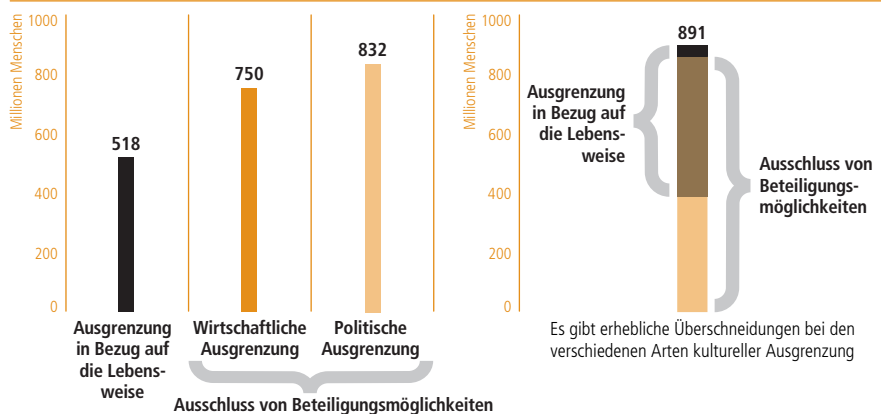
scheidende Bedeutung: Kulturelle Freiheit ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen so leben können, wie es ihnen gefällt. Die Weiterentwicklung der kulturellen Freiheit muss ein zentraler Aspekt menschlicher Entwicklung sein und über die Schaffung sozialer, politischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten hinausgehen, weil diese allein noch keine kulturelle Freiheit garantieren.

Bei kultureller Freiheit geht es darum, den Menschen die Freiheit zu lassen, ihre Identität selber zu wählen und ein Leben zu leben, auf das sie Wert legen, ohne dadurch von anderen Wahlmöglichkeiten ausgeschlossen zu werden, die für sie wichtig sind (wie z.B. Bildung, Gesundheit oder Arbeitsplätze). In der Praxis gibt es zwei Formen kultureller Ausgrenzung. Die erste davon ist die Ausgrenzung aufgrund der Lebensweise, die einem Lebensstil, den eine Gruppierung für sich gewählt hat, die Anerkennung und jedes Entgegenkommen verweigert, und die darauf besteht, dass jeder Einzelne genau wie alle Anderen in der Gesellschaft leben muss. Beispiele hierfür sind religiöse Unterdrückung oder das Beharren darauf, dass Einwanderer ihre kulturellen Bräuche und ihre Sprache aufgeben. Die zweite Form der Ausgrenzung ist der Ausschluss von Beteiligungsmöglichkeiten, wenn also Menschen aufgrund ihrer kulturellen Identität diskriminiert werden oder hinsichtlich sozialer, politischer und wirtschaftlicher Chancen Benachteiligungen erleiden.

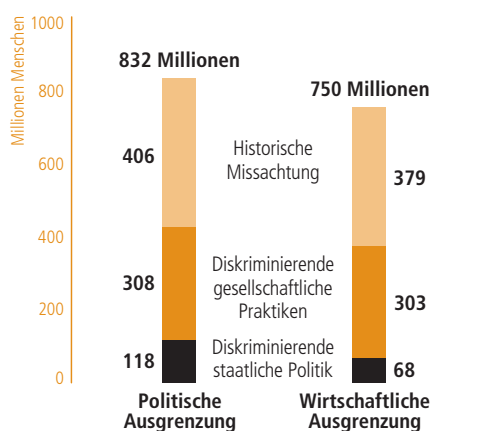
Beide Arten von Ausgrenzung sind weit verbreitet, auf allen Kontinenten, in jedem Stadium der Entwicklung, in Demokratien wie auch in autoritären Staaten. Der Datensatz Gefährdete Minderheiten, ein Forschungsvorhaben, das sich auch mit Fragestellungen im Zusammenhang mit kultureller Ausgrenzung befasst und weltweit die Situation von Minderheitsgruppen untersucht hat, schätzt, dass beinahe eine Milliarde Menschen – also fast jeder siebte Mensch – Gruppen angehören, die in irgendeiner Weise entweder einer Ausgrenzung in Bezug auf die Lebensweise oder in Bezug auf Beteiligungsmöglichkeiten ausgesetzt sind, von der andere Gruppen im selben Staat nicht betroffen sind.

Dieses Spektrum wird natürlich durch Formen der Unterdrückung kultureller Freiheit

Die Diskriminierung und Benachteiligung anhand kultureller Merkmale identifizierter Gruppen kann kulturell, politisch und wirtschaftlich sein – mit erheblichen Überschneidungen



Politische und wirtschaftliche Ausgrenzung haben unterschiedliche Ursachen



abgerundet. Die extremste davon ist ethnische Säuberung, gefolgt von formalen Einschränkungen bei der Ausübung von Religion, Sprache und Bürgerrechten. Häufiger ist kulturelle Ausgrenzung jedoch darauf zurückzuführen, dass es ganz einfach an der Anerkennung oder dem Respekt für die Kultur und das Brauchtum Anderer mangelt – oder dass manche Kulturen als minderwertig, primitiv oder unzivilisiert betrachtet werden. Dies kann in staatlicher Politik zum Ausdruck kommen, so beispielsweise in nationalen Kalendern, in denen die religiösen Feiertage von Minderheiten nicht berücksichtigt werden, in Schulbüchern, in denen das von Minderheitsführern Erreichte unterschlagen oder geschmälert wird, und in der einseitigen Förderung von Literatur und anderer Kunst, mit der die Errungenschaften der dominanten Kultur gefeiert wird.

Ausgrenzung in Bezug auf die Lebensweise überschneidet sich häufig mit sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ausgrenzung durch Diskriminierung und Benachteiligung bei Arbeitsplätzen, Wohnraum, Schulbildung und politischer Vertretung. Bei den berufsgebundenen Kasten in Nepal beträgt die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren mehr als 17 Prozent, verglichen mit rund sieben Prozent bei den Newar und Brahmanen. In Serbien und Montenegro haben 30 Prozent aller Roma-Kinder keine Grundschule besucht. Lateinamerikaner europäischer Herkunft verweisen oft stolz darauf, dass sie „farbenblind“ seien und behaupten,

dass es ihre Staaten auch seien. Dabei sind überall auf dem Kontinent indigene Gruppen ärmer und politisch weniger stark repräsentiert als die nicht-indigenen. So wird beispielsweise geschätzt, dass in Mexiko das Einkommen von 81 Prozent der Angehörigen indigener Bevölkerungsgruppen unter der Armutsgrenze liegt, gegenüber 18 Prozent bei der Gesamtbevölkerung.

Ausgrenzung in Bezug auf die Lebensweise und Ausschluss von Beteiligungsmöglichkeiten überschneiden sich jedoch nicht immer. So sind beispielsweise die chinesischstämmigen Bewohner Südostasiens wirtschaftlich dominant, wurden und werden jedoch in kultureller Hinsicht ausgeschlossen, beispielsweise durch Beschränkungen für chinesischsprachige Schulen, ein Verbot von Veröffentlichungen in chinesischer Sprache und sozialen Druck, der auf sie ausgeübt wird, damit sie lokale Namen annehmen. Häufiger verstärkt jedoch die Ausgrenzung in Bezug auf die Lebensweise das Ausschließen von anderen Möglichkeiten. Dies gilt insbesondere für die Sprache. Viele Gruppen, insbesondere große Minderheiten wie die Kurden in der Türkei und die indigenen Völker Guatemalas, sind von politischer Partizipation und wirtschaftlichen Chancen ausgeschlossen, weil der Staat den Gebrauch ihrer Sprache in Schulen, bei Gericht und in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens nicht zulässt. Dies ist auch der Grund dafür, warum diese Gruppierungen sich so stark dafür einsetzen, dass ihre Sprache anerkannt wird und im Un-

Manche Kulturen werden als minderwertig betrachtet

terricht wie auch im politischen und legalen Prozess benutzt wird.

Nichts hiervon ist utopisch. Es ist nicht immer leicht, multikulturelle Politikmaßnahmen miteinzubeziehen, und eine solche Politik kann Kompromisse verlangen. Vielen Ländern gelingt es jedoch, eine multikulturelle Politik zu entwickeln, durch die kulturelle Ausgrenzung thematisiert und kulturelle Freiheit gefördert wird.

Kulturelle Freiheit ergibt sich nicht einfach von selber, genauso wenig wie Gesundheit, Bildung oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Auch dort, wo es keine ausgesprochene Verfolgungs- oder Diskriminierungspolitik gibt, sollten sich die Regierungen deshalb verstärkt um die Förderung kultureller Freiheit annehmen.

Von einigen Seiten wird auch der Standpunkt vertreten, Menschen würden schon dann in die Lage versetzt, ihre Religion auszuüben, ihre

Regierungen sollten sich verstärkt um die Förderung kultureller Freiheit annehmen



Sprache zu sprechen und von Diskriminierung bei der Arbeitsplatzsuche, in der Schule und vielen anderen Formen der Ausgrenzung verschont zu bleiben, wenn die bürgerlichen und politischen Rechte des Einzelnen gewährleistet werden (z.B. Religions-, Rede- und Versammlungsfreiheit). Man beruft sich darauf, dass kulturelle Ausgrenzung ein Nebenprodukt wirtschaftlicher und politischer Ausgrenzung sei; sobald diese überwunden sind, werde auch kulturelle Ausgrenzung automatisch verschwinden.

Dies ist nicht eingetreten. So bekennen sich viele reiche und demokratische Länder dazu, alle Bürger gleich zu behandeln, beherbergen jedoch gleichzeitig Minderheiten, denen eine angemessene politische Vertretung fehlt und für die Schikanen und erschwerten Zugang zu Angeboten des öffentlichen Lebens alltägliche Erfahrungen sind.

Die Erweiterung kultureller Freiheiten erfordert eine Politik, die sich explizit mit der Verweigerung kultureller Freiheit auseinandersetzt – eine multikulturelle Politik. Um dies zu erreichen, müssen Staaten in ihren Verfassungen, Gesetzen und Institutionen die kulturellen Unterschiede anerkennen. Sie müssen außerdem eine Politik formulieren, die sichergestellt, dass die Interessen bestimmter Gruppierungen – ob Minderheiten oder historisch marginalisierte Mehrheiten – nicht von dominanten Gruppen oder der Bevölkerungsmehrheit ignoriert oder übergangen werden. Dabei müssen sie so vorgehen, dass kein Widerspruch zu anderen Zielen und Strategien der menschlichen Entwicklung entsteht, wie der Festigung der Demokratie, der Schaffung eines handlungsfähigen Staates und der Gewährleistung von Chancengleichheit für alle Bürger. Dies ist sicherlich keine leichte Aufgabe. Es gibt jedoch viele Beispiele dafür, wie Länder überall auf der Erde innovative Wege zur Steuerung kultureller Vielfalt gehen. Dieser Bericht befasst sich schwerpunktmäßig mit fünf Kernbereichen der Politik: politische Mitbestimmung, Religion, Zugang zum Rechtssystem, Sprache und Zugang zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten.

POLITIK ZUR SICHERSTELLUNG POLITISCHER MITBESTIMMUNG

Viele Bevölkerungsgruppen, die historisch marginalisiert wurden, sind immer noch von der Teilhabe an echter politischer Macht ausgeschlossen und fühlen sich deshalb oft durch den Staat ausgegrenzt. Manchmal beruht dies auf einem Mangel an demokratischer Mitbestimmung oder der Verweigerung politischer Rechte. In diesem Falle müsste die Demokratisierung als erste Grundvoraussetzung einer Veränderung betrachtet werden. Damit ist es jedoch nicht getan, denn selbst wenn den Angehörigen von Minderheiten in einer Demokratie gleiche politische Rechte eingeräumt werden, kann es sein, dass sie andauernd unterrepräsentiert oder überstimmt werden und ihnen deshalb die Zentralregierung als entfremdet und repressiv erscheint. Es kann nicht verwundern, dass viele Minderheiten sich gegen eine derartige Herrschaft auflehnen und nach größerer politischer Macht streben. Aus diesem Grund wird oft ein „multikulturelles“ Demokratieverständnis benötigt.

Etliche Modellansätze für eine multikulturelle Demokratie bieten wirksame Mechanismen für die Teilung der Macht zwischen kulturell divergierenden Gruppierungen. Solche Regelungen zur Beteiligung spielen eine entscheidende Rolle für die Sicherstellung der Rechte kulturell unterschiedlicher Gruppierungen und Minderheiten und für die Verhinderung von Machtmissbrauch, ob nun aufgrund von Übervorteilung durch die Mehrheit oder aufgrund der Dominanz der herrschenden politischen Elite.

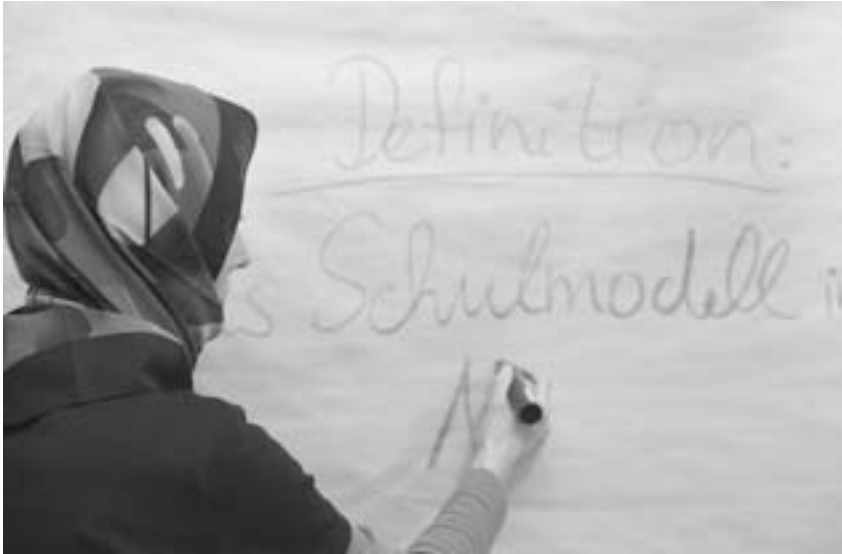
In Neuseeland hat sich durch eine Reform des Wahlsystems etwas an der chronischen Unterrepräsentierung der Maori geändert. Nachdem das Mehrheitswahlrecht durch ein Verhältniswahlrecht ersetzt worden, stieg bei den Wahlen von 2002 der Anteil der gewählten Vertreter der Maori gegenüber 1993 von drei Prozent auf 16 Prozent und entspricht nunmehr ihrem Anteil an der Bevölkerung. Reservierte Parlamentssitze und Quoten haben in Indien den in der Verfassung aufgeführten Stämmen und Kasten zu einer Stimme verholfen und dafür gesorgt, dass in Kroatien auch die ethnischen Minderheiten im Parlament vertreten sind.

Der Föderalismus stellt einen wichtigen Ansatz für die Teilhabe an der Macht dar. Unter dem Dutzend ethnisch vielfältiger Länder mit einer langen demokratischen Tradition gibt es in fast allen asymmetrische föderale Regelungen, denen zufolge die Untereinheiten des föderal organisierten Staates nicht alle mit denselben Befugnissen ausgestattet sind. Dadurch kann flexibler auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen eingegangen werden. Beispielsweise haben Sabah und Sarawak in Malaysia einen Sonderstatus, wie auch die Basken und 14 weitere comunidades autonomas in Spanien, denen in Bereichen wie Bildung, Sprache und Kultur Autonomie eingeräumt wurde.

Wieder andere indigene Völker, so zum Beispiel die Inuit in Kanada, haben für sich selbstverwaltete Gebiete ausgehandelt. Daraus lässt sich die Lehre ziehen, dass solche Regelungen bezüglich der Teilhabe an der Macht in Ländern, in denen es historisch bedingt separatistische Bewegungen gibt, so wie in Spanien, nachweislich einen entscheidenden Beitrag zur Auflösung von Spannungen geleistet haben. Werden sie rechtzeitig eingeführt, solange die Spannungen sich noch aufbauen, dann können sie gewaltsame Auseinandersetzungen verhindern.

Teilhabe an der Macht kann gewaltsame Auseinandersetzungen verhindern





Widerspricht ein Kopftuchverbot an staatlichen Schulen der Religionsfreiheit?

POLITIK ZUR SICHERSTELLUNG DER RELIGIONSFREIHEIT

Viele religiöse Minderheiten sind in unterschiedlicher Art und Weise von Ausgrenzung betroffen, und manchmal äußert sich diese als offene Unterdrückung der Religionsfreiheit oder Diskriminierung gegen diese Gruppe, besonders häufig in nichtsäkularen Ländern, in denen es eine Staatsreligion gibt.

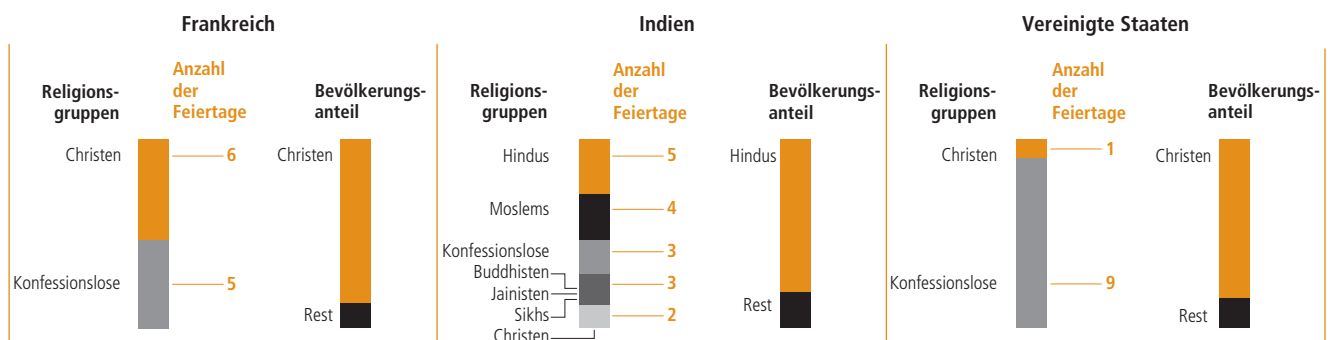
In anderen Fällen kann es jedoch zu einer weniger direkten und oft unbeabsichtigten Ausgrenzung kommen, so beispielsweise wenn im amtlichen Kalender die religiösen Feiertage einer Minderheit nicht berücksichtigt wer-

den. In Indien wird die Vielfalt von Bevölkerungsgruppen anerkannt und neben fünf hinduistischen auch vier islamische und zwei christliche Feiertage sowie jeweils einen Feiertag der Buddhisten, Jainisten und Sikh offiziell begangen. In Frankreich gibt es 11 gesetzliche Feiertage, von denen fünf überkonfessionell sind, während die sechs religiösen Feiertage allesamt dem christlichen Kalender entstammen, obgleich unter der Bevölkerung sieben Prozent Moslems und ein Prozent Juden sind. In ähnlicher Weise kann auch die Kleiderordnung in öffentlichen Einrichtungen im Widerspruch zu der von der Religion vorgeschriebenen Kleidung einer Minderheit stehen, staatliche Heirats- und Erbvorschriften können von denen der Religionsgesetze abweichen oder Flächennutzungspläne können mit den Begräbnisbräuchen einer Minderheit kollidieren.

Zu Konflikten dieser Art kann es sogar in weltlich geprägten Staaten kommen, in denen es starke demokratischen Institutionen zum Schutz bürgerlicher und politischer Rechte gibt. Angesichts der tief greifenden Bedeutung von Religion für die Identität vieler Menschen überrascht es nicht, dass religiöse Minderheiten oft dazu aufrufen, sich gegen solche Formen der Ausgrenzung zu wehren. Auf manche religiöse Bräuche könnte man ohne Schwierigkeiten Rücksicht nehmen, doch oft sind damit schwierige Entscheidungen und Kompromisse verbunden.

Gesetzliche Feiertage sind ein wichtiger Weg, kulturelle Identitäten anzuerkennen – oder zu ignorieren

Religionen, die sich in gesetzlichen Feiertagen widerspiegeln, 2003



Quelle: Gesetzliche Feiertage: Frankreich 2004; Indien, Ministry of Personnel 2004; Office of Personnel Management 2003; Bevölkerungsgruppen nach Religion: Indien, Office of the Registrar General 2004; Frankreich und Vereinigte Staaten, CIA 2003.

Das Kopftuch-Dilemma in Frankreich

Sollte es moslemischen Mädchen erlaubt sein, in staatlichen Schulen in Frankreich ein Kopftuch zu tragen? Würde das den Prinzipien des Säkularismus (*laïcité*) und des Respekts für die Religionsfreiheit widersprechen? Erfordert diese Freiheit, dass öffentliche Räume von religiösen Einflüssen freigehalten werden? Oder würde dies eine Diskriminierung der Gemeinschaft der moslemischen Einwanderer darstellen? Oder spiegelt das Kopftuch die Unterwerfung der Frau durch den Mann wider? Es gab in den letzten Jahren wenige Kontroversen, auf beiden Seiten mit so viel Leidenschaft geführt wurden, und die weitergehende Herausforderungen aufgeworfen haben, der kulturellen Vielfalt Raum zu schaffen.

Die Kontroverse geht auf das Jahr 1989 zurück, als eine Sekundarschule drei junge Frauen, die im Unterricht Kopftücher trugen, von der Schule verwies, mit der Begründung, dies würde das französische Prinzip des Säkularismus verletzen. Dies setzte eine massive öffentliche Debatte in Gang. Der Staatsrat erklärte, dass das Tragen religiöser Zeichen nicht per se mit dem Säkularismus unvereinbar sei, solange es keinen „provokativen oder militanten“ Charakter habe. Das Bildungsministerium ernannte einen Sondervermittler, um in der Zukunft mit solchen Vorfällen umzugehen.

Die Kontroverse ebte ab, bis zum Dezember 2002, als ein Mädchen in einem überwiegend von Einwanderern bewohnten Bezirk in Lyon mit einem Kopftuch zur Schule erschien. Das Kopftuch war fast zu einem Kopfband reduziert worden und bedeckte

Quelle: Zolberg 2003; Gutmann 1995; The Economist 2004b.

weder ihre Stirn noch ihre Ohren. Die Schulleitung bestellte die Eltern des Mädchens zu sich und verlangte, dass das Mädchen aufhörte, in der Schule das Kopftuch zu tragen. Die Eltern protestierten, dass sie bereits den französischen Normen entsprochen hätten, indem sie das Kopftuch zu einem Kopfband reduziert hätten. Der Sondervermittler wurde hinzugezogen, konnte aber keine akzeptable Lösung finden. Einige Lehrer drohten damit zu streiken, wenn es der Schülerin erlaubt würde, in der Schule weiterhin das Kopftuch zu tragen.

Aus der Angelegenheit wurde schnell eine politisierte Debatte. Mitglieder der Nationalversammlung, sowohl Linke wie Rechte, schlugen ein Gesetz vor, das ausdrücklich das Tragen von Kopftüchern in Schulen und anderen öffentlichen Räumen verbieten sollte. Linke Intellektuelle bezogen schnell Position pro oder contra, entweder zur Verteidigung der freien Meinungsäußerung und gegen die Diskriminierung von Moslems, oder zur Verteidigung des Säkularismus und der Werte der Geschlechtergerechtigkeit, da man annahm, dass viele Mädchen einge-

schüchtern würden, damit sie ein Kopftuch tragen. Im Jahr 2003 richteten das Bildungsministerium und die Nationalversammlung einen Untersuchungsausschuss ein. Im Juli schlug eine unabhängige Kommission zur Anwendung des Säkularismus in der Republik ein Verbot des Tragens jeglicher offensichtlich religiöser Symbole in Schulen vor, einschließlich Kopftücher.

Letzten Endes wurde das Gesetz verabschiedet, doch die Meinungen waren geteilt. Die Positionen verliefen nicht, wie man es hätte erwarten können, entlang der typischen Trennlinien: links – rechts, Nicht-Moslems – Moslems oder Frauen – Männer. Meinungsumfragen, die direkt vor der Abstimmung durchgeführt wurden, zeigten, dass moslemische Frauen gleichermaßen unterschiedlicher Meinung für oder gegen das neue Gesetz waren (siehe Tabelle).

Der Fall wirft ein Schlaglicht auf das Dilemma, vor dem Länder stehen, wenn sie versuchen, den religiösen und anderen kulturellen Unterschieden von Einwanderergemeinschaften gerecht zu werden. Wie in diesem Fall steht man vor schwierigen Kompromissentscheidungen und komplexen Auseinandersetzungen. Diejenigen, die für das Verbot eintreten, argumentieren, dass es der Wahrung der Freiheit diene — der Religionsfreiheit und der Freiheit der Frauen von Unterordnung. Doch genauso argumentieren diejenigen, die gegen das Verbot sind — Freiheit von Diskriminierung und ungleichen Chancen. Solche Kompromissentscheidungen in Bezug auf Prinzipien sind insbesondere im staatlichen Bildungswesen schwierig, das die Werte des Staates vermitteln soll.

Sind Sie für oder gegen ein Gesetz, das Zeichen oder Kleidungsstücke verbietet, die deutlich sichtbar die Religionszugehörigkeit zeigen? (21. Januar 2004)

	Dafür (%)	Dagegen (%)
Alle Franzosen	69	29
Linke	66	33
Rechte	75	24
Moslems	42	53
Moslemische Frauen	49	43

Frankreich befasst sich derzeit intensiv damit, ob das Tragen des Kopftuchs in Staatsschulen gegen den staatlichen Grundsatz der Trennung von Staat und Religion und den demokratischen Wert der Gleichberechtigung der Geschlechter verstößt, die durch staatliche Bildungsmaßnahmen vermittelt werden sollen. Und Nigeria kämpft derzeit mit der Frage, ob der Bundesgerichtshof des Landes das Urteil eines islamischen Religionsgerichtes in einem Fall von Ehebruch bestätigen soll.

Im Hinblick auf die menschliche Entwicklung ist entscheidend, dass menschliche Freiheiten und Menschenrechte erweitert werden, und dass Gleichheit anerkannt wird. Säkulare und demokratische Staaten sind am ehesten dazu in der Lage, diese Ziele zu erreichen, wenn der Staat religiöse Bräuche angemessen berücksichtigt, wenn alle Religionen im gleichen Verhältnis zum Staat stehen und wenn der Staat die Menschenrechte wahrt.

POLITIK FÜR EINEN RECHTSPLURALISMUS

In vielen multikulturellen Gesellschaften haben indigene Völker und Angehörige anderer kultureller Gruppierungen sich für die Anerkennung ihrer traditionellen Rechtssysteme eingesetzt, damit sie Zugang zu Gerechtigkeit erhalten. So wurden beispielsweise die Maya in Guatemala jahrhundertlang unterdrückt und das staatliche Rechtssystem ist zu einem Bestandteil dieser Unterdrückung geworden. Die indigenen Gemeinschaften haben das Vertrauen in das Rechtsstaatsprinzip verloren, weil es keine Gerechtigkeit gesichert hat und weil es nicht in der Gesellschaft und ihren Werten verankert war.

Etliche Länder, so zum Beispiel Guatemala, Indien und Südafrika, entwickeln derzeit Konzepte für einen rechtlichen Pluralismus und anerkennen damit in unterschiedlicher Weise die



Rolle der Justiznormen und -institutionen der einzelnen Gemeinschaften. Forderungen nach Rechtspluralismus treffen auf den Widerstand derjenigen, die befürchten, dass dadurch der Grundsatz eines einheitlichen Rechtssystems untergraben oder traditionellen Gebräuche Vorschub geleistet wird, die der Demokratie und den Menschenrechten zuwiderlaufen.

Rechtlicher Pluralismus bedeutet nicht, dass alle traditionellen Gebräuche übernommen werden müssen

KASTEN 3

Zugang zum Justizsystem und kulturelle Anerkennung in Guatemala

Über 500 Jahre lang, seit der Ankunft der spanischen Eroberer, litt die indigene Bevölkerung Guatemalas unter gewaltsamer Unterdrückung und Ausgrenzung. Der bewaffnete innerstaatliche Konflikt, der von 1960 bis zur Unterzeichnung des Friedensabkommens 1996 dauerte, war besonders verheerend. Die indigene Bevölkerung, die mehr als die Hälfte der Bewohner des Landes ausmacht, wurde Opfer von Massakern und schweren Verstößen gegen die Menschenrechte. Die Militärdiktatur von 1970 bis 1985 schränkte die Autonomie örtlicher Gemeinwesen ein.

Daher darf es nicht verwundern, dass die ländlichen Gemeinschaften das Vertrauen in das Justizsystem und den Rechtsstaat verloren. Öffentliche Lynchjustiz wurde zur Alternative zum formellen Justizsystem, das für seine Unfähigkeit, Straftäter zu verurteilen, und seine Tendenz, Verbrecher mittels eines korrupten Kautionsverfahrens freizulassen, berüchtigt war. Das politische Establishment stellt die Lynchjustiz zynisch als die traditionelle Praxis der indigenen Bevölkerung dar.

Das aus einer Reihe von Übereinkünften bestehende Abkommen von 1996 berücksichtigte die Notwendigkeit einer echten Reform durch ein Bekenntnis zur Anerkennung des Rechts und der Autorität der Maya. In der Übereinkunft zu indigener Identität und indigenen Rechten wird beispielsweise festgehalten, dass „die Unkenntnis

der nationalen gesetzgebenden Körperschaft über die gewohnheitsrechtlichen Normen, die das Leben der indigenen Gemeinschaft regeln, sowie der fehlende Zugang der indigenen Bevölkerung zu den Ressourcen des nationalen Justizsystems die Verweigerung von Rechten, Diskriminierung und Marginalisierung verursacht haben“.

Die Regierung und die Opposition haben sich auf Folgendes geeinigt:

- Anerkennung der Regelung interner Probleme der indigenen Gemeinschaften in Übereinstimmung mit ihren eigenen Justiznormen.
- Berücksichtigung kultureller Erwägungen in der Rechtspraxis.
- Entwicklung eines ständigen Programms für Richter und Angehörige der Strafverfolgungsbehörden zu Kultur und Identität der indigenen Bevölkerung.
- Bereitstellung kostenloser Rechtsberatung für Personen mit begrenzten finanziellen Möglichkeiten.
- Angebot kostenloser Dolmetscherdienste in indigene Sprachen bei Gerichtsverfahren.

Diese Entwicklungen stellen erste Schritte zur Anerkennung der eigenständigen Kulturen der indigenen Bevölkerung Guatemalas dar. Jetzt müssen die traditionellen Systeme im Einklang mit den Menschenrechten und dem Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter weiterentwickelt werden.

Quelle: Buvollen 2002.

Sicherlich wird es immer zu Konflikten kommen – so hat beispielsweise Südafrika derzeit mit dem Widerspruch zu kämpfen, dass nach der Staatsverfassung Frauen erbberechtigt sind, ihnen dieses Recht jedoch nach dem Gewohnheitsrecht verwehrt wird. Die einzelnen Gesellschaften müssen sich damit auseinandersetzen, dass sie echte Kompromisse eingehen, doch rechtlicher Pluralismus bedeutet nicht, dass alle traditionellen Gebräuche übernommen werden müssen. Denn die Kultur entwickelt sich immer weiter und kulturelle Freiheit bedeutet nicht, dass man reflexartig die Tradition rechtfertigen müsste.

SPRACHENPOLITIK

Sprache ist in multikulturellen Staaten oft das am stärksten umstrittene Thema. Manche Länder haben Versuche unternommen, die Sprachen einzelner Bevölkerungsgruppen zu unterdrücken und deren Gebrauch als subversiv abzustempeln. Die häufigere Ursache weit ver-

breiteter Ausgrenzung selbst in gut etablierten Demokratien ist jedoch eine einsprachige Politik. Die Wahl der Amtssprache – der Unterrichtssprache in den Schulen, der Sprache, in der gesetzgeberische Debatten geführt und bürgerliche Mitbestimmung ausgeübt wird und der Handelssprache – formt die Begrenzungen und Vorteile, denen sich Einzelne in ihrem Leben gegenübersehen, in politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. In Malawi müssen laut Verfassung alle Parlamentsabgeordneten Englisch sprechen und lesen können. In Südafrika werden als Gerichtssprachen de facto immer noch Englisch und Afrikaans gebraucht, auch wenn inzwischen neun weitere Sprachen offiziell anerkannt sind. Die Anerkennung einer Sprache bedeutet mehr als nur den Gebrauch dieser Sprache. Sie symbolisiert den Respekt für die Menschen, die diese Sprache sprechen, deren Kultur und ihre volle Einbeziehung in die Gesellschaft.

Der Staat kann vielleicht die Augen gegenüber der Religion verschließen, aber niemals



In Afghanistan werden auch Minderheitensprachen in der Schule unterrichtet.

SONDERBEITRAG

Anerkennung der sprachlichen Vielfalt in der afghanischen Verfassung

Am 4. Januar 2004 wurde von einer Loya Jirga (oder Großen Versammlung) von 502 Delegierten aus allen Teilen Afghanistans die neue Verfassung des Landes verabschiedet. Wenngleich die Verabschiedung selbst bereits ein bedeutender Meilenstein ist, auf den in den letzten zwei Jahren hingearbeitet wurde, sind bestimmte Aspekte der neuen Verfassung besonders bemerkenswert. So bedeutet die Anerkennung der sprachlichen Vielfalt in der neuen Verfassung einen beispiellosen Schritt in der Geschichte nicht nur Afghanistans, sondern der gesamten Region.

Es gibt in Afghanistan zwei offizielle Sprachen, Paschtu und Dari, die wir jahrhundertlang mit Stolz gesprochen haben. Die Verfassung sorgt für die gleichberechtigte Verwendung dieser beiden Sprachen als offizielles Verständigungsmittel in allen staatlichen Organisationen. Viele staatliche Institutionen werden sich anstrengen müssen, dies umzusetzen, aber manche, darunter mein eigenes Präsidialamt, tun dies bereits. Es ist befriedigend für mich als Afghanen und als Präsident, je nach Situation zwischen Dari und Paschtu wechseln zu können.

Die Delegierten der Loya Jirga einigten sich zudem darauf, neben diesen beiden offiziellen Hauptsprachen allen Minderheitensprachen in den Gebieten, in denen diese gesprochen werden, offiziellen Status zu verleihen. Dies stellt einen wichtigen Schritt dar, den man, so weit ich

weiß, nur aus starken und stabilen Gesellschaften kennt. Es ist ein deutliches Signal, dass wir, selbst wenn wir eine Gesellschaft sind, die gerade erst Krieg und Unordnung hinter sich gelassen hat, den Mut und die Toleranz haben, integrativ zu sein und Diversität anzuerkennen. Es macht uns stolz, dass heute unsere afghanischen Landsleute der Belutschen, Nuristaner, Pamirer, Paschai, Turkmenen und Usbeken das Recht haben, ihre eigenen Sprachen zu gebrauchen und diese Sprachen offiziell anerkannt sind. Ich bin zuversichtlich, dass dieser Schritt Afghanistan zu einer gefestigteren Nation, stolzer als zuvor, und zu einer beispielhaften Nation in der Region machen wird.

Nach diesem ersten Schritt muss sich Afghanistan jetzt anstrengen, die Worte der Verfassung in die Tat umzusetzen. Wenngleich wir darauf vertrauen, dass es möglich sein wird, regionale Sprachen in ihren jeweiligen Regionen zu Amtssprachen zu erheben, wird es sicher nicht leicht sein, die Infrastruktur für diesen Zweck zu schaffen. Damit Menschen gelehrt werden kann, in ihrer Muttersprache zu lesen und zu schreiben, muss die Sprache in den Lehrplan aufgenommen werden. Dies wird Veränderungen unseres etablierten Bildungssystems erfordern. Wir werden mehr Lehrer ausbilden und mehr Schulbücher drucken müssen.

Vor allem werden wir jedoch umsichtig vorgehen müssen, um sicherzustellen, dass die An-

erkennung regionaler Sprachen als Amtssprachen zur nationalen Integration beiträgt und nicht die Isolation von Gemeinschaften verstärkt. Im 21. Jahrhundert suchen Menschen auf der ganzen Welt zunehmend nach Gemeinsamkeiten einschließlich sprachlicher Gemeinsamkeit. Dies sollte nicht durch das Erlernen einer Lokalsprache konterkariert werden. Und es sollte auch nicht die Qualität der Bildung für unsere Kinder verringern.

Die Delegierten der Loya Jirga haben dafür gesorgt, dass unsere neue Verfassung nicht nur die innersten Sehnsüchte der Nation, sondern auch die unterschiedlichen Präferenzen der Bevölkerung von Afghanistan verkörpert. Ihre Vorstellung wahr zu machen, mag in der Tat eine Herausforderung darstellen. Aber wir sind zuversichtlich, dass wir diese Herausforderung bewältigen können. Indem wir unsere Vielfalt anerkennen und gleichzeitig unsere nationale Identität bekräftigen, werden wir die Grundlagen eines demokratischen Afghanistans weiter festigen.



Hamid Karzai
Präsident

Islamischer Übergangstaat Afghanistan

die Ohren gegenüber der Sprache. Die Bürger sind darauf angewiesen, miteinander zu kommunizieren, damit sie ein Zugehörigkeitsgefühl verspüren, und die Wahl der Amtssprache symbolisiert die nationale Identität. Darum sträuben sich viele Staaten dagegen, mehrere Sprachen gelten zu lassen, selbst wenn sie sich gleichzeitig für bürgerliche und politische Freiheiten einsetzen.

Viele Länder sind dabei, Möglichkeiten zu erkunden, wie sie der doppelten Zielsetzung von Einheit und Vielfalt gerecht werden können, indem sie zwei oder drei Sprachen übernehmen, also neben der Einheit schaffenden Nationalsprache auch lokale Sprachen zulassen.

In zahlreichen kolonisierten Ländern hat dies bedeutet, dass neben der Verwaltungssprache (z.B. Englisch oder Französisch) auch die meistgebrauchte Lokalsprache und eine Muttersprache auf lokaler Ebene anerkannt werden. Tansania hat den Gebrauch von Kiswaheli in Schulen und Behörden neben Englisch gefördert. Indien praktiziert schon seit Jahrzehnten eine Drei-Sprachen-Formel: die Kinder werden sowohl in der Amtssprache ihres jeweiligen Bundesstaates (z.B. Bengali in Westbengalen) als auch in den beiden Amtssprachen des Landes, nämlich Hindi und Englisch, unterrichtet.

Mehrsprachiger Unterricht in Papua-Neuguinea

Papua-Neuguinea, zwischen dem Südpazifik und der Korallensee gelegen, ist das Land mit der weltweit größten sprachlichen und kulturellen Diversität auf der Welt. Auf den Inselstaat entfallen etwa ein Sechstel der 6.000 Sprachen der Welt. Ein Jahrhundert der kolonialen Besetzung ließ eine Verkehrssprache entstehen: ein neumelanesisches Pidgin, *Tok Pisin* genannt, das aus dem Englischen, Deutschen, Spanischen, Malaiischen und einheimischen Sprachen abgeleitet ist und von der Hälfte der fünf Millionen Einwohner gesprochen wird.

Um das Bedürfnis der indigenen Bevölkerung nach einer zweckmäßigen Grundschulbildung erfüllen zu können, führte das Bildungsministerium 1993 eine große Bildungsreform durch, mit der muttersprachlicher Unterricht in den ersten drei Schuljahren eingeführt wurde. Anschließend ist die Unterrichtssprache Englisch. Bis 2001 waren in 3.600 Grundschulen 369 indigene Sprachen eingeführt worden. Ein Drittel der Kinder beginnt jetzt den Grundschulunterricht in ihrer Muttersprache.

Quelle: Klaus 2003, SIL International 2004a, CRIP 2004.

Bislang wurde keine statistische Untersuchung durchgeführt, aber es gibt genügend Einzelbelege dafür, dass Kinder schneller und leichter lesen und Englisch lernen, wenn sie den Schulunterricht in ihrer Muttersprache beginnen. Die Schulbesuchsquote steigt, und die Abbruchquote, insbesondere bei Mädchen, ist gesunken. Über 70 Prozent der Sechstklässler besuchen danach auch die 7. Klasse, verglichen mit weniger als 40 Prozent 1992. Die Schulbesuchsquote hat sich in der unteren Sekundarstufe seit 1992 verdoppelt und in der oberen Sekundarstufe vervierfacht. Lehrer berichten, dass die Kinder einen selbstbewussteren und wissbegierigeren Eindruck machen.

Der Bildungsreform gingen 20 Jahre umfassender öffentlicher Beratungen voraus, und sie wurde nach und nach umgesetzt. Nichtregierungsorganisationen erhielten Zuschüsse zur Entwicklung einer Schriftform für einige Sprachen, die nie zuvor geschrieben worden waren. Gemeinschaften, die ihre Schule auf muttersprachlichen Unterricht umstellen woll-

ten, mussten sich verpflichten, die Schulgebäude zu erweitern, das Schulleben zu unterstützen oder ihre Kultur den Kindern zu vermitteln. Das Unterrichtsmaterial ist bewusst einfach gehalten: Kopien einer Schulbuchvorlage werden mit leeren Zeilen gedruckt, die in der lokalen Sprache ausgefüllt werden müssen. Durch Schwarzweißdruck und flexible Einbände wurden die Kosten niedrig gehalten. Die Gemeinschaften bestimmten Ortsansässige, die mindestens die zehnte Klasse abgeschlossen hatten, zu Lehrern. Sie erhalten weniger Gehalt als auf Landesebene eingestellte ausgebildete Lehrer, viele sind jedoch froh, einer nützlichen Tätigkeit mit einem festen Einkommen nachgehen zu können.

Papua-Neuguinea bemühte sich um umfassende Geberunterstützung für die Einführung der Reform, die das Land von Australien erhielt. Es wird jedoch erwartet, dass das System auf längere Sicht kosteneffizient und tragfähig wird. Es laufen Studien zur Bewertung der Ergebnisse.

SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

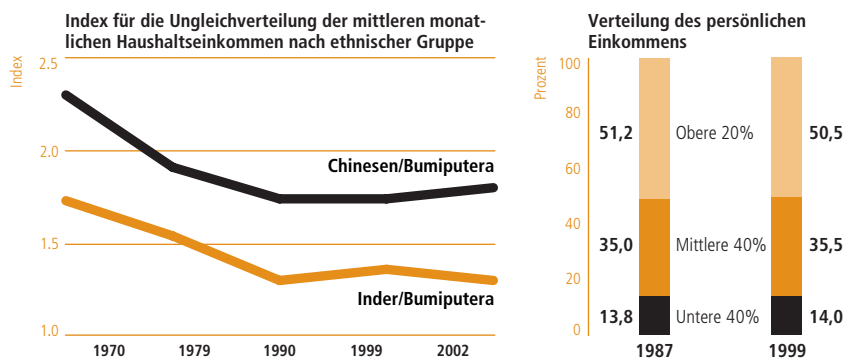
Sozioökonomische Ungerechtigkeit und Ungleichheit bei Einkommen, Schulbildung und Gesundheitsversorgung sind und bleiben das bestimmende Merkmal vieler multi-ethnischer Gesellschaften, in denen Randgruppen leben – man denke an Schwarze in Südafrika und indigene Völker in Guatemala und Kanada. Diese Ausgrenzungen sind das Ergebnis einer langen Vorgeschichte von Eroberung und Kolonisation wie auch von stark verwurzelten hierarchischen Strukturen, wie zum Beispiel Kastensystemen.

Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Gerechtigkeit fördert, ist für die Bestrebungen, diese Ungleichheiten aufzuheben, von entscheidender Bedeutung. Die Beseitigung von Voreingenommenheit bei den öffentlichen Ausgaben wie auch das Hinarbeiten auf eine Grundversorgung von Menschen, die über einen ge-

ringeren Gesundheits- und Bildungsstand verfügen, würde dabei helfen – aber nicht ausreichen. Um die Ungerechtigkeiten, die historisch begründet und in der Gesellschaft verwurzelt sind, in Angriff nehmen zu können, wird eine multikulturelle Politik benötigt, die die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen anerkennt. So würde es beispielsweise nicht ausreichen, wenn man einfach mehr Geld für die Schulbildung der Kinder indigener Bevölkerungsgruppen ausgibt – denn diese wären wieder benachteiligt, wenn an allen Schulen nur in der Amtssprache unterrichtet wird.

Zweisprachiger Unterricht wäre hier hilfreich. Landforderungen – z.B. die Forderungen indigener Völker nach Land mit Bodenschätzen oder dem Land, das von den weißen Kolonisten im Südlichen Afrika besiedelt wurde – können mit einer Politik, die sozioökonomische Möglichkeiten erweitert, nicht gelöst werden.

Die Ungleichheiten zwischen Gruppen in Malaysia haben abgenommen, die individuellen Ungleichheiten dagegen nicht

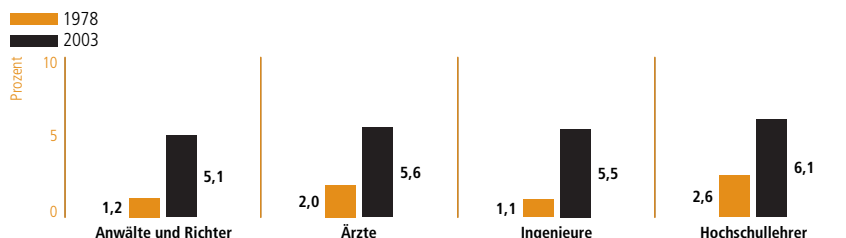


Quelle: Jomo 2004.

Die Bilanz der gezielten Förderung benachteiligter Gruppen in den Vereinigten Staaten ist uneinheitlich

	Um 1980		Um 2000	
	Weißer	Schwarze	Weißer	Schwarze
Lebenserwartung (Jahre)	74,4	68,1	77,7	72,2
Müttersterblichkeit (pro 1.000 Geburten)	6,7	21,5	5,1	17,1
Säuglingssterblichkeitsrate (pro 1.000 Geburten)	10,9	22,2	5,2	14,0
Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (Prozent)	10,2	32,5	9,5	22,5
Arbeitslosenquote (16 Jahre und älter)	6,3	14,3	3,5	7,6
Arbeitslosenquote (16- bis 19-Jährige)	15,5	38,5	11,4	24,5

Anteile von Schwarzen an ausgewählten Berufsgruppen (Prozent)



Quelle: U.S. Census Bureau 2004b; U.S. Department of Labor 2004.

In Indien, Malaysia, Südafrika und den Vereinigten Staaten hat die Erfahrung gezeigt, dass sich durch gezielte Förderung von Minderheiten die Ungleichheiten zwischen den einzelnen Gruppierungen verringern lassen. In Malaysia hat sich das Verhältnis im Durchschnittseinkommen zwischen der chinesischen und der malaiischen Bevölkerung zwischen 1970 und 1990 von 2,3 auf 1,7 verringert. In den Vereinigten Staaten ist der Anteil schwarzer Rechtsanwälte von 1,2 Prozent auf 5,1 Prozent an der Gesamtzahl und der Anteil schwarzer Ärzte von zwei Prozent auf 5,6 Prozent gestiegen. In Indien haben die Vergabe von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, der Zugang zu höherer Bildung und die Bereithaltung

von Parlamentssitzen für staatlich anerkannte Kasten und Stämme dabei geholfen, dass Angehörige dieser Gruppen der Armut entrinnen und in die Mittelschicht aufsteigen können.

Keine dieser politischen Maßnahmen ist frei von Widersprüchen, doch die Erfahrung in vielen Ländern zeigt, dass Lösungen möglich sind. Man kann den zweisprachigen Unterricht wegen seiner Ineffizienz sicher in Frage stellen, doch diese ergibt sich dadurch, dass er zu wenig Unterstützung für die Sicherung seiner Qualität erfährt. Maßnahmen zur gezielten Förderung benachteiligter Gruppen kann man sicherlich in Frage stellen und behaupten, dass sie dauerhafte Ursachen von Ungleichheit schaffen oder zur Bevormundung führen – man könnte sie jedoch besser steuern. Auf diese Weise kann man auf Forderungen nach kultureller Einbeziehung eingehen. Wir müssen aber auch anerkennen, dass es heutzutage auf der Welt auch mehr Bewegungen gibt, die kulturelle Vorherrschaft anstreben und Vielfalt unterdrücken wollen.

Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft bedrohen die kulturelle Freiheit. Diese mit illegalen und undemokratischen Maßnahmen zu bekämpfen, verstößt gegen die Menschenrechte und bringt das Problem nicht zum Verschwinden. Demokratische Auseinandersetzung ist eine wirksamere Methode, die intoleranten Zielsetzungen solcher Bewegungen bloßzustellen und ihre Anziehungskraft zu untergraben.

Menschen, die Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft anführen, glauben, dass sie selber kulturell überlegen seien, und versuchen, ihre Ideologien Anderen sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Gemeinschaft aufzudrängen. Nicht alle Bewegungen dieser Art sind gewalttätig. Manche üben durch politische Kampagnen, Drohungen und Schikanen Zwang auf Andere aus. Im Extremfall setzen auch sie Gewalt ein – Übergriffe, Vertreibung, ethnische Säuberung oder gar Völkermord. Als politische Kraft droht die Intoleranz, politische Prozesse in Ländern auf der ganzen Welt an sich zu reißen. Bewegungen mit dem Ziel kultureller

Erfahrungen mit der gezielten Förderung benachteiligter Gruppen in Malaysia und Südafrika

Gezielte Förderung benachteiligter Gruppen – definiert als offizielle Politik zur Verringerung von Ungleichheiten zwischen Gruppen – manifestiert sich in unterschiedlichen Formen. Eine gezielte Antidiskriminierungspolitik hat in Südafrika während des letzten Jahrzehnts und in Malaysia während der letzten drei Jahrzehnte dazu geführt, dass die dazu ausersehenen Gruppen in der Elite und der Mittelklasse stärker vertreten sind. Diese Fortschritte haben jedoch die Zunahme der Ungleichheit zwischen Reichen und Armen sowohl innerhalb der zuvor benachteiligten Gruppen als auch in der Gesamtgesellschaft allgemein nicht verhindert.

Malaysia

Bei der Unabhängigkeit Ende der 1950er Jahre bildeten Malaien und Angehörige anderer indigener Gruppen (Bumiputera) die Bevölkerungsmehrheit, waren jedoch gegenüber der chinesischen Minderheit wirtschaftlich weit im Rückstand. Malaien gehörten nur zehn Prozent der registrierten Unternehmen und 1,5 Prozent des investierten Kapitals. Die Verfassung sprach den in Malaysia lebenden Indern und Chinesen die Staatsangehörigkeit zu und verlieh gleichzeitig den Malaien Sonderrechte auf Grundbesitz, Stellen im öffentlichen Dienst, Bildung und Geschäftsführungsgenehmigungen.

Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen im Mai 1969 verabschiedete die Regierung die Neue Wirtschaftspolitik, um alle Malaysier aus der Armut zu befreien und die malaysische Gesellschaft umzustrukturieren, wodurch die Identifikation von Rasse mit wirtschaftlicher Tätigkeit und Wohnort durch einen raschen Wirtschaftsaufschwung verringert und letztlich eliminiert werden sollte. Die Regierung schrieb per Gesetz Quoten für Malaien für Handels- und Geschäftslizenzen sowie Kapitalbeteiligungen vor und leistete besondere Unterstützung durch Darlehen, Fortbildung und Firmengrundstücke. Sie erwarb auch Anteile an Privatunternehmen im Namen der Bumiputera mit dem Ziel, deren Kapitalbeteiligung auf 30 Prozent zu erhöhen. Parallel zum Anstieg der Einkommen aller Gruppen seit 1969 ist die Einkommensungleichverteilung zwischen den Gruppen zurückgegangen, was eine beeindruckende Leistung darstellt. Aber die Ein-

kommensungleichheit innerhalb der Gruppen hat seit dem Ende der 1980er Jahre zugenommen. Dies gilt insbesondere für die Bumiputera, wo das Gefälle zwischen Armen und Reichen beträchtlich größer geworden ist.

Der zunehmende Missbrauch ethnischer Privilegien, vor allem durch diejenigen mit guten politischen Beziehungen, hat wahrscheinlich zu der kulturellen Entfremdung der letzten Jahrzehnte beigetragen. Die Malaien zeigen sich unzufrieden. Weil die Regierung seit Mitte der 1980er Jahre über Privatisierungsprojekte weitgehend nach eigenem Gutdünken entscheidet, hat es Vorwürfe der Profitgier gegeben. Während also die konkreten sozioökonomischen Zielvorgaben des Neuen Wirtschaftsprogramms im Großen und Ganzen erreicht wurden, ist die nationale Einheit nicht in greifbare Nähe gerückt. Durch die fast ausschließliche Gleichsetzung verbesserter Beziehungen zwischen den Volksgruppen mit verringerter Ungleichverteilung bei der Beteiligung an Wirtschaftssektoren und der Mittelklasse haben auf beiden Seiten die ethnischen Ressentiments und das Misstrauen zugenommen.

Südafrika

Am Ende der Apartheid 1995 machten die Weißen 13 Prozent der Bevölkerung aus und verdienten 59 Prozent der persönlichen Einkommen. Die Schwarzafrikaner stellten 76 Prozent der Bevölkerung, verdienten aber nur 29 Prozent.¹ Bei einer Erhebung unter 161 Großunternehmen mit 560.000 Beschäftigten im Jahr 2000 hatten Weiße immer noch 80 Prozent der Führungspositionen inne. Das Lohngefälle zwischen den Rassen war ebenfalls beträchtlich, wenngleich geringer als früher: Ende der 1990er Jahre verdienten weiße Arbeitnehmer im Durchschnitt fünfmal so viel wie Schwarzafrikaner (wenngleich die Hälfte dieser Diskrepanz durch Bildungsunterschiede und geografische Faktoren erklärt werden konnte).

In der Zeit nach der Apartheid führte die demokratische Regierung eine Reihe von Programmen ein, die darauf angelegt waren, diese Benachteiligung zu verringern. Das Gesetz über die Gleichstellung im Erwerbsleben verpflichtet Arbeitgeber, Daten zur Entlohnung und zu den Leistungen für jede Beschäftigungskategorie nach Rasse und Geschlecht

einzureichen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn unverhältnismäßige Einkommensunterschiede bestehen. Unternehmen ab einer bestimmten Größe müssen der Regierung Jahresberichte vorlegen, aus denen hervorgeht, wie sie ihr Personal auf allen Ebenen an die demografische Struktur anzupassen planen. Im Gesetz ist auch festgeschrieben, dass die fehlende notwendige „Erfahrung“ eines Mitglieds einer geschützten Gruppe kein ausreichender Grund ist, jemand anders einzustellen, solange der Bewerber „in der Lage ist, innerhalb zumutbarer Zeit die Kompetenz zu erwerben, die Stelle auszufüllen“.² Darüber hinaus legen „Chartas zur Förderung der Teilhabe der schwarzen Bevölkerung an der Wirtschaft“ für jeden Wirtschaftszweig Zielvorgaben für die Kapitalbeteiligung der schwarzen Bevölkerung (indigene Afrikaner, Farbige und Asiaten) fest. Solche Chartas wurden bereits für die Erdöl- und Bergbauindustrie sowie für den Bankensektor vorgelegt. Das allgemeine Ziel ist eine Kapitalbeteiligung der schwarzen Bevölkerung von 25 Prozent innerhalb eines Jahrzehnts.

Wie haben sich diese Bemühungen ausgewirkt? Etwa die Hälfte der Manager auf der mittleren Ebene und ein Viertel der Manager auf der Führungsebene sind Schwarze, im Vergleich zu fast gar keinen vor einem Jahrzehnt. Schwarze wurden insbesondere im öffentlichen Sektor rasch befördert – schließlich ist die Regierung nicht dem Wettbewerb ausgesetzt. Weil jedoch viele Unqualifizierte befördert wurden, musste die Regierung eine ganze Reihe von Beratern einstellen, um sie zu unterstützen, aber dies ändert sich allmählich. Effizienz stellt ein Problem dar. Nach den geltenden Beschaffungsvorschriften können Firmen im Besitz von Schwarzen höhere Preise verlangen und dennoch Regierungsaufträge erhalten, so dass weniger Geld für öffentliche Güter wie Straßen, Brücken und Häuser übrig bleibt. Was die Chartas zur Förderung der Teilhabe angeht, ist immer noch unklar, wie die Erhöhung der Kapitalbeteiligung der schwarzen Bevölkerung finanziert werden soll. Die derzeitige Praxis der Förderung der Teilhabe der schwarzen Bevölkerung an der Wirtschaft hat laut Moeletsi Mbeki, einem bekannten Kommentator, „keine neuen Produkte oder unabhängigen neuen Unternehmen entstehen lassen, die nicht durch große weiße Unternehmen gestützt werden“.

1. „Farbige“ und „Asiaten“ machten 11 Prozent der Bevölkerung aus.

2. Der Arbeitgeber „darf eine Person nicht ausschließlich aus Gründen fehlender maßgeblicher Erfahrung dieser Person ungerechtfertigt diskriminieren“, südafrikanisches Gesetz über die Gleichstellung im Erwerbsleben (*Employment Equity Act*), Nr. 55 von 1998, Paragraph 20 (5).

Quellen: Sabbagh 2004, Jomo 2004, *The Economist* 2004a, van der Westhuizen 2002, Schultz und Mwabo 1998.



Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft bedrohen die kulturelle Freiheit.

Vorherrschaft nehmen die verschiedensten Formen an: Politische Parteien, Milizen, gewalttätige Gruppen, internationale Netzwerke und sogar der Staat. Es wäre naiv anzunehmen, dass demokratische Gesellschaften immun gegenüber Intoleranz und Hass sind.

Die Gründe, die dem Erstarren von Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft zugrunde liegen, umfassen oft eine manipulative Führung, Armut und Ungleichheit, schwache oder ineffektive Staaten, politische Eingriffe von außen, und Verbindungen zur Diaspora. Diese Faktoren können auch nationalistische Bewegungen anregen, die zum Beispiel nach Autonomie oder Abspaltung eines Landesteiles streben. Bewegungen mit dem Ziel nationaler Eigenständigkeit sind jedoch nicht dasselbe wie Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherr-

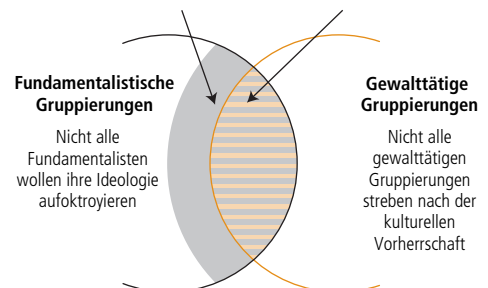


schaft. Erstens können Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft oft innerhalb der Mehrheitsgruppe, die bereits den Staat beherrscht, entstehen – man denke nur an die extrem rechten Parteien in vielen europäischen Ländern. Umgekehrt können viele Bewegungen mit dem Ziel nationaler Eigenständigkeit recht liberal sein, die Bedeutung der Rücksichtnahme auf die Vielfalt innerhalb eines autonomen Gebietes anerkennen und nur nach demselben Respekt und derselben Anerkennung streben, die andere Nationen auch genießen. Bewegungen mit dem Ziel kultureller Vorherrschaft unterscheiden sich durch ihre behauptete kulturelle Überlegenheit und ihre Intoleranz. Sie haben Freiheit und Vielfalt im Visier.

Bewegungen mit dem Ziel der kulturellen Vorherrschaft können nicht mit allen fundamentalistischen oder gewalttätigen Bewegungen gleichgesetzt werden

Bewegungen mit dem Ziel der kulturellen Vorherrschaft

Streben eine Vormachtstellung an und versuchen, andere Identitäten zu unterdrücken, sogar unter Anwendung von Gewalt



Quelle: Human Development Report Office.

Die Frage ist, wie man mit ihnen umgehen kann. Häufig haben Staaten versucht, diesen Bewegungen mit repressiven und undemokratischen Methoden entgegenzutreten – durch Parteienverbote, ungesetzliche Verhaftungen und Prozesse, eine Grundrechte verletzende Gesetzgebung oder gar durch wahllose Gewaltanwendung und Folterungen. Durch diese Maßnahmen werden oft legitime politische Forderungen und Prozesse unterdrückt, was dann zu viel extremeren Reaktionen führt. Als die Islamistische Heilsfront (FIS) 1991 die erste Runde der Wahlen in Algerien gewann, intervenierte das Militär und verbot die Partei. Dies führte zu einem Bürgerkrieg, der mehr als 100.000 Menschenleben gefordert hat, und das Anwachsen intoleranter und gewalttätiger Gruppierungen anfechte.

Im Gegensatz dazu funktioniert ein demokratischer Umgang mit extremen Gruppen. Wenn man den rechtsextremen Parteien die Teilnahme an Wahlen erlaubt, können sie dazu gezwungen werden, die von ihnen vertretenen Positionen zu mäßigen, wie man an der Freiheitlichen Partei (FPÖ) in Österreich oder der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung in Marokko sieht. Der Kampf um Wählerstimmen verdeutlicht die Randständigkeit anderer Gruppen (wie der Fortschrittspartei in Dänemark). Ein demokratischer Umgang verleiht Staaten außerdem die Legitimität, Hassdelikte zu verfolgen, den Lehrplan von Religionsschulen zu reformieren (so in Indonesien und Malaysia) und mit Gemeinschaftsinitiativen zur Verbesserung von Beziehungen zu experimentieren (z.B. zwischen Mozambique und Ruanda).

Die Erhaltung einer liberalen Gesellschaft hängt davon ab, dass die Rechtsstaatlichkeit gewahrt wird, politische Forderungen Gehör finden und grundlegende Menschenrechte geschützt werden – einschließlich der von verabscheuungswerten Leuten. Intoleranz ist eine echte Herausforderung für kulturelle Freiheit – und gerade deshalb müssen die Mittel, mit denen man sie bekämpft, legitim sein.

Globalisierung kann eine Bedrohung für nationale und lokale Identitäten darstellen. Die Lösung hierfür liegt nicht im Rückzug auf

Konservatismus und isolationistischen Nationalismus, sondern in der Erarbeitung einer multikulturellen Politik zur Förderung von Vielfalt und Pluralismus.

Bis hierher ging es darum, wie Staaten mit der Vielfalt innerhalb ihrer Landesgrenzen umgehen sollten. Im Zeitalter der Globalisierung müssen sich die Staaten aber auch Herausforderungen stellen, die von außerhalb der Grenzen kommen, und zwar in Gestalt internationaler Bewegungen von Ideen, Kapital, Waren und Menschen.

Durch die Erweiterung kultureller Freiheit in unserem Zeitalter der Globalisierung stellen sich neue Herausforderungen und Dilemmata. Die Berührungsflächen zwischen den Menschen, ihren Werten, Gedanken und Lebens-

Die Erhaltung einer liberalen Gesellschaft hängt davon ab, dass die Rechtsstaatlichkeit gewahrt wird



Krieg gegen den Terror im rechtsfreien Raum – US-Gefangenenlager Guantanamo.

Die Politik muss kulturelle Unterschiede ausdrücklich anerkennen und respektieren



weisen haben sich in nie da gewesener Weise vergrößert und vertieft. Für viele ist diese neugewonnene Vielfalt etwas Spannendes, ja Bestärkendes. Für andere wiederum ist sie beunruhigend und frustrierend. Viele befürchten, dass Globalisierung den Verlust ihrer Werte und Lebensweisen bedeuten könnte – also eine Bedrohung der lokalen und nationalen Identität. Eine extreme Reaktion besteht darin, sich völlig von ausländischen Einflüssen abzuschotten, eine Herangehensweise, die nicht nur fremdenfeindlich und konservativ, sondern geradezu rückschrittlich ist und Freiheiten und Wahlmöglichkeiten eher beschneidet als erweitert.

Dieser Bericht plädiert für einen alternativen Ansatz, der Vielfalt respektiert und fördert, dabei aber auch die Länder für globale Ströme von Kapital, Waren und Menschen offen hält. Hierfür bedarf es einer Politik, die das Ziel der kulturellen Freiheit widerspiegelt. Die Politik muss kulturelle Unterschiede ausdrücklich anerkennen und respektieren. Sie muss sich weiterhin mit Ungleichgewichten in der wirtschaftlichen und politischen Macht, die zu einem Verlust von Kulturen und Identitäten führt, auseinandersetzen.

Alternativen dieser Art werden auf drei heiß umstrittenen Gebieten entwickelt und diskutiert:

- Indigene Völker sprechen sich gegen Investitionen in die Grundstoffindustrie und die widerrechtliche Aneignung ihres traditionellen Wissens aus, da dadurch ihre Lebensgrundlagen bedroht sind.
- Länder fordern, dass Kulturgüter (vor allem Filme und audiovisuelle Erzeugnisse) nicht wie die anderen Waren im internationalen Handel behandelt werden, da Importe von Kulturgütern die nationale Kulturindustrie schwächen können.
- Migranten fordern Rücksichtnahme auf ihren Lebensstil und Respekt für die Mehrfach-Identitäten, die sie sowohl innerhalb der örtlichen Gemeinschaft als auch in ihrem Herkunftsland haben. Lokale Gemeinschaften wiederum fordern, dass sich die Einwanderer anpassen oder dass sie zurückgeschickt werden, aus Angst, dass ihre Gesellschaften auseinander gerissen und dass die nationalen Werte und die nationale Identität ausgehöhlt werden.

Wie kann man diesen Forderungen gerecht werden? Wie sollte Vielfalt respektiert und die bestehenden Ungleichheiten angegangen werden?

Geistige Eigentumsrechte nutzen, um traditionelles Wissen zu schützen

Traditionelles Wissen zu respektieren, bedeutet nicht, es von der Welt fernzuhalten. Es bedeutet, es auf eine Art und Weise zu nutzen, die den Gemeinschaften nutzt, aus denen es stammt.

Australiens Gesetze zum geistigen Eigentum decken traditionelles Wissen nicht ab, doch es werden Warenzeichen zur Zertifizierung genutzt, um Produkte und Dienstleistungen, die von indigenen Bevölkerungsgruppen bereitgestellt werden, zu identifizieren und ihre Authentizität zu bestätigen. Im *Milpurrurru*-Prozess von 1995 – Designs der Aborigines wurden ohne vorherige Zustimmung auf Teppichen reproduziert – entschied ein australisches Gericht, dass durch die Verletzung des Warenzeichens „kultureller Schaden“ angerichtet worden war. Das Urteil belief sich auf eine Entschädigung von 70.000 australischen Dollar (WIPO 2003c). Im *Bulun Bulun*-Prozess von 1998 befand ein Gerichtsurteil, dass eine indigene Person ihrer Gemeinschaft treuhänderisch verpflichtet ist und indigene Kunst nicht entgegen dem Gewohnheitsrecht der Gemeinschaft ausbeuten kann.

In Kanada werden Warenzeichen genutzt, um traditionelle Symbole, einschließlich Nahrungsmittel, Kleidung und touristische Dienst-

leistungen, die von indigenen Bevölkerungsgruppen angeboten werden, zu schützen. Das Urheberrechtsgesetz schützt Erzeugnisse, die auf Traditionen beruhen, wie Holzschnitzereien, Lieder und Skulpturen. 1999 nutzte die Snuneymuxw First Nation das Markenrecht, um zehn religiöse Petroglyphen (alte Felsmalereien) vor unerlaubter Vervielfältigung zu schützen und den Verkauf von Waren, die diese Bilder tragen, zu unterbinden.

Andere Länder haben traditionelles Wissen und auf Gewohnheitsrecht basierende Rechtssysteme ausdrücklich anerkannt. Grönland behält die rechtliche Tradition seiner Inuit-Bevölkerung im Rahmen ihrer Selbstverwaltung bei. Über die vergangenen 150 Jahre hat die geschriebene Inuit-Literatur Kulturerbe dokumentiert. Das Kulturerbe wird als etwas Dynamisches, nicht allein auf traditionelle Aspekte Beschränktes betrachtet. Es werden sowohl Formen des traditionellen als auch des modernen kulturellen Ausdrucks respektiert, und beide genießen den gleichen gesetzlichen Schutz.

An einem noch berühmteren Fall waren die San-Buschleute im südlichen Afrika beteiligt. Ein Ethnologe beobachtete 1937, dass die San vom Hoodia-Kaktus aßen, um Hunger und Durstgefühle zu unterdrücken. Auf

der Grundlage dieses Wissens ließ 1995 der südafrikanische Rat für wissenschaftliche und industrielle Forschung (CSIR) die appetithemmenden Bestandteile des Hoodia-Kaktus (P57) patentieren. 1998 waren die Einnahmen aus den Lizenzgebühren für die Entwicklung und Vermarktung von P57 als Schlankheitsmittel auf 32 Millionen US-Dollar angestiegen (Commission on Intellectual Property Rights 2002). Als die San den Vorwurf der Biopiraterie erhoben und im Jahr 2002 mit rechtlichen Schritten drohten, willigte der CSIR ein, zukünftige Patentgebühren mit den San zu teilen.

Auch auf regionaler Ebene kann traditionelle Kultur anerkannt werden. Artikel 136(g) der Resolution 486 der Kommission der Andengemeinschaft besagt, dass Zeichen nicht als Warenzeichen registriert werden dürfen, wenn sie aus den Namen indigener, afroamerikanischer oder ortsansässiger Gemeinschaften bestehen. Die kolumbianische Regierung berief sich auf den Artikel 136(g), um einen Antrag auf Registrierung des Begriffs „Tairona“ abzulehnen. Sie bezeichnete den Begriff als nationales Erbe von unschätzbarem Wert. Die Taironas bewohnten in der Zeit vor der Eroberung durch die Spanier kolumbianisches Gebiet.

Quelle: Commission on Intellectual Property Rights 2002; WIPO 2003c.

INDIGENE VÖLKER, ROHSTOFFGEWINNENDE INDUSTRIEN UND TRADITIONELLES WISSEN

Investitionsvorhaben, die die Rechte der indigenen Völker an ihrem Land und dessen kultureller Bedeutung wie auch dessen Wert als wirtschaftliche Ressource missachten, werden unweigerlich auf Widerstand stoßen. Das Gleiche gilt für die Patentierung von traditionellem Wissen unter denselben Bedingungen. Hierbei sind drei Grundsätze von entscheidender Bedeutung: Die Anerkennung der Rechte indigener Völker an ihrem Wissen und ihrem Land, die Sicherstellung eines Mitbestimmungsrechtes für indigene Gruppen (Einholung ihrer Einwilligung in Kenntnis der Sachlage) und die Entwicklung von Strategien für einen Vorteilsausgleich.

Unternehmen und nationale Regierungen ergreifen, wenn auch noch in begrenztem Maße, Initiativen, bei der Entwicklung neuer Investitionsvorhaben mit indigenen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten. In Peru haben die Regierung und die Unternehmen ihre Lehre aus früheren Konfrontationen gezogen und beziehen seit dem Jahr 2001 indigene Gemeinschaften in den Entscheidungsfindungsprozess im Zink- und Kupferbergwerk von Antamina mit ein. In Papua-Neuguinea wird der Abbau von Bodenschätzen von Investitionen in Projekte der Gemeindeentwicklung begleitet. Gemeinsame Unternehmungen von Bergbauunternehmen und indigenen Völkern in Nordamerika und Australien haben finanzielle Vorteile gebracht, während gleichzeitig traditionelle Lebensweisen erhalten werden konnten.

*Die Regierungen vieler
Länder unternehmen
Schritte zur Anerkennung
von traditionellem Wissen*



Die Regierungen vieler Länder unternehmen Schritte zur Anerkennung von traditionellem Wissen. Bangladesch anerkennt die Rechte von Gemeinschaften an biologischen Ressourcen und dem damit verbundenen traditionellen Wissen. Die demokratische Volksrepublik Laos dokumentiert Wissen in ihrem Zentrum für Traditionelle Arzneimittelressourcen. Südafrika hat zugesagt, mit den San-Buschleuten die Erlöse aus dem Verkauf von Medikamenten zu teilen, die auf der Grundlage ihres Wissens entwickelt werden. Länder haben bereits Möglichkeiten gefunden, wie sie die bestehenden Mechanismen zum Schutz von geistigem Eigentum nutzen können, um traditionelles Wissen zu schützen. Gebrauchsmuster werden genutzt, um Teppiche und Kopfbedeckungen in Kasachstan zu schützen. Geographische Herkunftsangaben schützen Spirituosen und Tees in Venezuela oder Vietnam. Urheberrechte und Warenzeichen werden für traditionelle Kunst in Australien und Kanada nutzbar gemacht

Die Anerkennung von Vielfalt bedeutet, dass unterschiedliche Vorstellungen von Eigentumsrechten und der kulturellen Bedeutung von Wissen und Kunstformen im Rahmen globaler Ordnungen berücksichtigt werden sollen. Dies erfordert ein internationales Vorgehen. Wenn durch bestehende Schutzrechtsnormen traditionelles Kollektivwissen oder das mit ihm verbundene gemeinschaftliche Eigentum nicht aus-

reichend berücksichtigt werden können, dann müssen eben die Regeln überarbeitet werden. Kredite, die an Länder und Firmen für Projekte vergeben wurden, die sich unrechtmäßig Eigentum aneignen oder Gemeinschaften nicht entschädigen, sollten gekündigt werden.

KULTURGÜTER

Sollten Kulturgüter im Rahmen des internationalen Handels geschützt werden, um zum Schutz von kultureller Vielfalt auf der Welt beizutragen? Handelt es sich bei Filmen und audiovisuellen Erzeugnissen um Kulturgüter? Zwei Grundsätze sind hierbei von entscheidender Bedeutung: Anerkennung der Rolle von Kulturgütern für das Gedeihen von Kreativität und Vielfalt, und Anerkennung der Benachteiligung von kleinen Film- und AV-Industrien auf dem Weltmarkt.

Die Vielfalt von Kulturgütern stellt schon für sich allein einen Wert dar, weil sie die Wahlmöglichkeiten für die Verbraucher vergrößert und die kulturelle Erfahrung der Menschen bereichert. Aber auch Kulturgüter genießen Massenproduktionsvorteile. Daher tendieren die Produkte großer Hersteller dazu, die Erzeugnisse kleinerer Hersteller zu verdrängen, insbesondere in ärmeren Ländern.

Wie kann nun Vielfalt gefördert werden? Die Erhöhung von Handelsbarrieren kann keine

Die Filme, die an den internationalen Kinokassen – außerhalb der USA – Rekordeinnahmen einspielten, waren Filme aus den USA, Stand: April 2004

Rang- folge	Filme aus den USA	Jahr	Her- kunfts- land	Brutto- einnahmen insgesamt (in Millionen US\$)
1	Titanic	1997	US	1.235
2	Lord of the Rings: The Return of the King	2003	US	696
3	Harry Potter and the Sorcerer's Stone	2001	US	651
4	Harry Potter and the Chamber of Secrets	2002	US	604
5	Lord of the Rings: The Two Towers	2002	US	581
6	Jurassic Park	1993	US	563
7	Lord of the Rings: The Fellowship of the Ring	2001	US	547
8	Finding Nemo	2003	US	513
9	Independence Day	1996	US	505
10	Star Wars: Episode I: The Phantom Menace	1999	US	491
Filme aus anderen Ländern				
44	Sen to Chihiro no kamikakushi	2001	Japan	254
69	The Full Monty	1997	UK	211
86	Four Weddings and a Funeral	1994	UK	191
96	Bridget Jones' Diary	2001	UK	183

Quelle: The Internet Movie Database 2004.

Antwort sein, weil dadurch die Wahlmöglichkeiten beschränkt werden. Der Vielfalt würde es eher zugute kommen, wenn statt einer Erhöhung der Zolltarife die Kulturindustrie unterstützt wird. Argentinien, Brasilien und Frankreich haben erfolgreich mit Produktionssubventionen

und Steuervergünstigungen für ihre Kulturindustrie experimentiert, ohne dass dadurch der Zustrom kultureller Erzeugnisse aus Übersee auf den lokalen Markt unterbrochen wurde. In Ungarn werden sechs Prozent der Fernseheinnahmen zur Förderung einheimischer Filmpro-



US-Filme wie „Spider-Man 2“ dominieren den globalen Kinomarkt.

KASTEN 7

Frankreichs erfolgreiche Unterstützung einheimischer Kulturindustrien

Unter der „kulturellen Ausnahme“ (l'exception culturelle), die während der Uruguay-Runde der Handelsgespräche eingeführt und Mitte der 1990er Jahre von der französischen Regierung entschlossen verteidigt wurde, fördert der Staat die Produktion französischer Kultur und bezahlt dafür – ein erfolgreiches Beispiel für die staatliche Unterstützung von Kulturindustrien.

Die Regierung subventioniert die Verfilmung französischer Belletristik, ein beliebtes Massenprodukt des staatlichen Fernsehens. Frankreich setzt eine Mindestquote von 40 Prozent für Radiosendungen in französischer Sprache fest (Kanada hat ein ähnliches System). Diese Maßnahmen haben Chancen für Künstler geschaffen, die sonst nicht in der Lage gewesen wären, sich auf dem einheimischen Markt durchzusetzen. Sie haben Frankreich zum größ-

ten Filmproduzenten in Europa gemacht und der Konkurrenz aus Hollywood wirksam etwas entgegengesetzt.

Die französische Regierung hat die kulturelle Ausnahme vehement verteidigt – doch wie lange wird sie noch in der Lage sein, dies zu tun? Die neue Bedrohung kommt nicht von den üblichen Verdächtigen – Hollywood oder der Welthandelsorganisation – sondern aus Brüssel. Die Europäische Kommission überlegt, das Ausmaß an Unterstützung zu begrenzen, das Länder ihrer einheimischen Produktion zukommen lassen dürfen. Wenn die neuen Regeln verabschiedet werden, wird wahrscheinlich eine starke Welle des Widerstands von Gruppen folgen, die durch ein Übermaß an ausländischen Filmen den Verlust nationaler Identität befürchten.

Quelle: *Financial Times* 2004.

duktionen abgezweigt. Ägypten nutzt öffentlich-private Partnerschaften, um die Infrastruktur seiner Filmindustrie zu finanzieren.

ZUWANDERUNG

Sollten Zuwanderer sich anpassen müssen oder sollten deren Kulturen anerkannt werden? Drei Grundsätze sind hierbei von entscheidender Be-

KASTEN 8

Wie Berlin den Respekt für kulturelle Unterschiede fördert

Berlin hat sich in Deutschland den Ruf eines Vorreiters bei der Förderung der Integration von Einwanderern erworben. Berlin war das erste Bundesland, das eine Stelle einrichtete, die sich mit den Hindernissen bei der Integration befasste. Unter dem Motto „Miteinander leben“ führte 1981 das Büro des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration eine Kampagne für Toleranz, Respekt und Verständnis gegenüber anderen ein. Es organisiert in Bezirken mit hohem Ausländeranteil Aktivitäten vor Ort und führt öffentliche Informationskampagnen durch, in denen die Grundprinzipien dieser Politik beschrieben werden. Das Amt bietet auch Rechts- und andere Beratung in 12 Sprachen an. Es hilft Einwanderern, Arbeit zu finden und mit Diskriminierung umzugehen. Gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen organisiert das Amt regelmäßig Fortbildungen für die Polizei zum Verhältnis gegenüber Einwanderern und führt alljährlich Umfragen

zu den Einstellungen der Einheimischen gegenüber Einwanderern durch.

Das Amt des Integrationsbeauftragten stärkt die Fähigkeiten der Einwandererorganisationen, hilft Einwanderern, sich in Selbsthilfegruppen zu organisieren und ist eine Hauptinformationsquelle für Menschen, die in Integrationsfragen Rat suchen. Die Hälfte seines Jahreshaushalts von 6,5 Millionen Euro wird für die Finanzierung von Einwandererorganisationen und -gruppen aufgewendet.³⁰

Das Amt des Integrationsbeauftragten hat Integrationsanliegen ins Blickfeld der Medien und der Öffentlichkeit gerückt. Es hat einen direkten Kommunikationskanal zwischen Einwanderern und der Regierung eröffnet. Es hat auch einen Schwerpunkt auf Aktivitäten sowohl für Einwanderer als auch für Aussiedler gelegt und damit gezeigt, dass Integration keine Einbahnstraße ist. Viele andere Bundesländer haben das Berliner Beispiel übernommen.

Quelle: IOM 2003c; European Union 2004; Independent Commission on Migration to Germany 2001.

deutung: die Vielfalt zu respektieren, Mehrfach-Identitäten anzuerkennen und gemeinsame Gefühle der Zugehörigkeit zur lokalen Gemeinschaft aufzubauen. Kein Land hat jemals Fortschritte erzielt, indem es seine Grenzen geschlossen hat. Internationale Wanderungsbewegungen tragen Fähigkeiten, Arbeitskraft und Ideen heran und bereichern das Leben des Menschen. So wie Traditionalismus und religiöse Gebräuche, die gegen die Menschenrechte verstoßen, nicht zu rechtfertigen sind, so ist auch erzwungene Anpassung keine gangbare Lösung.

Identitäten sind kein Nullsummenspiel. So berichtet eine Malaysierin, die in Norwegen lebt: „Ich werde oft gefragt, wie lange ich schon hier bin; meine Antwort lautet: ‚20 Jahre‘. Als nächstes bekomme ich dann oft zu hören: ‚Oh, dann sind Sie ja fast schon eine Norwegerin!‘ Man geht also davon aus, dass ich im Laufe der Zeit weniger malaysisch geworden wäre – denn man betrachtet Identität gemeinhin als Nullsummenspiel: je mehr man von der einen Identität annimmt, desto weniger bleibt von der anderen übrig. Man stellt sich Identität irgendwie als eine quadratische Schachtel von festgelegter Größe vor.“

Die Politik der meisten Länder ist von zwei verschiedenen Herangehensweisen an Einwanderung geprägt: Differenzialismus (Migranten bewahren sich ihre Identität, integrieren sich aber nicht in die übrige Gesellschaft) und Assimilation (ohne die Wahlmöglichkeit, seine bisherige Identität zu bewahren). Es werden jetzt aber neue Ansätze der Multikulturalität eingeführt, die Mehrfach-Identitäten anerkennen. Dazu gehört die Förderung von Toleranz und kulturellem Verständnis, aber auch speziell die Rücksicht auf religiöse Gebräuche, Kleidung und andere Aspekte des Alltagslebens. Es gehört auch dazu, sich einzugestehen, dass Einwanderer, die ausgebeutet werden, nicht für sich selber sprechen können und verunsichert sind, und Integrationshilfen wie zum Beispiel Sprachunterricht und Arbeitsvermittlung zu gewähren.

Es gibt Länder, die die bürgerlichen Mitbestimmungsrechte auch auf Nicht-Staatsbürger ausdehnen – man nennt dies „Wohnbürgerschaft“ (in Belgien und Schweden). Und mehr als 30 Länder anerkennen nun die dop-

pelte Staatsbürgerschaft. Um Fehleinschätzungen und Vorurteile abzubauen, gewährt das Amt des Beauftragten für Integration und Migration des Senats von Berlin Zuschüsse an Einwandererorganisationen, setzt Kampagnen zur Information der Öffentlichkeit ein und bietet Rechtsberatung in 12 Sprachen an, um bei der Jobsuche zu helfen und das Problem der Diskriminierung anzugehen.

Diese Politik ist jedoch nicht unumstritten. Zweisprachiger Unterricht in den USA und das Tragen des Kopftuchs in Frankreich sind Themen, bei denen sich die Geister scheiden. Manche befürchten, dass dadurch einige der fundamentalsten Werte der Gesellschaft in Frage gestellt werden – wie beispielsweise das Bekenntnis zur Übernahme der amerikanischen Kultur oder, in Frankreich, die Grundsätze des Säkularismus und der Gleichberechtigung der Geschlechter.

* * *

Die Ausweitung kultureller Freiheiten ist ein bedeutsames Ziel bei der menschlichen Entwicklung, und eines, dessen wir uns im 21. Jahrhundert dringend annehmen müssen. Alle Menschen wünschen sich, dass man sie so sein lässt, wie sie sind. Alle Menschen wünschen sich die Freiheit, ihrer Identität als Angehörige einer Gruppe mit gemeinsamen Bekenntnissen und Werten Ausdruck zu verleihen – ob in Bezug auf Staatsangehörigkeit, Volkszugehörigkeit, Sprache oder Religion, oder in Bezug auf Familie, Beruf oder Berufung.

Die Globalisierung treibt einen ständig zunehmenden Austausch zwischen den Menschen auf der Welt voran. Die Welt braucht sowohl eine größere Anerkennung der Vielfalt als auch ein stärkeres Bekenntnis zur Einheit. Der Einzelne muss seine starre Identität ablegen, wenn er sich in eine vielfältige Gesellschaft einbringen und die kosmopolitischen Werte der Toleranz und des Respekts für universale Menschenrechte wahren will. Dieser Bericht liefert eine Grundlage für die Diskussion darüber, wie die Länder dies schaffen können. Wenn die noch junge Geschichte des 21. Jahrhunderts uns etwas gelehrt hat, dann das: Es gibt keine Möglichkeit, diesen Fragen auszuweichen.



Alle Menschen wünschen sich, dass man sie so sein lässt, wie sie sind.



Uno warnt vor kulturell verschleierter Diskriminierung

Entwicklungsbericht 2004 unterstreicht die Bedeutung der persönlichen Freiheit für den wirtschaftlichen Fortschritt

Von Silke Mertins und
Astrid Maier, Berlin

Der gestern veröffentlichte Bericht über die menschliche Entwicklung 2004 bewertet kulturelle Freiheit als wesentlichen Faktor für den Fortschritt. Gesellschaften, die den Menschen Wahlmöglichkeiten böten, entwickelten sich wirtschaftlich und sozial am besten.

Der jährliche Report der Uno-Entwicklungsorganisation UNDP (United Nations Development Programme) erfasst den weltweiten Stand der Entwicklung und zeigt Missstände auf. Die Autoren des diesjährigen Berichts warnen vor falsch verstandener Toleranz gegenüber Praktiken wie etwa Beschneidung oder Zwangsverheiratung. Man dürfe nicht den Fehler machen, Traditionalismus als „Ausübung kultureller Freiheit zu verstehen“.

Damit räumt die UNDP den Menschenrechten höchste Priorität ein. Die Organisation spricht sich gleichzeitig klar gegen Be-

nachteiligungen von Minderheiten und Fremdenfeindlichkeit aus. „Kulturelle Vielfalt ist kein Wert an sich“, heißt es in dem Bericht weiter. „Der Wert der kulturellen Vielfalt liegt in ihrer – häufig zu beobachtenden – positiven Verknüpfung mit kultureller Freiheit“.

Diese Erkenntnis sei insbesondere für den Balkan „sehr lehrreich“, sagte der grüne Außenpolitiker Winfried Nachtwei. Die verfeindeten Gruppen zu trennen, sei keine Lösung. „Man kann der Vielfalt nicht entfliehen“.

Der Bericht stellt sich auch gegen das Vorurteil, bestimmte Kulturen oder Religionen erschweren wirtschaftlichen Fortschritt. „Es gibt keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Kultur und Entwicklung“, heißt es. Studien hätten gezeigt, dass Wirtschaftspolitik, die geografische Lage oder Krankheiten wesentlich relevanter sind. So hätten etwa von den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern Afrikas die große

Mehrheit keinen Zugang zum Meer.

Der jährlich erstellte „Index der menschlichen Entwicklung“ (Human Development Index/HDI) zeigt für 2004 zudem, dass vor allem die von Aids stark betroffenen Länder zurückfallen, darunter Südafrika, Sambia, Swasiland und Botswana. Der Index für 177 Staaten wird aus vielen Faktoren erstellt. Dazu zählen Lebenserwartung, Pro-Kopf-Einkommen und Einschulungsquote. Demnach weist Norwegen wie seit Jahren auch jetzt wieder die höchste Lebensqualität auf, gefolgt von Schweden, Australien, Kanada und den Niederlanden. Die USA und Japan nehmen Platz acht und neun ein. Deutschland verschlechtert sich gegenüber 2003 um einen Platz auf Rang 19. Verantwortlich für das relativ schlechte deutsche Abschneiden ist unter anderem die vergleichsweise geringe Lebenserwartung von 78,2 Jahren (Japan: 81,5, Schweden: 80). Auch das Pro-Kopf-Einkommen

von 27 100 \$ pro Jahr drückt auf die Platzierung. In Luxemburg liegt es bei

61 190 \$. Die Autoren bezweifeln, dass die „Millenniumsziele“, die sich die Uno in 2000 vorgenommen hat, noch erreichbar sind. Zu diesen Zielen gehört, Armut, Krankheit und Analphabetismus bis zum Jahr 2015 mindestens zu halbieren.

In 46 Ländern ist der Durchschnittsbürger jedoch schlechter gestellt als 1990 – nicht allein in Afrika, sondern auch in der Russischen Föderation. Beim derzeitigen Entwicklungstempo würde das Ziel, allen Kindern eine Grundschulbildung bis zum Jahr 2015 zu ermöglichen, erst 114 Jahre später erreicht. Entwicklung habe in jedem Fall nur dann eine Chance, sofern kulturelle Freiheit gewährt werde. „Die Welt müsse zuerst die bewältigen, integrative, kulturell vielfältige Gesellschaften zu schaffen“, schreiben die Autoren des UN-Berichtes.

Aus: Financial Times Deutschland, 16.07.2004.

Die Freiheit des anderen

UN-Bericht: Politik muss gegen die Diskriminierung kämpfen – kulturelle Vielfalt fördert Entwicklung

VON MARC HASSE

Berlin – Die Salomonen sind klein, aber man kann von ihnen lernen. Auf der Inselgruppe im Südpazifik, nordöstlich von Australien, leben Hunderte von Stammesgruppen, die mehr als 70 Sprachen sprechen. Eine Anhäufung unterschiedlicher Ethnien also – und damit scheinbar viel Konfliktpotential. Tatsächlich kam es auf der größten Insel Guadalcanal von 1998 bis 2000 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den ursprünglichen Bewohnern und Einwanderern aus der benachbarten Provinz Malaita – tausende Malaiter wurden von der Insel vertrieben. Inzwischen steht fest, dass die angeblich ethnische Fehde tatsächlich ein Kampf um die knappen Ressourcen war. Das Friedensabkommen von 2000 betont deshalb die Notwendigkeit, die „ethnische Harmonie“ auf den Salomonen wiederherzustellen. Am Donnerstag wurde in Brüssel der Bericht zur menschlichen Entwicklung 2004 vorgestellt, der vom UN-Entwicklungsprogramm in

Auftrag gegeben worden war. Die Salomonen werden als ein Beispiel dafür genannt, dass viele ethnische Konflikte in Wahrheit nicht auf die kulturelle Vielfalt in einem Land zurückzuführen sind. Im Gegenteil: Die Freiheit, kulturelle Vielfalt leben zu können, sei eine Voraussetzung für die Entwicklung von Gesellschaften. Um die von den UN gesteckten Entwicklungsziele zu erreichen und Armut zu beseitigen, müssten zunächst

„integrative, kulturell vielseitige Gesellschaften“ geschaffen werden, schreibt UNDP-Chef Mark Malloch Brown in seinem Bericht.

Mehr als 5000 verschiedene ethnische Gruppen leben in den etwa 200 Ländern der Erde. Ein Siebtel der Weltbevölkerung, etwa 900 Millionen Menschen, wurde auf Grund seiner rassischen, religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert. Als ein Beispiel führt der Bericht

die Roma in Rumänien an, deren Lebenserwartung, Bildungsstand und Einkommen deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegen. Wenn kulturelle Freiheit aber gelebt werden könne, sei dies eine mögliche Quelle politischer Harmonie und ökonomischer Vitalität. Beispiele für solch einen Erfolg seien die USA und Kanada, die von der Einwanderung profitiert hätten. Die Autoren fordern, multikulturelle Gesellschaften zu stärken, beispielsweise durch die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft und der Förderung der Zweisprachigkeit. So wird etwa in der neuen afghanischen Verfassung den zwei wichtigsten Sprachen im Land ein gleichberechtigter Status verliehen, gleichzeitig werden die Sprachen der Minderheiten anerkannt.

Politik müsse Diskriminierung bekämpfen, so die Autoren. Als positives Beispiel nennen sie Indien, das benachteiligte Gruppen seit langem gezielt fördere. Dadurch habe sich die Zusammensetzung der indischen Mittelklasse inzwischen deutlich verändert.

Lebensstandard

Deutschland ist 19.

Der UN-Bericht zur menschlichen Entwicklung dokumentiert „beispiellose Rückschritte“. In 46 Ländern sind die Menschen danach heute ärmer als im Jahre 1990, in 25 Ländern hungern mehr Menschen. 20 Länder fielen in ihrer Entwicklung insgesamt zurück. 13 davon liegen in Afrika südlich der Sahara. Dort sank vor allem durch die Aids-Epidemie die durchschnittliche Lebenserwartung auf 40 Jahre oder weniger. Bei derzeitigem Tempo werde das Ziel, allen Kindern eine grundlegende Schulbildung zu ermöglichen, dort statt 2015 erst 2129 erreicht. Die Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel werde erst 2106 verwirklicht, heißt es. An erster Stelle der Lebensstandard-Rangliste von 177 Staaten liegt Norwegen, Deutschland auf Platz 19.

mhs

Aus: *Der Tagesspiegel*, 16.07.2004.

Uno plädiert für kulturell farbige Gesellschaften

Kulturelle Freiheit ist ein Menschenrecht und ein Faktor der Entwicklung. Zu dieser Einsicht führt ein neuer Bericht der Vereinten Nationen.

VON MARLENE SCHNIEPER,
GENÈVE

Die Welt wächst zusammen. Dem hintersten und letzten Erdenbürger wird bewusst, wie reich der Planet an Völkern, Sprachen, Religionen und Gebräuchen ist. Doch wie sollen Menschen im globalen Dorf zusammenleben, ohne dass der Reichtum verflacht? Die Frage scheint simpel, die Antworten sind es nicht. Der Bericht 2004 des Uno-Entwicklungsprogramms (UNDP) handelt von der kulturellen Vielfalt und packt das knifflige Problem mutig an.

Der Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen, Nobelpreisträger des Jahres 1998, setzt dabei die Vorzeichen. Statt überholte Traditionen zu verherrlichen oder die Welt vor dem angeblich unvermeidlichen Zusammenprall der Kulturen zu warnen, sagt Sen, lenke die Uno den Blick auf die menschliche Entwicklung. Dabei steche die „Bedeutung der Freiheit im kulturellen Bereich“ sofort hervor.

Alle Menschen hätten das Recht, ihre ethnische, sprach-

liche und religiöse Identität zu wahren, betonen die Autoren. Sie fordern darum eine Politik, die diese Identitäten anerkennt und schützt. Doch mehr als das: Gerade weil die Welt des 21. Jahrhunderts immer vielfältiger werde, sei Entwicklung ohne Freiheit, Toleranz und Respekt vor dem Andersartigen undenkbar, heisst es in dem Bericht. Eine globale Wirtschaft etwa verlange bewegliche Arbeitsplätze, Fremdenfeindlichkeit habe da keinen Platz. Der Graben zwischen Arm und Reich lasse sich nur überwinden, wenn wir alle erfinderischer würden. „Das aber setzt integrative, kulturell farbige Gesellschaften voraus“, erklärt Mark Malloch Brown, Chef des UNDP in Genf.

Grenzen der Toleranz

Die Freiheit des einen hat freilich ihre Grenze in der Freiheit des anderen. Mahatma Gandhi hat das Dilemma früh erkannt. „Ich möchte nicht, dass mein Haus ringsum von Mauern umgeben ist und meine Fenster verrammelt sind. Ich möchte, dass die Kulturen aller Länder so frei

wie möglich durch mein Haus wehen. Aber ich lasse mir von keiner dieser Kulturen den Boden unter den Füßen weg-reissen“, schrieb der Führer der indischen Freiheitsbewegung schon 1921. Der An-massung britischer Kolonialherren widersetzte er sich später gewaltlos. Doch nicht alle haben Gandhis Stärke, Dominanzansprüchen mit Sanftmut zu begegnen, sonst wäre die Welt heute friedlicher, als sie ist.

Fundamentalismen deuten oft auf real existierende Not hin. Deshalb sollten Staaten darauf nicht nur mit Repression reagieren, empfiehlt der Bericht. Repressive Maßnahmen nämlich drohten demokratische Grundsätze zu untergraben. Zudem bahnten sich Not und Wut, die sich nicht ausdrücken könnten, leicht andere Wege im Untergrund.

In dieser Zeit grosser Völkerwanderung hätten die meisten Leute ein Selbstverständnis, das sich aus mehreren Teildentitäten zusammensetze – Herkunft und Sitten würden dabei durch neue Eigenschaften überlagert, die Rolle als Stadtmensch oder Bürger

eines modernen Gemeinwe-sens zum Beispiel. „Identität ist kein Nullsummenspiel“, schreiben die Autoren. Den demokratisch verfassten und föderal gegliederten Staat preisen sie als Ort, welcher der neuen Vielfalt am ehesten gewachsen ist. Bewegungen, die andere ausgrenzen und Hass und Zwietracht säen, dürfe allerdings auch der Staat nicht einfach dulden, heisst es in dem Bericht. „Die kulturelle Relativität darf nie als Vorwand dienen, um Menschenrechte zu verletzen, die Grundlage der menschlichen Zivilisation sind“, mahnt die Iranerin Shirin Ebadi, Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2003.

Die UNDP zeigt auch den Stand der menschlichen Entwicklung in 177 Ländern. Der neueste Index beruht auf Zahlen über Lebenserwartung, Einschulung, Alphabetisierung und Pro-Kopf-Einkommen. Auf Platz 1 steht dabei Norwegen vor Schweden, Australien, Kanada und Holland. Die Schweiz folgt an 11. Stelle, nach Irland und vor Grossbritannien. Schlusslichter sind die Länder Afri-
kas.

Aus: Tages-Anzeiger, 16.07.2004.

Ausgrenzung bremst den Fortschritt

Rassismus führt zu gewaltigen sozialen Ungerechtigkeiten, steht im Human Development Report 2004. Österreich entwickelt sich positiv.

András Szigetvari

Wien – Skandinavier müsste man sein – gilt für diejenigen, die sich ein langes und finanziell erfülltes Leben wünschen. Denn in Norwegen und Schweden lebt es sich – statistisch gesehen – am besten. Ein Norweger wird durchschnittlich 79 Jahre alt, erwirtschaftet umgerechnet 29.000 Euro im Monat, die Wahrscheinlichkeit das 65. Lebensjahr zu erreichen, liegt bei 87 Prozent. Mit diesen Werten ist Norwegen laut UNO die Nummer Eins in punkto menschliche Entwicklung. Ganz anders im afrikanischen Sierra Leone: Dort wird man durchschnittlich 34 Jahre alt, die Chance 65 zu werden, steht 1:5.

Die Zahlen stammen aus dem von der UNO erstellten „Bericht über die menschliche Entwicklung 2004“ (Human Development Report – HDR), der sich heuer besonders der Frage der

sozialen Verteilungs-gerechtigkeit und der kulturellen Freiheit widmet. Im Zentrum des Donnerstag in Brüssel veröffentlichten Berichts mit dem Titel „Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt“ steht die Analyse gesellschaftlicher Ungleichheiten, unter besonderer Berücksichtigung von ethnischen und religiösen Minderheiten.

Ausgrenzung

Die Erkenntnisse sind erschreckend: Fast 830 Millionen Menschen, die einer Minderheit angehören, sind von politischer und sozialer Ausgrenzung betroffen. Die Folgen für die Betroffenen sind Armut und Unterentwicklung, steht im HDR. In Australien liegt die Lebenserwartung der Aborigines 20 Jahre unter jener der weißen Mehrheit. Ähnlich hoch sind die Differenzen zwischen indigener Bevölkerung und Mehrheits-schicht in Kanada und Südamerika.

Ein skurriles Beispiel auch aus Rumänien. Der Lebensstandard der Roma-Minderheit entspricht jenem in Botswana, womit die Gruppe auf Platz 130 in der UN-Wertung über die menschliche Entwicklung landet. Die rumänische Mehrheitsbevölkerung liegt auf Rang 72.

„Wir haben den HDR dem Thema Diskriminierung gewidmet, um Politikern die fatalen Folgen von Ausgrenzung zu zeigen“, sagt Sakiko Fukuda-Parr, die Direktorin und Hauptautorin des HDR, im STANDARD-Interview. Auf die Frage, ob der HDR politisch etwas verändern könne, lacht sie nur, meint aber dann, dass der Wert des Berichts in der Beschreibung von Modellen liege, die Ausgrenzungen erfolgreich beseitigt haben.

Österreich auf Rang 14

Tatsächlich enthält der HDR viele Lösungsmodelle. Betont werden die

Vorteile des Verhältniswahlrechtes im Gegensatz zum Mehrheitswahlrecht, in denen Minderheiten wegen des „the winner takes it all“-Prinzips politisch oft leer ausgingen. Gefordert werden weiters spezielle Fördermaßnahmen und eine verstärkte Einbürgerungspolitik.

Beim Ranking der meistentwickelten Länder konnte sich Österreich auf Platz 14 verbessern. 2003 war es noch Rang 16. In punkto Ressourcenverteilung ist Österreich übrigens mit einem „Gini“-Index von 30 im vorderen Mittelfeld des Ländervergleichs.

Der Gini-Index misst auf einer Skala von Null bis 100, wie das Einkommen in einer Gesellschaft verteilt ist. Bei einem Wert von Null herrscht perfekte Gleichheit, 100 bedeutet totale Ungleichheit – also ein Mensch erhalte alles. Mit 24,4 hat Ungarn vor Japan den niedrigsten Gini-Index.

Aus: Der Standard, 16.07.2004.

UN prangern Diskriminierung als Ursache von Armut an

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen: Not in vielen Ländern heute größer als 1990 / Mehr Schutz von Minderheiten verlangt

Die UN haben den Zusammenhang zwischen der Unterdrückung von Minderheiten und Entwicklungsdefiziten betont. Um die Millenniumsziele zur Armutsbekämpfung zu erreichen, müsse die Welt „integrative, kulturell vielfältige Gesellschaften“ schaffen, so das UN-Entwicklungsprogramm.

GENÈVE - 15. JULI - SIM/EPD/DPA - „Kulturelle Freiheit ist für die menschliche Entwicklung eine ebenso wichtige Voraussetzung wie Demokratie und wirtschaftliche Möglichkeiten“, fasst der am Donnerstag veröffentlichte UNDP-Bericht zusammen. Die Autoren vertreten die Auffassung, dass alle Menschen das Recht haben, ihre ethnische, sprachliche und religiöse Identität zu wahren. Die Anerkennung dieser Identitäten sei der einzig mögliche Ansatz für eine nachhaltige Entwicklung der von Vielfalt gekennzeichneten Gesellschaften. Dem stellt die UN-Organisation die erschütternde Bilanz gegenüber, dass in vielen Teilen der Welt der Lebensstandard heute niedriger ist als im Jahr 1990. Nach dem „Human Development Index“ (HDI) der sich vorwiegend über das Pro-Kopf-Einkommen, die Lebenserwartung und den Bildungsstand der Bevölkerung errechnet, haben seit 1990 weltweit 20 Län-

der einen Entwicklungsrückschritt zu beklagen. Dadurch stehen auch die so genannten Millenniumsziele zur Bekämpfung von Armut, Krankheit und Analphabetismus in Frage, die die Staats- und Regierungschefs beim UN-Gipfel 2000 beschlossen hatten. Beim derzeitigen Entwicklungstempo würde das Ziel, allen Kindern grundlegende Schulbildung zu gewähren, statt 2015 erst im Jahr 2129 erreicht, heißt es im UN-Bericht. Die Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel würde erst 2106 verwirklicht. Der Bericht macht mehrere Ursachen dafür aus. Für das südliche Afrika nennt er die Immunschwächekrankheit Aids als zentrale Entwicklungsbremse. Generell stellt er fest, dass noch immer ein Siebtel der Weltbevölkerung – etwa 900 Millionen Menschen – aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit Benachteiligung ausgesetzt sind. Politische Ausgrenzung treffe weltweit 832 Millionen Menschen, wirtschaftliche Ausgrenzung 750 Millionen. Die Opfer gehören vorwiegend ethnischen oder religiösen Minderheiten an oder sind Migranten. Viele werden bei der Suche nach Arbeit oder einer Wohnung diskriminiert. Wenn Volksgruppen, religiöse Minderheiten oder Einwanderer derart ausgegrenzt würden, reagierten sie darauf mit politischem

Aktivismus. Dies könne die Gemeinschaften polarisieren und zu einer Bedrohung für Frieden und Entwicklung werden. Eine große Herausforderung stellt laut UNDP in diesem Kontext die Migration der letzten Jahrzehnte dar. In Nordamerika stieg die Gesamtzahl der Einwohner ausländischer Herkunft zwischen 1980 und 2000 um 145 Prozent von 14 auf 36 Millionen, in der EU um etwa 75 Prozent. Der UNDP-Bericht fordert, dass die Einwanderer in ihren neuen Heimatländern mit vollen Rechten und Pflichten ausgestattet werden und Bindungen an ihre Herkunftsländer aufrecht erhalten dürfen. Letzteres müsse ihre Loyalität gegenüber ihrer neuen Heimat keineswegs gefährden. Länder mit hohem Immigranten-Anteil sollten sich der Vielfalt öffnen, statt sich auf ihre Assimilation zu verlassen. Im

einzelnen hält das UNDP eine gezielte Anti-Diskriminierungspolitik für erforderlich, etwa durch Quoten im Arbeitsmarkt. Die Autoren plädieren außerdem für die doppelte Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene. Wichtig sei auch die Förderung der Muttersprache. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) hob hervor, die Studie sei eine klare Absage an die These von einem „Zusammenprall der Kulturen“. Der Bericht zeige, wie wichtig es sei, Entwicklung als Erweiterung von Freiheiten und Wahlmöglichkeiten zu sehen. Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Winfried Nachtwei (Grüne) lobte, der Bericht zeige, dass multi-ethnisches Leben keine Illusion, sondern kulturelle Vielfalt sogar notwendig sei.


UNDP-BERICHT

Der UN-Bericht über die menschliche Entwicklung erscheint seit 1990 jährlich. Jeder Bericht legt den Akzent auf ein entwicklungspolitisches Thema. So geht es diesmal um die Notwendigkeit kultureller Freiheit, 2003 standen die Millenniumsziele zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit im Zentrum. Der Bericht wird in mehr als 120 Ländern und zwölf Sprachen veröffentlicht. FR

UNDP-Index
für menschliche Entwicklung 2004
(misst Lebenserwartung, Bildungsstand, Einkommen der Bevölkerung)

Rang	1	Norwegen	11	Schweiz	
	2	Schweden	12	Großbritannien	
	3	Australien	13	Finnland	
	4	Kanada	14	Österreich	
	5	Niederlande	15	Luxemburg	
	6	Belgien	16	Frankreich	
	7	Island	17	Dänemark	
	8	USA	18	Neuseeland	
	9	Japan	19	Deutschland	175
	10	Irland	20	Spanien	176
					177
					Burkina Faso
					Niger
					Sierra Leone

dpa-Grafik 9706



Aus: Frankfurter Rundschau, 16.07.2004.

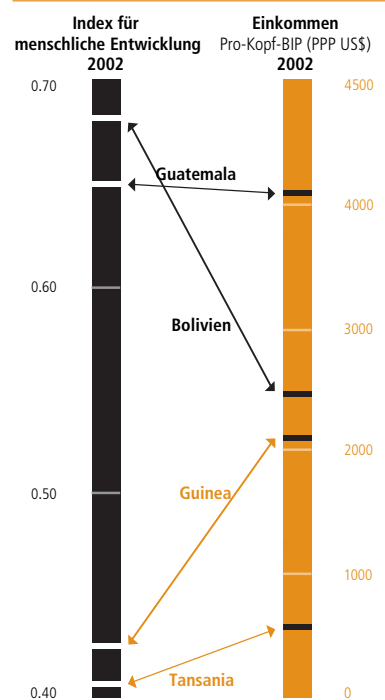


Der Index für menschliche Entwicklung

Der Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index - HDI) veranschaulicht, dass Einkommen und menschliches Wohlergehen nicht dasselbe sind. Indem ein Durchschnittswert der Errungenschaften in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Einkommen gemessen wird, kann der HDI ein vollständigeres Bild vom Entwicklungsstand einzelner Länder vermitteln als die Messung des Einkommens es allein vermöchte. Bolivien hat zwar ein viel geringeres Pro-Kopf-BIP als Guatemala, liegt aber beim HDI höher, weil es dort besser gelungen ist, das vorhandene Einkommen in menschliche Entwicklung umzusetzen (Grafik 1). So hat auch Tansania, eines der ärmsten Länder der Welt, einen HDI, der mit dem von Guinea, einem fast viermal so reichen Land, vergleichbar ist. Umgekehrt gibt es bei Ländern, die auf demselben Einkommensniveau liegen, große Unterschiede beim HDI - Vietnam hat in etwa ein gleich hohes Einkommen wie Pakistan, aber einen wesentlich höheren HDI, was vor allem auf die höhere Lebenserwartung und den höheren Alphabetisierungsgrad zurückzuführen ist (Grafik 2). Indikatortabelle 1 verdeutlicht diese Unterschiede nochmals in anderer Weise: dort werden die Rangfolgen beim HDI und beim Pro-Kopf-BIP miteinander verglichen (letzte Spalte). Sri Lanka liegt beim HDI unter 177 Ländern an 96. Stelle, weit besser als beim BIP (Platz 112). Diese Beispiele verdeutlichen die Bedeutung politischer

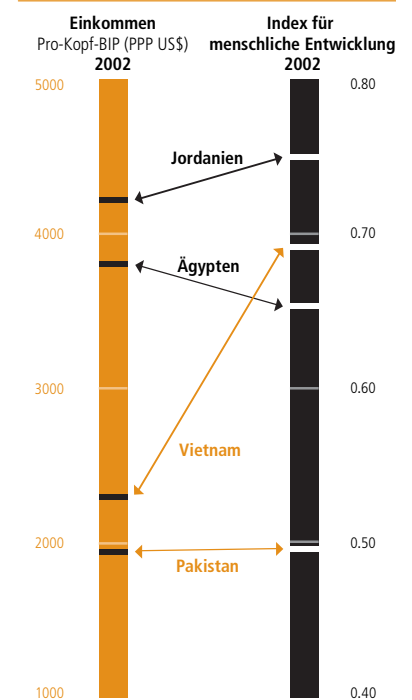
Maßnahmen, die Reichtum in menschliche Entwicklung umsetzen. Eine gut durchdachte Politik und die Erbringung von Dienstleistungen durch Regierungen, örtliche Gemeinschaften und die Zivilgesellschaft können die menschliche Entwicklung vorantreiben, auch wenn kein hohes Einkommen oder Wirtschaftswachstum vorhanden ist.

Grafik 1 Gleicher HDI, unterschiedliches Einkommen



Quelle: Indikatortabelle 1.

Grafik 2 Gleiches Einkommen, unterschiedlicher HDI



Quelle: Indikatortabelle 1.

Berechnung des HDI

Maßstab

Ein langes und gesundes Leben

Ein angemessener Bildungsstand

Ein angemessener Lebensstandard

Indikator

Lebenserwartung bei der Geburt

Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen

Bruttoeinschulungsquote (BEQ)

Pro-Kopf-BIP (PPP US\$)

Index des Maßstabes

Lebenserwartungs-Index

Erwachsenen-Alphabetisierungs-Index

BEQ-Index

Bildungs-Index

BIP-Index

Index für menschliche Entwicklung (HDI)

Index für menschliche Entwicklung

HDI-Rang ^a	Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren) 2002	Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen (15 und älter, in %) 2002 ^b	Kombinierte Bruttoeinschulungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich (in %) 2001/02 ^c	Pro-Kopf-BIP (PPP US\$) 2002	Lebenserwartungs-Index	Bildungs-Index	BIP-Index	Wert des Indexes für menschliche Entwicklung (HDI) 2002	Rang beim Pro-Kopf-BIP (PPP US\$) minus HDI-Rang ^d	
Hohe menschliche Entwicklung										
1	Norwegen	78,9	.. ^e	98 ^f	36.600	0,90	0,99	0,99	0,956	1
2	Schweden	80,0	.. ^e	114 ^{g,h}	26.050	0,92	0,99	0,93	0,946	19
3	Australien	79,1	.. ^e	113 ^{g,h}	28.260	0,90	0,99	0,94	0,946	9
4	Kanada	79,3	.. ^e	95 ^f	29.480	0,90	0,98	0,95	0,943	5
5	Niederlande	78,3	.. ^e	99 ^f	29.100	0,89	0,99	0,95	0,942	6
6	Belgien	78,7	.. ^e	111 ^{f,g}	27.570	0,90	0,99	0,94	0,942	7
7	Island	79,7	.. ^e	90 ^f	29.750	0,91	0,96	0,95	0,941	1
8	USA	77,0	.. ^e	92 ^h	35.750	0,87	0,97	0,98	0,939	-4
9	Japan	81,5	.. ^e	84 ^h	26.940	0,94	0,94	0,93	0,938	6
10	Irland	76,9	.. ^e	90 ^f	36.360	0,86	0,96	0,98	0,936	-7
11	Schweiz	79,1	.. ^e	88 ^f	30.010	0,90	0,95	0,95	0,936	-4
12	Großbritannien	78,1	.. ^e	113 ^{f,g}	26.150	0,88	0,99	0,93	0,936	8
13	Finnland	77,9	.. ^e	106 ^{f,g}	26.190	0,88	0,99	0,93	0,935	6
14	Österreich	78,5	.. ^e	91 ^f	29.220	0,89	0,96	0,95	0,934	-4
15	Luxemburg	78,3	.. ^e	75 ^{f,i}	61.190 ^j	0,89	0,91	1,00	0,933	-14
16	Frankreich	78,9	.. ^e	91 ^f	26.920	0,90	0,96	0,93	0,932	0
17	Dänemark	76,6	.. ^e	96 ^f	30.940	0,86	0,98	0,96	0,932	-12
18	Neuseeland	78,2	.. ^e	101 ^{g,h}	21.740	0,89	0,99	0,90	0,926	6
19	Deutschland	78,2	.. ^e	88 ^h	27.100	0,89	0,95	0,94	0,925	-5
20	Spanien	79,2	97,7 ^{e,f,k}	92 ^h	21.460	0,90	0,97	0,90	0,922	5
21	Italien	78,7	98,5 ^{e,f,k}	82 ^f	26.430	0,89	0,93	0,93	0,920	-3
22	Israel	79,1	95,3	92	19.530	0,90	0,94	0,88	0,908	5
23	Hongkong, China (SAR)	79,9	93,5 ^{f,k}	72	26.910	0,91	0,86	0,93	0,903	-6
24	Griechenland	78,2	97,3 ^{e,f,k}	86 ^f	18.720	0,89	0,95	0,87	0,902	5
25	Singapur	78,0	92,5 ^l	87 ^m	24.040	0,88	0,91	0,92	0,902	-3
26	Portugal	76,1	92,5 ^{e,f,k}	93 ^f	18.280	0,85	0,97	0,87	0,897	6
27	Slowenien	76,2	99,7 ^e	90 ^f	18.540	0,85	0,96	0,87	0,895	3
28	Korea, Rep.	75,4	97,9 ^{e,f,k}	92 ^h	16.950	0,84	0,97	0,86	0,888	9
29	Barbados	77,1	99,7 ^{f,n}	88 ^f	15.290	0,87	0,95	0,84	0,888	11
30	Zypern	78,2	96,8 ^l	74 ^f	18.360 ^f	0,89	0,89	0,87	0,883	1
31	Malta	78,3	92,6	77 ^f	17.640	0,89	0,87	0,86	0,875	3
32	Tschechische Republik	75,3	.. ^e	78 ^h	15.780	0,84	0,92	0,84	0,868	7
33	Brunei Darussalam	76,2	93,9 ^l	73	19.210 ^{f,o}	0,85	0,87	0,88	0,867	-5
34	Argentinien	74,1	97,0	94 ^h	10.880	0,82	0,96	0,78	0,853	14
35	Seychellen	72,7 ^m	91,9 ^l	85	18.232 ^{p,q}	0,80	0,90	0,87	0,853	-2
36	Estland	71,6	99,8 ^{e,l}	96 ^f	12.260	0,78	0,98	0,80	0,853	10
37	Polen	73,8	99,7 ^{e,f,k}	90 ^h	10.560	0,81	0,96	0,78	0,850	13
38	Ungarn	71,7	99,3 ^{e,f,k}	86 ^h	13.400	0,78	0,95	0,82	0,848	3
39	Saint Kitts und Nevis	70,0 ^r	97,8 ^f	97 ^f	12.420	0,75	0,98	0,80	0,844	6
40	Bahrain	73,9	88,5	79	17.170	0,81	0,85	0,86	0,843	-4
41	Litauen	72,5	99,6 ^{e,l}	90 ^f	10.320	0,79	0,96	0,77	0,842	10
42	Slowakei	73,6	99,7 ^{e,l}	74 ^h	12.840	0,81	0,91	0,81	0,842	1
43	Chile	76,0	95,7 ^l	79 ^f	9.820	0,85	0,90	0,77	0,839	11
44	Kuwait	76,5	82,9	76 ^f	16.240 ^q	0,86	0,81	0,85	0,838	-6
45	Costa Rica	78,0	95,8	69	8.840 ^q	0,88	0,87	0,75	0,834	14
46	Uruguay	75,2	97,7	85 ^h	7.830	0,84	0,94	0,73	0,833	16
47	Katar	72,0	84,2 ^{f,l}	82	19.844 ^{f,s}	0,78	0,83	0,88	0,833	-21
48	Kroatien	74,1	98,1 ^l	73	10.240	0,82	0,90	0,77	0,830	4
49	Vereinigte Arabische Emirate	74,6	77,3	68	22.420 ^{f,q}	0,83	0,74	0,90	0,824	-26
50	Lettland	70,9	99,7 ^{e,l}	87 ^f	9.210	0,76	0,95	0,75	0,823	6

Index für menschliche Entwicklung

HDI-Rang ^a	Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 2002	Alpha- betisie- rungsgrad bei Erwachsenen (15 und älter, in %) 2002 ^b	Kombinierte Bruttoeinschu- lungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiär- bildungsbereich (in %) 2001/02 ^c	Pro-Kopf- BIP (PPP US\$) 2002	Lebens- erwartungs- Index	Bildungs- Index	BIP- Index	Wert des Indexes für menschliche Entwicklung (HDI) 2002	Rang beim Pro-Kopf- BIP (PPP US\$) minus HDI-Rang ^d	
51	Bahamas	67,1	95,5 ^{f,k}	74 ^{f,t}	17.280 ^f	0,70	0,88	0,86	0,815	-16
52	Kuba	76,7	96,9	78	5.259 ^{f,s,u}	0,86	0,91	0,66	0,809	39
53	Mexiko	73,3	90,5 ^l	74 ^h	8.970	0,81	0,85	0,75	0,802	5
54	Trinidad und Tobago	71,4	98,5	64	9.430	0,77	0,87	0,76	0,801	1
55	Antigua und Barbuda	73,9 ^r	85,8 ^{f,n}	69 ^r	10.920	0,82	0,80	0,78	0,800	-8
Mittlere menschliche Entwicklung										
56	Bulgarien	70,9	98,6	76 ^f	7.130	0,77	0,91	0,71	0,796	10
57	Russische Föderation	66,7	99,6 ^e	88 ^h	8.230	0,69	0,95	0,74	0,795	3
58	Lybisch-Arab. Dscham.	72,6	81,7	97 ^h	7.570 ^v	0,79	0,87	0,72	0,794	6
59	Malaysia	73,0	88,7 ^l	70 ^h	9.120	0,80	0,83	0,75	0,793	-2
60	Mazedonien, Ehem. Jug. Rep.	73,5	96,0 ^{w,x}	70 ^f	6.470	0,81	0,87	0,70	0,793	15
61	Panama	74,6	92,3	73 ^f	6.170	0,83	0,86	0,69	0,791	18
62	Belarus	69,9	99,7 ^e	88	5.520	0,75	0,95	0,67	0,790	24
63	Tonga	68,4	98,8 ^l	82	6.850 ^q	0,72	0,93	0,71	0,787	5
64	Mauritius	71,9	84,3 ^l	69	10.810	0,78	0,79	0,78	0,785	-15
65	Albanien	73,6	98,7 ^l	69 ^f	4.830	0,81	0,89	0,65	0,781	31
66	Bosnien-Herzegowina	74,0	94,6	64 ^y	5.970 ^{f,o}	0,82	0,84	0,68	0,781	15
67	Suriname	71,0	94,0 ^{w,x}	74 ^h	6.590 ^{p,q}	0,77	0,87	0,70	0,780	6
68	Venezuela	73,6	93,1	71	5.380	0,81	0,86	0,67	0,778	21
69	Rumänien	70,5	97,3 ^l	68 ^f	6.560	0,76	0,88	0,70	0,778	5
70	Ukraine	69,5	99,6 ^e	84	4.870	0,74	0,94	0,65	0,777	25
71	St. Lucia	72,4	94,8 ^{f,n}	74	5.300	0,79	0,88	0,66	0,777	19
72	Brasilien	68,0	86,4 ^l	92 ^h	7.770	0,72	0,88	0,73	0,775	-9
73	Kolumbien	72,1	92,1	68	6.370 ^q	0,78	0,84	0,69	0,773	4
74	Oman	72,3	74,4	63	13.340	0,79	0,71	0,82	0,770	-32
75	Samoa (Westl.)	69,8	98,7	69	5.600 ^q	0,75	0,89	0,67	0,769	10
76	Thailand	69,1	92,6 ^l	73 ^f	7.010	0,74	0,86	0,71	0,768	-9
77	Saudi-Arabien	72,1	77,9	57	12.650 ^q	0,79	0,71	0,81	0,768	-33
78	Kasachstan	66,2	99,4 ^e	81	5.870	0,69	0,93	0,68	0,766	4
79	Jamaika	75,6	87,6 ^{f,n}	75 ^h	3.980	0,84	0,83	0,61	0,764	28
80	Libanon	73,5	86,5 ^{f,k}	78	4.360	0,81	0,84	0,63	0,758	21
81	Fidschi	69,6	92,9 ^{f,l}	73 ^h	5.440	0,74	0,86	0,67	0,758	7
82	Armenien	72,3	99,4 ^{e,l}	72	3.120	0,79	0,90	0,57	0,754	33
83	Philippinen	69,8	92,6 ^l	81 ^h	4.170	0,75	0,89	0,62	0,753	22
84	Malediven	67,2	97,2	78	4.798 ^{f,p,q}	0,70	0,91	0,65	0,752	13
85	Peru	69,7	85,0 ^z	88 ^h	5.010	0,74	0,86	0,65	0,752	7
86	Turkmenistan	66,9	98,8 ^{f,l}	81 ^{f,t}	4.300 ^f	0,70	0,93	0,63	0,752	16
87	St. Vincent u. Grenadinen	74,0	83,1 ^{f,n}	64	5.460	0,82	0,77	0,67	0,751	0
88	Türkei	70,4	86,5 ^l	68 ^h	6.390	0,76	0,80	0,69	0,751	-12
89	Paraguay	70,7	91,6 ^z	72 ^h	4.610 ^q	0,76	0,85	0,64	0,751	9
90	Jordanien	70,9	90,9	77 ^h	4.220	0,76	0,86	0,62	0,750	14
91	Aserbaidshjan	72,1	97,0 ^{w,x}	69	3.210	0,78	0,88	0,58	0,746	23
92	Tunesien	72,7	73,2	75 ^h	6.760	0,79	0,74	0,70	0,745	-23
93	Grenada	65,3 ^{f,n}	94,4 ^{f,n}	65 ^f	7.280	0,67	0,85	0,72	0,745	-28
94	China	70,9	90,9 ^l	68 ^f	4.580	0,76	0,83	0,64	0,745	5
95	Dominica	73,1 ⁿ	76,4 ^{f,n}	74 ^f	5.640	0,80	0,76	0,67	0,743	-11
96	Sri Lanka	72,5	92,1	65 ^h	3.570	0,79	0,83	0,60	0,740	16
97	Georgien	73,5	100,0 ^{e,w,x}	69	2.260	0,81	0,89	0,52	0,739	29
98	Dominikanische Republik	66,7	84,4	77 ^h	6.640 ^q	0,70	0,82	0,70	0,738	-27
99	Belize	71,5	76,9 ^l	71 ^f	6.080	0,78	0,75	0,69	0,737	-19
100	Ecuador	70,7	91,0 ^l	72 ^{f,aa}	3.580	0,76	0,85	0,60	0,735	11

Index für menschliche Entwicklung

HDI-Rang ^a	Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 2002	Alpha- betisie- rungsgrad bei Erwachsenen (15 und älter, in %) 2002 ^b	Kombinierte Bruttoeinschu- lungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiär- bildungsbereich (in %) 2001/02 ^c	Pro-Kopf- BIP (PPP US\$) 2002	Lebens- erwartungs- Index	Bildungs- Index	BIP- Index	Wert des Indexes für menschliche Entwicklung (HDI) 2002	Rang beim Pro-Kopf- BIP (PPP US\$) minus HDI-Rang ^d	
101	Iran, Islam. Rep.	70,1	77,1 ^{f,k,z}	69	6.690	0,75	0,74	0,70	0,732	-31
102	Besetzte Palästinensische Gebiete	72,3	90,2 ^m	79	.. ^{ab}	0,79	0,86	0,52	0,726	21
103	El Salvador	70,6	79,7	66	4.890 ^q	0,76	0,75	0,65	0,720	-9
104	Guyana	63,2	96,5 ^{f,n}	75 ^f	4.260 ^q	0,64	0,89	0,63	0,719	-1
105	Kap Verde	70,0	75,7	73 ^h	5.000 ^q	0,75	0,75	0,65	0,717	-12
106	Syrien, Arab. Rep.	71,7	82,9	59	3.620	0,78	0,75	0,60	0,710	4
107	Usbekistan	69,5	99,3 ^e	76	1.670	0,74	0,91	0,47	0,709	35
108	Algerien	69,5	68,9	70 ^h	5.760 ^q	0,74	0,69	0,68	0,704	-25
109	Äquatorialguinea	49,1	84,2 ^{f,k}	58	30.130 ^{f,q}	0,40	0,76	0,95	0,703	-103
110	Kirgisistan	68,4	97,0 ^{w,ac}	81	1.620	0,72	0,92	0,46	0,701	33
111	Indonesien	66,6	87,9	65 ^h	3.230	0,69	0,80	0,58	0,692	2
112	Vietnam	69,0	90,3 ^{f,l}	64	2.300	0,73	0,82	0,52	0,691	12
113	Moldawien, Rep.	68,8	99,0 ^e	62	1.470	0,73	0,87	0,45	0,681	36
114	Bolivien	63,7	86,7 ^l	86 ^h	2.460	0,64	0,86	0,53	0,681	6
115	Honduras	68,8	80,0 ^l	62 ^{f,aa}	2.600 ^q	0,73	0,74	0,54	0,672	3
116	Tadschikistan	68,6	99,5 ^{e,l}	73	980	0,73	0,90	0,38	0,671	45
117	Mongolei	63,7	97,8 ^l	70	1.710	0,64	0,89	0,47	0,668	21
118	Nicaragua	69,4	76,7 ^z	65 ^h	2.470 ^q	0,74	0,73	0,54	0,667	1
119	Südafrika	48,8	86,0	77	10.070 ^q	0,40	0,83	0,77	0,666	-66
120	Ägypten	68,6	55,6 ^{f,l}	76 ^{f,t}	3.810	0,73	0,62	0,61	0,653	-12
121	Guatemala	65,7	69,9	56 ^h	4.080 ^q	0,68	0,65	0,62	0,649	-15
122	Gabun	56,6	71,0 ^{w,x}	74 ^h	6.590	0,53	0,72	0,70	0,648	-50
123	São Tomé und Príncipe	69,7	83,1 ^m	62	1.317 ^{f,s}	0,75	0,76	0,43	0,645	29
124	Solomonen	69,0	76,6 ^m	50 ^m	1.590 ^q	0,73	0,68	0,46	0,624	21
125	Marokko	68,5	50,7	57	3.810	0,72	0,53	0,61	0,620	-17
126	Namibia	45,3	83,3	71	6.210 ^q	0,34	0,79	0,69	0,607	-48
127	Indien	63,7	61,3 ^l	55 ^f	2.670 ^q	0,64	0,59	0,55	0,595	-10
128	Botswana	41,4	78,9	70	8.170	0,27	0,76	0,73	0,589	-67
129	Vanuatu	68,6	34,0 ^m	59	2.890 ^q	0,73	0,42	0,56	0,570	-13
130	Kambodscha	57,4	69,4	59	2.060 ^q	0,54	0,66	0,50	0,568	1
131	Ghana	57,8	73,8	46	2.130 ^q	0,55	0,65	0,51	0,568	-3
132	Myanmar	57,2	85,3	48	1.027 ^v	0,54	0,73	0,39	0,551	26
133	Papua-Neuguinea	57,4	64,6 ^{f,k}	41	2.270 ^q	0,54	0,57	0,52	0,542	-8
134	Bhutan	63,0	47,0 ^{w,x}	.. ^{ad}	1.969 ^{f,s}	0,63	0,48	0,50	0,536	0
135	Laos, Dem. VR	54,3	66,4	59	1.720	0,49	0,64	0,47	0,534	2
136	Komoren	60,6	56,2	45	1.690 ^q	0,59	0,53	0,47	0,530	4
137	Swasiland	35,7	80,9	61	4.550	0,18	0,74	0,64	0,519	-37
138	Bangladesch	61,1	41,1	54	1.700	0,60	0,45	0,47	0,509	1
139	Sudan ^{ae}	55,5	59,9	36	1.820 ^q	0,51	0,52	0,48	0,505	-3
140	Nepal	59,6	44,0	61	1.370	0,58	0,50	0,44	0,504	11
141	Kamerun	46,8	67,9 ^z	56 ^h	2.000	0,36	0,64	0,50	0,501	-9
Niedrige menschliche Entwicklung										
142	Pakistan	60,8	41,5 ^{f,l}	37 ^f	1.940	0,60	0,40	0,49	0,497	-7
143	Togo	49,9	59,6	67	1.480 ^q	0,41	0,62	0,45	0,495	5
144	Kongo	48,3	82,8	48 ^h	980	0,39	0,71	0,38	0,494	17
145	Lesotho	36,3	81,4 ^z	65	2.420 ^q	0,19	0,76	0,53	0,493	-24
146	Uganda	45,7	68,9	71	1.390 ^q	0,34	0,70	0,44	0,493	4
147	Simbabwe	33,9	90,0	58 ^h	2.400 ^f	0,15	0,79	0,53	0,491	-25
148	Kenia	45,2	84,3	53	1.020	0,34	0,74	0,39	0,488	11
149	Jemen	59,8	49,0	53 ^f	870	0,58	0,50	0,36	0,482	16
150	Madagaskar	53,4	67,3 ^{f,k}	45	740	0,47	0,60	0,33	0,469	20
151	Nigeria	51,6	66,8	45 ^{f,t}	860	0,44	0,59	0,36	0,466	15

Index für menschliche Entwicklung

HDI-Rang ^a	Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren) 2002	Alpha-	Kombinierte	Pro-Kopf-BIP (PPP US\$) 2002	Lebenserwartungs-Index	Bildungs-Index	BIP-Index	Wert des Indexes für menschliche Entwicklung (HDI) 2002	Rang beim Pro-Kopf-BIP (PPP US\$) minus HDI-Rang ^d	
		betisierungsgrad bei Erwachsenen (15 und älter, in %) 2002 ^b	Bruttoeinschulungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich (in %) 2001/02 ^c							
152	Mauretanien	52,3	41,2	44	2.220 ^q	0,45	0,42	0,52	0,465	-25
153	Haiti	49,4	51,9	52 ^{f,t}	1.610 ^q	0,41	0,52	0,46	0,463	-9
154	Dschibuti	45,8	65,5 ^{f,k}	24	1.990 ^q	0,35	0,52	0,50	0,454	-21
155	Gambia	53,9	37,8 ^{f,k}	45 ^h	1.690 ^q	0,48	0,40	0,47	0,452	-15
156	Eritrea	52,7	56,7 ^{f,k}	33	890 ^q	0,46	0,49	0,36	0,439	8
157	Senegal	52,7	39,3	38 ^h	1.580	0,46	0,39	0,46	0,437	-11
158	Timor-Leste	49,3	58,6 ^{f,m}	75	.. ^{af}	0,41	0,64	0,26	0,436	19
159	Ruanda	38,9	69,2	53	1.270 ^q	0,23	0,64	0,42	0,431	-6
160	Guinea	48,9	41,0 ^{w,x}	29 ^f	2.100	0,40	0,37	0,51	0,425	-30
161	Benin	50,7	39,8	52 ^h	1.070	0,43	0,44	0,40	0,421	-5
162	Tansania, Ver. Rep.	43,5	77,1	31 ^f	580	0,31	0,62	0,29	0,407	12
163	Côte d'Ivoire	41,2	49,7 ^{f,k}	42	1.520	0,27	0,47	0,45	0,399	-16
164	Sambia	32,7	79,9	45	840	0,13	0,68	0,36	0,389	3
165	Malawi	37,8	61,8	74 ^h	580	0,21	0,66	0,29	0,388	9
166	Angola	40,1	42,0 ^{w,ac}	30 ^f	2.130 ^q	0,25	0,38	0,51	0,381	-38
167	Tschad	44,7	45,8	35 ^f	1.020 ^q	0,33	0,42	0,39	0,379	-8
168	Kongo, Dem. Rep.	41,4	62,7 ^{f,k}	27 ^{f,aa}	650 ^q	0,27	0,51	0,31	0,365	4
169	Zentralafrik. Rep.	39,8	48,6 ^z	31	1.170 ^q	0,25	0,43	0,41	0,361	-15
170	Äthiopien	45,5	41,5	34	780 ^q	0,34	0,39	0,34	0,359	-1
171	Mosambik	38,5	46,5	41	1.050 ^q	0,22	0,45	0,39	0,354	-14
172	Guinea-Bissau	45,2	39,6 ^{f,k}	37 ^f	710 ^q	0,34	0,39	0,33	0,350	-1
173	Burundi	40,8	50,4	33	630 ^q	0,26	0,45	0,31	0,339	0
174	Mali	48,5	19,0 ^{f,l}	26 ^f	930	0,39	0,21	0,37	0,326	-11
175	Burkina Faso	45,8	12,8 ^{f,l}	22 ^h	1.100 ^q	0,35	0,16	0,40	0,302	-20
176	Niger	46,0	17,1	19	800 ^q	0,35	0,18	0,35	0,292	-8
177	Sierra Leone	34,3	36,0 ^{w,x}	45 ^f	520	0,16	0,39	0,28	0,273	-1
Entwicklungsländer										
Am wenigsten entwickelte Länder										
Arabische Staaten										
Ostasien und Pazifikraum										
Lateinamerika und Karibik										
Südasiens										
Afrika südlich der Sahara										
Mittel- und Osteuropa sowie GUS										
OECD-Länder										
OECD-Länder mit hohem Einkommen										
Hohe menschliche Entwicklung										
Mittlere menschliche Entwicklung										
Niedrige menschliche Entwicklung										
Hohes Einkommen										
Mittleres Einkommen										
Geringes Einkommen										
Welt gesamt										

Erläuterungen: Die zusammenfassenden Werte für Spalten 5-8 beruhen auf sämtlichen Daten in der Tabelle. Ausführliche Erläuterungen zum Datenmaterial finden sich in Statistik-Feature 2, *Erläuterungen zu Tabelle 1: Über den diesjährigen Index für menschliche Entwicklung*. a. Bei der Ermittlung des HDI-Rangs werden die HDI-Werte bis zur fünften Stelle hinter dem Komma zugrunde gelegt. b. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf Schätzungen des Statistikinstituts der UNESCO aus dem Juli 2002. Da die Ermittlungsmethode und Aktualität der zugrunde liegenden Daten voneinander abweichen, ist bei länder- und zeitübergreifenden Vergleichen Vorsicht geboten. c. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf das Schuljahr 2001/02. Bei manchen Ländern können sich die Angaben entweder auf Schätzungen nationaler Behörden oder des Statistikinstituts der UNESCO. Näheres unter: <http://www.uis.unesco.org/>. Da die Angaben aus unterschiedlichen Quellen stammen, ist bei länderübergreifenden Vergleichen Vorsicht geboten. d. Ein Minuszeichen vor der Zahl bedeutet, dass der HDI-Rang niedriger ist als der Rang beim Pro-Kopf-BIP (PPP US\$); kein Minuszeichen bedeutet das Gegenteil. e. Bei der Berechnung des HDI wurde ein Wert von 99,0% zugrunde gelegt. f. Die Angaben beziehen sich auf ein anderes Jahr als das angegebene. g. Bei der Berechnung des HDI wurde ein Wert von 100,0% zugrunde gelegt. h. Vorläufige Schätzung des Statistikinstituts der UNESCO, die noch revidiert werden kann. i. Die Quote ist sicherlich höher anzusetzen, da viele Schüler bzw. Studenten weiterführende Schulen bzw. Hochschulen im benachbarten Ausland besuchen (siehe Statistik-Feature 2, *Erläuterungen zu Tabelle 1: Über den diesjährigen Index für menschliche Entwicklung*). j. Bei der Berechnung des HDI wurde ein Wert von \$ 40.000 (PPP US\$) zugrunde gelegt. k. UNESCO Institute for Statistics, 2003a. Die Daten können noch revidiert werden. l. Volkszählungsdaten. m. Die Daten stammen aus nationalen Quellen. n. Die Angaben stammen vom Sekretariat der Karibischen Gemeinschaft und beruhen auf nationalen Quellen. o. World Bank 2003b. p. Vorläufige Schätzung der Weltbank, die noch revidiert werden kann. q. Auf Regression beruhende Schätzung. r. Die Angaben stammen vom Sekretariat der Organisation der karibischen Staaten (OEPS) und beruhen auf nationalen Quellen. s. Aten, Heston und Summers 2001. Die Daten weichen von der allgemeinen Definition ab. t. Die Angaben beziehen sich auf das Schuljahr 1999/2000. Sie wurden vom Statistikinstitut der UNESCO für den *Bericht über die menschliche Entwicklung 2001* zur Verfügung gestellt (siehe UNESCO Institute for Statistics 2001). u. Man bemüht sich weiterhin darum, eine genauere und aktuellere Schätzung zu erstellen (siehe Statistik-Feature 2, *Erläuterungen zu Tabelle 1: Über den diesjährigen Index für menschliche Entwicklung*). v. Aten, Heston und Summers 2001. Die Daten weichen von der allgemeinen Definition ab. w. Die Angaben beziehen sich auf ein anderes Jahr bzw. einen anderen Zeitraum als das angegebene/ den angegebenen, weichen von der allgemeinen Definition ab oder beziehen sich lediglich auf einen Teil des Landes. x. UNICEF 2003b. y. UNDP 2002a. z. Erhebungsdaten. aa. UNESCO Institute for Statistics, 2003b. ab. Da keine Schätzung für das Pro-Kopf-BIP (PPP US\$) vorlag, wurde die Schätzung des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung in Höhe von \$ 2.302 zugrunde gelegt, die unter Zuhilfenahme des BIP-Wertes in US-Dollar und der gewichteten Durchschnittsquote von PPP US\$ zu US\$ in den Arabischen Staaten abgeleitet wurde. ac. UNICEF 2000. ad. Da keine kombinierte Bruttoeinschulungsquote vorlag, wurde die Schätzung des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung in Höhe von 49% zugrunde gelegt. ae. Schätzungen beruhen hauptsächlich auf Informationen über den Nordteil des Sudan. af. Es wurde ein Schätzwert in Höhe von \$ 478 zugrunde gelegt (UNDP 2002b). Quelle: Spalte 1: UN 2003, soweit nicht anders angegeben; Spalte 2: UNESCO Institute for Statistics 2004a, soweit nicht anders angegeben; Spalte 3: UNESCO Institute for Statistics 2004c, soweit nicht anders angegeben; Spalte 4: World Bank 2004f, soweit nicht anders angegeben; zusammenfassende Werte wurden von der Weltbank für das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung berechnet; Spalte 5: berechnet auf der Grundlage der Angaben in Spalte 1; Spalte 6: berechnet auf der Grundlage der Angaben in Spalten 2 und 3; Spalte 7: berechnet auf der Grundlage der Angaben in Spalte 4; Spalte 8: berechnet auf der Grundlage der Angaben in Spalten 5-7; Einzelheiten siehe Technische Erläuterung 1; Spalte 9: berechnet auf der Grundlage der Angaben in Spalten 4 und 8.



Glossar

asymmetrisch: ungleichmäßig

Disparitäten: Ungleichheit, Unterschiede

divergierend: auseinander gehend

Diversifizierung: Vielfalt, Veränderung, Abwechslung, Übergang

Ethnie: Eine Gruppe von Personen, die derselben Kultur angehören und sich dessen auch bewusst sind

Ethnische Minderheit: Bevölkerungsgruppe, die innerhalb einer Gesellschaft gemeinsame Merkmale nationaler Herkunft, Religion, Sprache und Kultur aufweist und sich dabei von der allgemeinen Bevölkerung eines Landes unterscheidet

Föderalismus: Das Streben nach Errichtung oder Erhaltung eines Bundesstaates mit weitgehender Eigenständigkeit der Einzelstaaten

Globalisierung: Zunehmende weltweite wirtschaftliche, politische, technologische und kulturelle Verflechtung

Identität: Das Bewusstsein, sich von anderen Menschen zu unterscheiden sowie über die Zeit und verschiedene Situationen hinweg für die Umwelt erkennbar dieselbe Person zu bleiben

Indigene Völker: Die Nachfahren der jeweils ersten Siedler einer Region

inhärent: an etwas haftend, ihm innewohnend

Kindersterblichkeitsrate: Zahl der in den ersten fünf Lebensjahren gestorbenen Kinder pro 1000 lebend geborenen Kinder

komplementär: sich gegenseitig ergänzend

Kosmopolit: Weltbürger

marginalisiert: (politisch) ins Abseits geschoben

Mehrheitswahlrecht: Aus jedem Wahlkreis zieht nur derjenige Kandidat in das Parlament ein, der die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Alle anderen Stimmen verfallen

Millennium: Jahrtausend

Millenniums-Entwicklungsziele: Auf der UN-Generalversammlung im Jahr 2001 beschlossen die Staats- und Regierungschefs acht Millenniums-Entwicklungsziele zur Bekämpfung von Armut, Krankheit, Analphabetismus und Umweltzerstörung. So soll beispielsweise bis zum Jahr 2015 weltweit der Anteil der Menschen halbiert werden, die Hunger leiden und keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser haben, oder bis zum Jahr 2015 sichergestellt werden, dass alle Mädchen und Jungen eine Primarschulbildung erhalten

Migration: Zu- oder Abwanderungsbewegungen von Menschen und Gruppen

multipl: mehrfach, vielfältig

multikulturell: viele Kulturen umfassend oder beinhaltend

Ökonometrie: Teilgebiet der Wirtschaftswissenschaft, auf dem mit Hilfe mathematisch-statistischer Methoden wirtschaftstheoretische Modelle und Hypothesen auf ihren Realitätsgehalt untersucht werden

Pro-Kopf-Einkommen: Statistische Größe, die das gesamte Bruttosozialprodukt, also alle von einer Gesellschaft erbrachten Wirtschaftsleistungen, durch die Bevölkerung des Landes teilt

säkular: weltlich

universal: weltweit, gesamt, allgemein

Verhältniswahlrecht: Eine Partei erhält im Verhältnis der erhaltenen Wählerstimmen auch eine entsprechende Anzahl an Sitzen im Parlament



Literatur

- Australian Bureau of Statistics. 2004. "Indigenous Health: Greater Risks, Shorter Life Expectancy." Canberra. [http://www.abs.gov.au/Ausstats/abs@.nsf/Lookup/39A210FEEAE928D4CA256AB7007FBBFE]. February 2004.
- Australian Bureau of Statistics, Community Relations Commission, Census Statistics. 2001. "The People of New South Wales." [http://www.crc.nsw.gov.au/statistics/Nsw/SydneyStatisticalDivision4pp.pdf]. March 2004.
- Boothroyd, David. 2004. "United Kingdom Election Results." London. [http://www.election.demon.co.uk/ge2001.html]. February 2004.
- Buvollen, Hans Petter. 2002. "Cultural and Legal Barriers to Justice in Guatemala." UNDP Access to Justice Workshop, 1 March, Oslo. [http://www.undp.org/governance/cd/documents/34.pdf]. February 2002.
- CIA (Central Intelligence Agency). 2003. "The World Factbook 2003." Washington, DC. [http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/]. February 2004.
- Commission on Intellectual Property Rights. 2002. "Integrating Intellectual Property Rights and Development Policy: Report of the Commission on Intellectual Property Rights." London. [http://www.ipr-commission.org/graphic/documents/final_report.htm]. February 2004.
- CRIP (Curriculum Reform Implementation Project). 2004. "Curriculum Reform in Papua New Guinea." Port Moresby. [http://www.pngcurriculumreform.ac.pg/text/CURRICULUM%20REFORM%20IN%20PAPUA%20NEW%20GUINEA.pdf]. February 2004.
- The Economist. 2004a. "Africa's Engine." Survey: Sub-Saharan Africa. 15 January. 2004b. "The War of the Headscarves." 7 February.
- European Union. 2004. "The Commissioner of Foreign Affairs of the Berlin Senate (Die Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin)." Berlin. [http://europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/pdf/legisln/mslegln/de_berlin_en.pdf]. March 2004.
- Financial Times. 2004. "French Filmmakers Fear for L'Exception Culturelle." 9 January.
- Gutmann, Amy. 1995. "Challenges of Multiculturalism in Democratic Education." Princeton. [http://www.ed.uiuc.edu/EPS/PES-Yearbook/95_docs/gutmann.html]. February 2004.
- Independent Commission on Migration to Germany. 2001. "Structuring Immigration, Fostering Integration." Berlin. [http://www.eng.bmi.bund.de/Annex/en_14626/Download_Summary.pdf]. February 2004.
- India, Ministry of Personnel. 2002. "Holidays to be Observed in Government Offices During the Year 2002." Department of Personnel and Training, New Delhi. [http://persmin.nic.in/circular/jcm3.html#6]. February 2004.
- India, Office of the Registrar General. 2004. "Census of India." New Delhi. [http://www.censusindia.net/]. March 2004.

- The Internet Movie Database. 2004. "International All-Time Box Office Chart." [<http://us.imdb.com/Charts/intltopmovies>]. March 2004.
- IOM (International Organization for Migration). 2003c. "World Migration Report 2003: Managing Migration Challenges and Responses for People on the Move." Geneva.
- Justino, Patricia, and Julie Litchfield. 2003. "Economic Exclusion and Discrimination: The Experience of Minorities and Indigenous Peoples." Minority Rights Group International, London. [http://www.minorityrights.org/admin/Download/pdf/IP_EconomicExclusion_JustinoLitchfield.pdf]. February 2004.
- Klaus, David. 2003. "The Use of Indigenous Languages in Early Basic Education in Papua New Guinea: A Model for Elsewhere?" *Language and Education: An International Journal* 17(2).
- Mexico, Ministry of Health. 2004. "Mexico National Health Programme, 2001–2006." Mexico City. [http://www.gob.mx/wb2/egobierno/egob_Programa_Nacional_de_Salud]. February 2004.
- Nagel, Jack H. 2004. "Stormy Passage to a Safe Harbour? Proportional Representation in New Zealand." In Henry Miller, ed. *Making Every Vote Count: Reassessing Canada's Electoral System*. Peterborough, Ontario: Broadview Press.
- Office of Personnel Management. 2003. "2003 Federal Holidays." Washington, DC. [<http://www.opm.gov/fedhol/2003.asp>]. February 2004.
- O'Leary, Brendan. Forthcoming. "Multi-National Federalism, Power-Sharing, Federacy and the Kurds of Iraq." In Brendan O'Leary, John McGarry, and Khaled Salih, eds. *The Future of Iraq and Kurdistan*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Schultz, Paul T., and Germano Mwabo. 1998. "Labor Unions and the Distribution of Wages and Employment in South Africa." *Industrial and Labor Relations Review* 51(4).
- Sen, Amartya 2004b. "How Does Culture Matter?" In Vijayendra Rao and Michael Walton, eds. *Culture and Public Action: A Cross-Disciplinary Dialogue on Development Policy*. Stanford, Calif.: Stanford University Press.
- SIL International. 2004a. *Ethnologue: Languages of the World*. Houston. 2004b. "HDR2004 Comments and Contributions from SIL International." Washington, DC and Houston. [<http://www.sil.org/silhc/index.htm>]. February 2004.
- Statistics Canada. 2004. *Proportion of Foreign-Born Population, Census Metropolitan Areas*. Ottawa. [<http://www.statcan.ca/english/Pgdb/demo46b.htm>]. February 2004.
- Statistics Sweden. 2004. *Population Statistics*. Stockholm. [http://www.scb.se/templates/Product___25799.asp]. February 2004.
- UN (United Nations). 2003a. "Trends in Total Migrant Stock by Sex, 1960–2000." 2003 Revision to the *International Migration Report 2002*. Department of Economic and Social Affairs, Population Division. New York. 2003b. *World Population Prospects 1950–2050: The 2002 Revision*. Department of Economic and Social Affairs, Population Division, New York.
- UN HABITAT (United Nations Human Settlements Programme). Forthcoming. *State of the World's Cities Report 2004*. Draft chapter on transnational migration. Nairobi.
- UNDP (United Nations Development Programme). 2000b. "Namibia Human Development Report 2000/2001: Gender and Violence in Namibia." Windhoek. 2002a. *Human Development Report 2002: Deepening Democracy in a Frag-*

- mented World. New York: Oxford University Press.
- 2002b. "Situación Del Desarrollo Human En Las Comarcas Indígenas." Panama City.
- UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization)–UIS (Institute of Statistics). 2001. "Fast Facts: Did You Know? International Trade in Cultural Goods." Paris. [http://www.uis.unesco.org]. February 2004.
- UNICEF (United Nations Children's Fund). 2001. State of the World's Children 2001. New York.
2004. "Ensuring the Rights of Indigenous Children." Innocenti Digest 11. Innocenti Research Center, Rome. [http://www.unicef.org/irc]. February 2004.
- U.S. Census Bureau. 2004b. "United States Census 2000." [http://www.census.gov/]. March 2004.
- U.S. Department of Labor. 2004. "Latest Numbers." Bureau of Labor Statistics. [http://www.bls.gov/]. March 2004.
- Van der Westhuizen, Janis. 2002. Adapting to Globalization: Malaysia, South Africa, and the Challenges of Ethnic Redistribution with Growth. Westport: Praeger.
- Wanner, Philippe. 2002. "Migration Trends in Europe." European Population Papers Series No. 7. European Population Committee. Council of Europe, Strasbourg. [http://www.coe.int/t/e/social_cohesion/population/No_7_Migration_trends_in_Europe.pdf]. February 2004.
- WHO (World Health Organization). 2001. "International Decade of the World's Indigenous People." Report by the Secretariat. Geneva. [http://www.who.int/gb/EB_WHA/PDF/WHA54/ea5433.pdf]. February 2004.
- WIPO (World Intellectual Property Organization). 2003c. "Information on National Experiences with the Intellectual Property Protection of Traditional Knowledge." WIPO/GRTKF/IC/5/INF/2. Intergovernmental Committee on Intellectual Property and Genetic Resources, Traditional Knowledge and Folklore. Geneva.
- World Bank. 2003. World Development Indicators 2003. Washington, DC.
2004. "Striking a Better Balance: Extractive Industries Review Final Report." Washington, DC.
- Zolberg, Aristide. 2001. "Introduction." In Aristide Zolberg and Peter Benda, eds. Global Migrants, Global Refugees. New York: Berghahn Books.
- Deutschsprachige Internet-Adressen:
- Auswärtiges Amt:
http://www.auswaertiges-amt.de
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:
http://www.bmz.de
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.:
http://www.dgvn.de
- Deutsche UNESCO-Kommission:
http://www.unesco.de
- Deutscher Kulturrat:
http://www.kulturrat.de
- Deutsches Institut für Menschenrechte:
http://www.institut-fuer-menschenrechte.de
- Hoher Flüchtlingskommissar, Berlin:
http://www.unhcr.de
- Internationales Konversionszentrum Bonn:
http://www.bicc.de/info/deutsch.html
- Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.:
http://www.islam.de

Weitere Kurzfassungen des Berichtes über die menschliche Entwicklung:

2003	Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut
2002	Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt
2001	Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung
2000	Menschenrechte und menschliche Entwicklung

Human Development Reports, englische Ausgaben:

2004	Cultural Liberty in Today's Diverse World	
2003	Millennium Development Goals: A compact among nations to end human poverty	
2002	Deepening Democracy in a Fragmented World	
2001	Making New Technologies Work for Human Development	
2000	Human Rights and Human Development	
1999	Globalization with a Human Face	
1998	Consumption for Human Development	
1997	Human Development to Eradicate Poverty	(vergriffen)
1996	Economic Growth and Human Development	(vergriffen)
1995	Gender and Human Development	(vergriffen)
1994	New Dimensions of Human Security	(vergriffen)
1993	People's Participation	(vergriffen)
1992	Global Dimensions of Human Development	(vergriffen)
1991	Financing Human Development	(vergriffen)
1990	Concept and Measurement of Human Development	(vergriffen)

Bericht über die menschliche Entwicklung, deutsche Ausgaben:

2004	Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt	ISBN 3-923904-57-6
2003	Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut	ISBN 3-923904-54-1
2002	Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt	ISBN 3-923904-50-9
2001	Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung	ISBN 3-923904-48-7
2000	Menschenrechte und menschliche Entwicklung	ISBN 3-923904-46-0
1999	Globalisierung mit menschlichem Antlitz	ISBN 3-923904-45-2
1998	Konsum und menschliche Entwicklung	ISBN 3-923904-42-8
1997	Armut und menschliche Entwicklung	ISBN 3-923904-37-1
1996	Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung	ISBN 3-923904-34-7
1995	Gleichstellung der Geschlechter und menschliche Entwicklung	ISBN 3-923904-30-4
1994	Neue Dimensionen menschlicher Sicherheit	ISBN 3-923904-27-4

Veröffentlicht von der:

Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Zimmerstr. 26/27, 10969 Berlin,
Tel.: (030) 259375-0, Fax: (030) 259375-29, E-Mail: info@dgvn.de, Internet: www.dgvn.de

Zu beziehen über:

UNO-Verlag, Am Hofgarten 10, 53113 Bonn,
Tel.: (0228) 94902-0, Fax: (0228) 94902-22, E-Mail: info@uno-verlag.de, Internet: www.uno-verlag.de



Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen e.V.
(DGVN)
Zimmerstr. 26/27
10969 Berlin
Tel.: (030) 259375-0
Fax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de
Internet: www.dgvn.de

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) wurde 1952 als eingetragener Verein gegründet und ist seit 1966 Vollmitglied des Weltverbandes der Gesellschaften für die Vereinten Nationen (WFUNA).

Gemäß ihrer Satzung verfolgt die DGVN die Aufgabe, die deutsche Öffentlichkeit in konstruktiv-kritischer Weise über die Ziele, die Institutionen und die Aktivitäten der Vereinten Nationen (VN) zu informieren. Sie will zugleich Interesse für zwischenstaatliche und internationale Beziehungen wecken sowie das Verständnis für die aktuellen Vorgänge in der Außen-, Entwicklungs-, Kultur- und Weltwirtschaftspolitik fördern. Thematische Schwerpunkte sind VN-Reform, -Finanzierung, Konfliktprävention und die Förderung der Menschenrechte.

Die DGVN ist überparteilich und unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Organisation anerkannt.



Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ist das globale Entwicklungsnetzwerk der UN. Es setzt sich für Veränderungen ein und bemüht sich, Ländern das Wissen, die Erfahrungen und die Ressourcen zugänglich zu machen, die Menschen helfen, sich ein besseres Leben aufzubauen. Wir sind in 166 Ländern vertreten und unterstützen sie bei der Umsetzung ihrer eigenen Lösungen zu globalen und nationalen Entwicklungsproblemen. Bei der Schaffung von Kapazität vor Ort nutzen diese Länder die Mitarbeiter von UNDP und die große Vielfalt unserer Partner.



ISSN 1614-5488

In unserer von Vielfalt geprägten Welt haben mehr als zwei Drittel aller Länder Minderheitengruppen, die über zehn Prozent ihrer Bevölkerung ausmachen. Und fast eine Milliarde Menschen gehören Gruppen an, die irgendeiner Form von Ausgrenzung unterworfen sind. Der *Bericht über die menschliche Entwicklung 2004: Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt* legt dar, dass Staaten aktiv multikulturelle politische Handlungskonzepte entwickeln müssen, um die Diskriminierung aus kulturellen Gründen – Religion, ethnische Zugehörigkeit oder Sprache – zu verhindern. Nicht Unterdrückung, sondern die Erweiterung kultureller Freiheiten ist die einzige tragfähige Handlungsoption, um Stabilität, Demokratie und menschliche Entwicklung innerhalb von Gesellschaften und gesellschaftsübergreifend zu fördern.

Solche politischen Handlungskonzepte sind nicht immer einfach, aber viele Länder machen Fortschritte. Der Bericht entlarvt die Mythen, die benutzt wurden, um Erweiterungen kultureller Freiheiten zu wehren, und zeigt, dass Vielfalt für Nationen und Staaten keine Bedrohung, keine Ursache eines unvermeidbaren „Zusammenpralls“ und kein Hindernis für die Entwicklung darstellt. Stattdessen ist kulturelle Vielfalt ein zentraler Aspekt menschlicher Entwicklung: die Fähigkeit von Menschen, selbst zu wählen, wer sie sind. Der Bericht präsentiert einen wegweisenden Bezugsrahmen zur Untersuchung von Themen, die sich aus den Schlagzeilen ihren Weg an die Spitze der internationalen politischen Agenda bahnen: Migration, krimineller Extremismus, Gewohnheitsrecht und kulturelle Vielfalt.

Der alljährlich erscheinende *Bericht über die menschliche Entwicklung*, dessen Kurzfassung hiermit vorliegt, stößt auch weiterhin Debatten an zu den wichtigsten – neuen und alten – Herausforderungen mit dem Ziel, Menschen zu befähigen, ein ausgefülltes und kreatives Leben zu führen.